



Stenografischer Bericht

18. Sitzung

Freitag, 16. Dezember 2016,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 3

Tagesordnungspunkt 2

Beratung

Radverkehr in Sachsen-Anhalt professionell und zielgerichtet fördern

Antrag Fraktionen CDU, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs.
7/714**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE -
Drs. 7/741

Cornelia Lüddemann (GRÜNE)..... 3
Thomas Webel (Minister für Landes-
entwicklung und Verkehr) 8
Matthias Büttner (AfD) 9
Dr. Falko Grube (SPD) 11
Alexander Raue (AfD) 12
Dr. Falko Grube (SPD) 12

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE)..... 13
Frank Scheurell (CDU) 14
Alexander Raue (AfD)..... 16
Frank Scheurell (CDU) 16

Abstimmung..... 17

Tagesordnungspunkt 3

Beratung

Kündigung der Rundfunkstaatsverträge

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/699**

André Poggenburg (AfD) 17
Rainer Robra (Staatsminister und Mini-
ster für Kultur) 19
Dr. Falko Grube (SPD) 23
Jan Wenzel Schmidt (AfD)..... 24
Dr. Falko Grube (SPD) 25

Stefan Gebhardt (DIE LINKE).....	26
Dorothea Frederking (GRÜNE)	26
André Poggenburg (AfD)	28
Matthias Büttner (AfD)	29
Markus Kurze (CDU)	29
Matthias Lieschke (AfD).....	32
Abstimmung.....	33

Tagesordnungspunkt 4

Erste Beratung

Zunehmende Altersarmut stoppen - würdevolles Leben ermöglichen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/701**

Monika Hohmann (DIE LINKE).....	33
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	36
Tobias Krull (CDU).....	39
Tobias Rausch (AfD)	40
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	41
Andreas Steppuhn (SPD)	42
Tobias Rausch (AfD)	44
Andreas Steppuhn (SPD)	44
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	45
Abstimmung.....	46

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

Euro-Trailer für Sachsen-Anhalt zu- lassen

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/715**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/739**

Dr. Falko Grube (SPD).....	46
Thomas Webel (Minister für Landes- entwicklung und Verkehr)	47
Andreas Mrosek (AfD)	48
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	49
Doreen Hildebrandt (DIE LINKE)	50
Frank Scheurell (CDU).....	51
Matthias Lieschke (AfD).....	51
Andreas Mrosek (AfD)	51
Daniel Sturm (CDU)	52
Abstimmung	53

Tagesordnungspunkt 18

Erste Beratung

Wegwerfverbot für Lebensmittel

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/705**

Andreas Höppner (DIE LINKE)	53
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	54
Detlef Radke (CDU)	55
Hannes Loth (AfD)	56
Andreas Steppuhn (SPD)	57
Dorothea Frederking (GRÜNE).....	59
Andreas Höppner (DIE LINKE)	59
Hannes Loth (AfD)	60
Andreas Höppner (DIE LINKE)	60
Abstimmung	60

Schlussbemerkungen..... 61

Beginn: 9:01 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 18. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie, verehrte Anwesende, auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 9. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen die heutige Beratung mit den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4 und 5.

Ich erinnere daran, dass sich für heute Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff, Ministerin Frau Prof. Dr. Dalbert und Minister Herr Prof. Dr. Willingmann ganztägig entschuldigt haben. Minister Herr Tullner entschuldigt krankheitsbedingt seine Abwesenheit am heutigen Tag.

Wir steigen nunmehr in die Beratung ein.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2

Beratung

Radverkehr in Sachsen-Anhalt professionell und zielgerichtet fördern

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7714**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7741**

Einbringerin ist die Abg. Frau Lüddemann. Sie haben das Wort, bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist zeitlos und genial einfach. Bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts gibt es das Fahrrad weitgehend in der heute existierenden Form. Es ist also eine Erfindung, die weiterhin Standards setzt und die im Vergleich zu motorisierten Fortbewegungsmitteln Vorteile bietet.

Erster Vorteil: Radfahren ist gut für die Gesundheit. Nicht nur für die eigene Fitness - - das kennen Sie hoffentlich alle -, sondern durch null Emissionen im Bereich Lärm und Schadstoffe schon das Fahrrad generell die Gesundheit der Bevölkerung.

Daraus ergibt sich unmittelbar der zweite Vorteil: Radfahren ist gut für das Klima. Die Emissions-

freiheit des Fahrradfahrens ist im besten Sinne klimafreundlich und damit ökologisch beispielhaft.

Das erklärte Ziel Deutschlands und Sachsen-Anhalts, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, werden wir nicht erreichen, wenn wir uns nicht stärker auf das Fortbewegungsmittel Fahrrad konzentrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vorteil: Fahrradfahren ist gut für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Es ist unschlagbar, wenn man Kosten-Nutzen-Analysen anstellt und es macht auch noch Spaß.

(Ulrich Thomas, CDU: Na ja!)

- Den meisten jedenfalls. - Der vierte Vorteil: Fahrradfahren ist gut für die Innenstädte. Man kommt mit dem Fahrrad unschlagbar schnell von A nach B und die lästige Parkplatzsuche entfällt. Die Innenstädte werden immer mehr von Menschen aufgesucht. Immer mehr Menschen ziehen in die Innenstädte. Das ist für Verkehrslogistiker eine große Herausforderung; das Fahrrad ist hierbei eine Lösung.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Der fünfte Vorteil: Fahrradfahren ist gut für den Tourismus. Kein zweiter Tourismusbereich boomt derartig schnell wie der Aktiv- und Wellness-tourismus. Wir in Sachsen-Anhalt kennen das sehr gut. Der Elberadweg ist in den letzten Jahren immer wieder zum beliebtesten Radweg Deutschlands gewählt worden. Wir können darauf durchaus aufbauen.

Wir haben wenige Berge - -

(Angela Gorr, CDU: Aber herausragende Berge!)

- Wir haben wenige, aber herausragende Berge, aber wir haben auch sehr viel flache Strecken mit vielen Kulturdenkmälern, die für den Radtourismus ideal sind. Es ist also gut und richtig, dass der Radverkehr einen prominenten Platz im Koalitionsvertrag erringen konnte.

Neben den generell guten Gründen, die Sie alle mehr oder weniger aus eigenem Erleben kennen werden, gibt es zusätzliche aktuelle Trends. Die Pedelecs und E-Bikes haben wir in der letzten Debatte über die E-Mobilität ausreichend gewürdigt. Ältere und schwächere Menschen können so in flachen und in hügeligen Gegenden sehr viel schneller und besser das Rad benutzen und auch für größere Distanzen ist das Radfahren für viele Menschen wieder attraktiv. Elektrofahrräder haben inzwischen einen Marktanteil von 12 %.

Auch Lastenfahrräder haben einen höheren Stellenwert erreichen können. Der Kleingüterverkehr wird immer häufiger mit Lastenfahrrädern abgedeckt. Anika Meenken vom Deutschen Ver-

kehrclub sagt hierzu - ich zitiere -: „Gerade im gewerblichen Bereich beobachten wir seit 2013 einen regelrechten Trend hin zum Lastenfahrrad.“ Dies ist die logische Weiterentwicklung der Fahrradkurriere.

Deswegen finden wir es gut, dass unsere grüne Bundestagsfraktion ein Bundesprogramm zur Errichtung von 2 000 Verleihstationen für Lastenfahrräder fordert. Denn das bietet den Einstieg, um nicht nur gewerblichen, sondern auch privaten Güterkleinverkehr mit Lastenfahrrädern abwickeln zu können.

Ebenso zu begrüßen ist die Forderung der grünen Bundestagsfraktion ein Programm von 100 Millionen € für den Bau von Radschnellwegen aufzulegen. Radschnellwege waren in Deutschland lange Zeit ein Stiefkind. Jetzt haben sie es immerhin in den neuen Bundesverkehrswegeplan geschafft. Wer in Dänemark unterwegs war, der weiß, dass es dort ein regelrechtes System von Radschnellwegen gibt.

Der ADFC Sachsen-Anhalt fordert so etwas, aus meiner Sicht zu Recht, auch für unser Bundesland. In Magdeburg wird vorgeschlagen, unter Umständen - ich will mir als Nichtmagdeburgerin nicht anmaßen zu sagen, ob dies die richtige Stelle ist, aber grundsätzlich finde ich die Diskussion gut - die ehemalige Kanonenbahn zu einem Radschnellweg auszubauen.

Ich sehe, dass die Magdeburger lachen. Deswegen will ich das gar nicht propagieren. Was ich sagen will und was ich richtig finde, ist, dass wir eine grundsätzliche Diskussion über den Bau von Radschnellwegen in Sachsen-Anhalt anstreben.

In diese Diskussion fällt auch die Debatte über die Metropolrouten. Wenn wir uns ansehen, wie überfüllt zum Teil die Züge zwischen Halle und Leipzig sind und wie viele junge Leute damit unterwegs sind, dann ist ein Radschnellweg zwischen diesen beiden Metropolstädten eine sinnvolle Alternative.

(Unruhe)

Auch der im Koalitionsvertrag formulierte Prüfvertrag, aus stillgelegten Bahntrassen Fahrradwege - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geben Sie unserer Kollegin Lüddemann die Möglichkeit, ihren Beitrag darzulegen. - Danke.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Das gibt mir die Gelegenheit, auf den formulierten Prüfauftrag im Koalitionsvertrag hinzuweisen, aus stillgelegten Bahntrassen ebenfalls Radwege zu machen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das ist sicherlich nicht in allen Fällen, aber in vielen Fällen - wie häufig muss dies im Einzelfall entschieden werden - eine gute Alternative.

Jenseits dieser technischen und infrastrukturellen Neuentwicklungen - aber eben auch nicht zu vernachlässigen - finden derzeit kulturelle Entwicklungen im Bereich des Radverkehrs statt. Das Fahrrad ist neben den erwähnten praktischen Vorteilen, die es für viele Menschen bietet, inzwischen ein Statussymbol und ein Kultgegenstand.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen die sogenannten Fixies kennen. Vermutlich nicht so viele. Da Sie vermutlich mehr die motorgebundene Mobilität pflegen, werden Ihnen die Chopper-Maschinen vielleicht ein Begriff sind. Fixie-Fahrräder sind diesen Chopper-Maschinen nachempfunden. Sie finden eine immer stärkere Verbreitung und sind unter jungen Menschen ein Kultgegenstand, genauso wie die BMX-Räder unter Jugendlichen sehr viel stärker verbreitet sind.

Zusammenfassend lässt sich also von einer Aufwertung und Differenzierung der Fahrradkultur sprechen, auch hier in Sachsen-Anhalt. Neben praktischen, funktionalen und preislichen Aspekten geht es auch um kulturelle Distinktionen und Selbstinszenierung.

Ich will auf die aktuelle Ausgabe des Magazins „Men's Health“ verweisen. Dort wird massenmedial thematisiert, dass das Fahrrad einen hohen Wert als Fitnessgerät hat, dass man zur Arbeit pendeln soll, um einen schlanken Körper zu gewinnen. Ich möchte wissen, darüber müssen wir nicht öffentlich abstimmen, wer nicht Interesse an einem solchen schlanken Körper hätte. Zur Körperoptimierung ist das Fahrrad also auch geeignet.

Das ist insbesondere in einem Bundesland bemerkenswert, in dem es noch nicht so lange her ist, dass die Mainstream-Meinung besagte, Fahrrad fährt nur derjenige, der sich ein Auto nicht leisten kann. Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist Vergangenheit. Heute ist das Fahrrad in Sachsen-Anhalt sehr viel mehr verbreitet. Ich glaube, das ist auch gut so.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich nehme gern - Sie kennen das - Bezug auf meine Heimatstadt Dessau. Ich will auch in dieser Rede auf Dessau verweisen. Dessau war vor der friedlichen Revolution nach Amsterdam die zweitgrößte Radfahrerstadt in Europa. Auch heute noch werden in Dessau 25 % der innerstädtischen Wege mit dem Fahrrad erledigt.

Dies ist besonders bemerkenswert nicht nur, weil ich aus Dessau komme, sondern weil wir in Sach-

sen-Anhalt im Modalsplit bundesweit mit einem Anteil von 15 % am Fahrradverkehr an der Spitze liegen. Damit belegen wir bundesweit eine Spitzenposition. Ich glaube, es ist bemerkenswert, dass wir am oberen Ende stehen.

Mit Blick auf den Anteil des Radverkehrs auf den Landesstraßen liegen wir eher im Mittelfeld. Diesbezüglich haben wir Nachholbedarf, dem wir nachkommen wollen. Mit 15 % liegen wir deutlich hinter Mecklenburg-Vorpommern mit 24 %, und - das habe ich extra für Sie recherchiert, Kollege Scheurell, weil ich weiß, dass Sie an Vergleichen zu unserem grün geführten Bundesland interessiert sind - wir liegen immerhin noch vor Baden-Württemberg, das in diesem Bereich nur 13 % vorweisen kann.

(Frank Scheurell, CDU: Daraus kann man Schlüsse ziehen!)

Wenn wir in unser Nachbarland Niedersachsen gucken, dann liegt der Anteil bei 54 %. Für uns ist das quasi eine utopische Quote, aber diese Koalition ist angetreten, um Utopien wahr werden zu lassen. Deswegen werden wir die Mittel für den straßenbegleitenden Radwegebau versechsfachen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Das ist etwas zum Klatschen, das ist richtig. Es ist aber in der Sache weniger dramatisch, als es sich anhört; denn die Versechsfachung der Mittel bedeutet in diesem Fall, dass die Mittel von 1 Million € auf 6 Millionen € erhöht werden,

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

aber wir nähern uns mit einem deutlichen Schritt der richtigen Richtung.

Unsere Bürgerinnen und Bürger fahren, wie ich eben beschrieben habe, überdurchschnittlich viel Fahrrad. Die straßenbegleitenden Radwege müssen deswegen konsequent ausgebaut werden. Wir sind froh, dass wir dies im Koalitionsvertrag sehr klar verankern konnten und dass wir uns diesem Ziel nähern.

Diesem Ziel nähern wir uns zudem mit der Entwicklung und Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen; denn es geht nicht nur um den überörtlichen Radwegebau und um die überörtliche Radwegenutzung, sondern es geht auch darum, dass wir den interkommunalen Radwegeverkehr voranbringen wollen.

Diesbezüglich gibt es in den Kommunen ähnliche Herausforderungen, die durch einen gezielten Austausch und durch eine gezielte Zusammenarbeit verbessert werden können. Baulastträgerübergreifende Wegweisung, Akquise von EU-Fördermitteln, Schnittstellen zwischen Radverkehr

und ÖPNV sind an dieser Stelle gleichermaßen Herausforderungen in den Kommunen.

Als grundsätzliche infrastrukturelle Bedingung für eine Stärkung des Radverkehrs ist außerdem die Bereitstellung von Radstellplätzen bei der Errichtung von Gebäuden notwendig. Sicheres und zielnahe Abstellen von Fahrrädern ist sinnvoll und auch die Ordnung. Wenn man zum Beispiel hier in Magdeburg an den Hauptbahnhof geht, ist das manchmal nicht gerade ein ordentliches Bild. Da wären gezielte Radstellflächen sinnvoll.

Seit 2013 gibt die Landesbauordnung dafür eine Grundlage. Die Stellplatzsatzung, wie sie beispielsweise die Stadt Halle erlassen hat, ist aus meiner Sicht beispielgebend und sollte von anderen Kommunen nachgeahmt werden. Auch, was ich jetzt gelesen habe - -

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Man kann auch mal für Halle klatschen, richtig. - Was ich aber - jetzt will ich wieder den Schwenk zu der anderen großen Stadt machen - gelesen habe, dass die Landeshauptstadt ein Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof errichten will, ist auch beispielgebend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch zu einem wesentlichen Bereich ausführen, der auch im Koalitionsvertrag maßgeblich verankert ist, dem Bereich Radtourismus. Den Elberadweg habe ich schon erwähnt. Die Qualität der touristischen Radwegstruktur insgesamt ist allerdings noch weiter ausbaufähig. Da können wir noch Verbesserungen anstreben, gerade auch die Hauptwege, die landesbedeutsamen touristischen Radwege mit dem Umland zu verbinden. Angepasstes Tourismusmarketing kann weiter vorangetrieben werden.

Wir schlagen vor, dass das System Sachsens - der Sachsen-Anhalt-Melder - hier etabliert wird, um schnell und unkompliziert Mängel an der Infrastruktur aufzeigen und dann natürlich auch schnell und unkompliziert beheben zu können. Das würde die Attraktivität des Radverkehrs in Sachsen-Anhalt erheblich steigern.

Der Radtourismus ist überhaupt kein Pillepalle mehr. Laut Tourismusverband Elbe-Börde gibt jeder Radtourist durchschnittlich pro Tag 73 € aus. Das ist nicht zu verachten im Bereich Tourismus in diesem Land. Deswegen freuen wir uns, wenn dieser entsprechende Prüfauftrag auch sehr schnell abgearbeitet werden kann.

Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition schlägt ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor. Ein großer Bereich im Koalitionsvertrag ist dem Radverkehr gewidmet. Damit sich all das auch zügig in die Realität umsetzt, freuen wir uns, dass

im MLV im nächsten Jahr eine Radverkehrskordinatorin, ein Radverkehrskordinator eingesetzt wird, die bzw. der all diese Maßnahmen und auch das, was vorher schon passiert ist, bündelt und für die zügige Umsetzung garantiert. Es braucht eindeutig verortete Zuständigkeiten, um Dinge auch wirklich zügig und schnell termingerecht abarbeiten zu können.

Wir stellen heute die Weichen in eine fahrradfreundlichere Zukunft. Das ist gut für die Gesundheit, gut für das Klima, gut für die Verbraucherinnen und Verbraucher, gut für die Innenstädte und gut für den Tourismus.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Gestatten Sie mir abschließend noch eine Bemerkung. Da wir uns kurz vor dem Weihnachtsfrieden befinden, haben wir uns erlaubt, den Fraktionen ein kleines Lastenrad - leider nur eins für jede Fraktion- zu schenken und exklusiv natürlich dem zuständigen Minister, damit sich alle noch sehr lange an diese wegweisende Debatte erinnern. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Lüddemann. Es gibt mehrere Anfragen. Möchten Sie die beantworten?

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Zunächst hat Herr Schmidt eine Anfrage. Bitte schön, Herr Schmidt.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Sie haben uns gesagt, dass Sie vorhaben, von Halle nach Leipzig einen Radweg errichten zu lassen. Wie teuer wird das ungefähr? Was glauben Sie, wie viele Menschen den nutzen werden? Von der Entfernung sind das mindestens 30 km, und ich kann mir schwer vorstellen, dass wirklich viele Menschen mit dem Fahrrad täglich 30 km hin- und 30 km zurückfahren wollen.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Doch.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Wie viele schätzen Sie denn ein? Was würde das ungefähr kosten?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Jetzt haben Sie das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Wenn Sie mir genau zugehört haben,

(Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD: Macht er doch nicht!)

habe ich das in diesen Zusammenhang gestellt, dass wir eine starke Diskussion zum Bereich Radschnellwege in Sachsen-Anhalt brauchen. Wir sind im Vergleich zu anderen Bundesländern oder anderen europäischen Ländern im Hintertreffen. Ich habe das als Beispiel angeführt, weil wir dort im Bereich - - Hören Sie jetzt auch zu?

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Ja.

(Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD: Nein, macht er nicht!)

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Wir haben einen Nachholbedarf, weil wir dort auch das, was wir auf der Schiene haben, zum Teil nicht richtig abdecken können. Ich habe gesagt, wir brauchen eine Diskussion dazu. Insofern sind wir noch nicht so weit, dass ich Zahlen nennen kann. Und wenn Sie sagen: Wer soll da 30 km weit fahren? Das fahre ich auch mit einem normalen Fahrrad, da brauche ich kein Pedelec. Ich denke, das kann man gut machen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Die AfD ist nicht so fit!)

Ehe Sie noch mal fragen: Der Radweg wäre dann selbstverständlich auch für ausländische Bürger befahrbar.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich habe noch weitere Wortmeldungen. Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir pro Fraktion drei Wortmeldungen zulassen. - Kleinen Moment, Herr Schmidt. - Ich schlage vor, dass wir drei Wortmeldungen pro Fraktion zulassen. Somit gibt es erst mal eine Nachfrage, wie ich sehe, von Herrn Schmidt. Dann haben wir Herrn Harms, Herrn Raue und Herrn Rausch. - Bitte.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Frau Lüddemann, müssen dann die ausländischen Radfahrer eine Maut dort entrichten, um den Radweg zu finanzieren, oder zahlen das nur die deutschen Radfahrer?

(Oh! bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Bei dieser Frage müssen Sie selber lachen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich denke, wir gehen weiter. - Herr Harms, stellen Sie Ihre Frage, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Frau Lüddemann, Sie haben mir einen großen Herzenswunsch erfüllt mit dem Thema und uns allen gewiss aus dem Herzen gesprochen. Ich wollte mal nachfragen: Stimmen Sie mir zu, dass die Radwege, die bereits in Planung sind, nach entsprechenden Prioritäten mitberücksichtigt werden sollten, neben all den neuen Vorschlägen, die Sie auch begründet haben, und insbesondere dass dabei die Schulwege eine wichtige Rolle spielen sollten?

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Darin stimme ich Ihnen grundsätzlich zu. Wir haben den Landesradwegeplan, der, wie ich finde, nach sehr nachvollziehbaren Kriterien eine Rangliste enthält. Ich habe jetzt selber Radwege besuchen müssen - muss ich an der Stelle sagen -, die aus meiner Sicht keine waren. Ich habe Schulwege sehen müssen, wo wirklich an Schnellstraßen entlang die Kinder zur Schule fahren. Das finde ich unzumutbar. Da gebe ich Ihnen absolut recht.

Aber jetzt kann man in Richtung MLV gucken und uns selber angucken als Haushaltsgesetzgeber. Ich meine, was will man mit 6 Millionen € machen? Wir werden nicht auf einmal die Welt verändern können, aber ich gebe Ihnen vom Grundsatz her völlig recht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Bevor der nächste Fragesteller seine Frage stellt, habe ich die ehrenvolle Aufgabe Schülerinnen und Schüler der Gorki-Sekundarschule aus Schönebeck im Hohen Hause recht herzlich begrüßen zu dürfen.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Raue, Sie haben jetzt das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Frau Lüddemann, gleich vorweg, ich freue mich natürlich auch über jeden Kilometer neuen Radweg, der entsteht. Da sind wir gleich bei der Frage: Wie viel Kilometer können denn mit diesen 6 Millionen € nun wirklich entstehen? - Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage - das habe ich vorhin nicht ganz mitbekommen, da war ich kurz abgelenkt, vielleicht haben Sie es schon beantwortet -: Wie wer-

den die Mittel jetzt verteilt auf die Landkreise, Städte eventuell und müssen die kofinanziert werden? - Das sind meine Fragen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann, bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Da wird jetzt kein neuer Run einsetzen. Wir haben ein ordentliches Verfahren. Ich habe eben auf den abgestimmten Landesradwegeplan verwiesen. Ich weiß, da gibt es auch regelmäßig Petitionen. Das kann der Minister nachher sicherlich auch noch ausführen, wie viele Briefe und E-Mails wir bekommen. Wir haben einen immensen Nachholbedarf, das ist wahr. Wir werden das nur Schritt für Schritt nacheinander abarbeiten können.

Wie viel Kilometer wir - -

(Minister Thomas Webel: Rund 20 km!)

- Ich denke auch, so um die 20 km werden wir mit den 6 Millionen € bauen können. Insofern kann man sich ausrechnen, das wird noch einige Jahre dauern. Aber wir haben jetzt im Koalitionsvertrag verankert, dass die Mittel für diese landesstraßenbegleitenden Radwege an den Straßenausbauetat gekoppelt sind, 8 %. Da werden wir sehen, dass wir insgesamt die Mobilitätsinfrastruktur - Schritt für Schritt natürlich - verbessern können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Lüddemann.

(Alexander Raue, AfD: Die Kofinanzierung!)

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Bei den straßenbegleitenden gibt es immer Kofinanzierungen, ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, wenn Sie eine Nachfrage haben, bitte ans Mikrophon gehen.

Alexander Raue (AfD):

Ich wollte wissen, ob die Kommunen dann sozusagen Kofinanzierungsmittel bereitstellen müssen für jeden Euro,

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

den sie aus diesem Budget erhalten. Das ist dann so. Das ist natürlich blöd.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Na ja, das ist sehr unterschiedlich. Bei den Radwegen wird auch vieles vermengt. Wir haben Radwege in den Gemeinden, da sind ausschließ-

lich die Gemeinden zuständig. Da kann man gucken, manchmal gibt es da durchaus noch Fördermittel. Ich kann jetzt wieder von Dessau sprechen. Zum Beispiel gab es manchmal Bundesmittel, als im Sanierungsgebiet auch Radwege gebaut wurden. Bei den Landesstraßen ist es natürlich eine Landesangelegenheit. Das ist sehr unterschiedlich. Touristische Radwege werden wieder aus einem anderen Topf gefördert.

Insofern entsteht auch mehr im Radwegebau als mit diesen 6 Millionen €, die der Kollege Webel zu verantworten hat. Wir haben dann auch noch Mittel im Bereich EFRE, Waldwege, Radwege und dergleichen. Also es passiert schon mehr als mit diesen 6 Millionen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Alexander Raue (AfD):

Gut wäre es ja - viele Kommunen sind klamm, viele Radwegepläne sind ja schon erstellt -, wenn man das vielleicht über Direktzuschüsse lösen könnte. Denn dann könnte auch wirklich schneller gebaut werden. Dann würde auch wirklich mehr gebaut, denke ich.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir haben noch eine Fragestellung angezeigt bekommen von Herrn Rausch. Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Frau Lüddemann, ich teile Ihre Auffassung, dass wir mehr Radwege brauchen. Daher danke ich Ihnen erst mal dafür. Das mit den Schnellradwegen sehe ich auch so. Wenn Sie mit dem Pedelec fahren, fahren Sie ein bisschen schneller als mit einem normalen Fahrrad. Das sehe ich auch so.

Das Einzige, was mich jetzt zum Staunen gebracht hat, war eigentlich, dass ich vernommen habe, dass Sie gesagt haben: Sie wollen von der Schiene auf Lastenfahrräder umsteigen. Oder habe ich das jetzt falsch verstanden?

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Das habe ich so nicht gesagt, nein. Aber ich habe gesagt, dass es durchaus für innerstädtische Wege sinnvoll ist, gerade wenn wir uns Halle, Magdeburg, die Großstädte angucken, die innerstädtische Stausituation oder so, Wege auf Lastenfahrräder zu verteilen. Das wird zunehmend auch gemacht. Pizzakuriere sind so ein klassisches Beispiel. Dort wird in vielen Fällen ein Lastenfahrrad genutzt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Lüddemann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Ich sehe keine weiteren Anfragen. Bevor wir in die Fünfminutendebatte einsteigen, spricht Herr Minister Webel für die Landesregierung. Sie haben das Wort.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Förderung des Radverkehrs ist seit Jahren integraler Bestandteil der Verkehrspolitik unseres Landes, aber bedingt durch den Koalitionsvertrag - Frau Lüddemann, Sie haben das zu Recht genannt -, bedingt durch die Versechsfachung der Mittel für die Radwege an Landesstraßen, werden wir natürlich unseren Radwegeplan die Landesstraßen betreffend schneller abarbeiten können, als wir das noch vor Jahresfrist geglaubt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Uwe Harms, CDU)

Ich freue mich, dass in diesem Landtag so ein großes Interesse zum Radverkehr herrscht. Vielleicht mal einige Dinge zur Klarstellung. Herr Raue, wir haben verschiedene Radwege. Die sind zwar alle gleich befahrbar, aber sie haben verschiedene Baulastträger.

Wir haben diejenigen, die gefördert worden sind durch das ALFF im ländlichen Wegebau, die man auch wunderschön mit dem Fahrrad benutzen kann. Wir haben diejenigen, die durch das Wirtschaftsministerium für den Tourismus gefördert worden sind. Übrigens beim ländlichen Wegebau 20 % Eigenanteil, auch hier 20 % Eigenanteil.

Jetzt gibt es ein neues Programm der EU für den Radwegebau für Kommunen als Unterstützung. Da ist natürlich auch wieder ein Eigenanteil nötig. Deshalb sind die Kommunen natürlich auch daran interessiert, Radwege selbst zu bauen.

Dann haben wir Gemeindestraßen. Dort gibt es auch Radwege. Dann haben wir die straßenbegleitenden Radwege an Kreisstraßen; dafür sind die Landkreise zuständig. Die kreisfreien Städte sind für die gesamten Straßen und Radwege auf ihrem Territorium zuständig. Dann haben wir die Landesstraßen, für die wir das Geld geben müssen, die Versechsfachung dieser Summe, also gut 6 Millionen €, sollte der Haushaltsgesetzgeber den Haushaltsplan 2017/2018 in dieser Form bestätigen. Dann können wir diese Maßnahme in Angriff nehmen.

Dort haben wir einen Stand von 14 % erreicht. Viel, viel zu wenig, Frau Lüddemann. Sie haben das zu Recht gesagt, aber die Mittel waren in den

letzten Jahren leider immer zu wenig. Mit einer 1 Million € pro Jahr können Sie ca. 3 km Radwege bauen. Ich denke, eine Versechsfachung der Mittel bringt den Radfahrern, die zunehmend das Rad nutzen, mehr Möglichkeiten, das Fahrrad straßenbegleitend zu nutzen.

Ich sage es an dieser Stelle: Die straßenbegleitenden Radwege werden insbesondere sehr gern von Frauen, die allein auf dem Radweg unterwegs sind, genutzt.

(Markus Kurze, CDU: Thomas, Armlänge, weißt du ja! - Tobias Rausch, AfD: Eine Armlänge Abstand, genau!)

Sie nutzen im Prinzip diese Wege lieber, weil sie an straßenbegleitenden Radwegen das Gefühl der Sicherheit mehr verspüren.

Wir haben auch noch straßenbegleitende Radwege an Bundesstraßen. Dort haben wir einen Stand von 25 % erreicht. Der Bund hat uns in den letzten Jahren immer etwas mehr Geld für Radwege zur Verfügung gestellt, als wir selbst in der Lage gewesen sind bereitzustellen. Wir haben 4 000 km Radwege. Wenn wir pro Jahr 20 km schaffen, dann wissen Sie genau, wann wir fertig sein werden.

Wir sind jetzt aber auf dem Weg. Frau Lüddemann hat es angesprochen. Wir wollen die Kommunen mit ins Boot nehmen; denn allein können wir es nicht stemmen. Wir wollen eine Arbeitsgruppe auf ministerieller Ebene bilden, in der wir gemeinsam die Zusammenarbeit insbesondere mit dem MULE und dem Wirtschaftsministerium nutzen, um das Radwegenetz gemeinsam zu gestalten.

Dann werden wir natürlich auch noch den Radwegkoordinator bei uns im Ministerium haben. Den haben wir aber auch erst zur Verfügung, wenn der Landtag das Haushaltsgesetz im kommenden Jahr beschlossen hat. Dieser Radwegkoordinator wird, denke ich, in der Zusammenarbeit mit den Kommunen einen neuen Schub bringen.

Also, mehr Personal, mehr Geld, und dann werden wir das Radwegenetz in Sachsen-Anhalt in einigen Jahren zwar nicht an das von Niedersachsen heranbringen, aber man muss ein Ziel haben. Die Messlatte muss Niedersachsen sein. - In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt eine Nachfrage. - Herr Raue, bitte.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Dann kann ich wenigstens mein Wasser noch austrinken.

Alexander Raue (AfD):

Ich frage einmal, ein Radwegekoordinator ist erst einmal ein schönes Wort. Ist das eine völlig neue Stelle und ist sie notwendig oder ist das nicht eine Leistung, die im Ministerium sowieso erbracht wird?

(Doreen Hildebrandt, DIE LINKE: Oh!)

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Herr Raue, wir haben schon immer versucht, das ganze System zu koordinieren. Uns fehlt aber wirklich diese Stelle. Sie kennen die Personalpolitik in den letzten Jahren. Es war schwierig, so eine Stelle zu besetzen. Diese Stelle wird im Bereich des Verkehrsministeriums bei einem Referat angesiedelt und hat die Aufgabe, auf allen Ebenen die Vernetzung zu organisieren. Ich denke, das ist eine anspruchsvolle Aufgabe.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Anfragen. - Somit steigen wir in die Debatte ein. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Der erste Debattenredner wird Herr Büttner für die AfD-Fraktion sein. Sie haben das Wort, bitte.

Matthias Büttner (AfD):

Guten Morgen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Ich fand es eben sehr erstaunlich, dass wir einen Radwegekoordinator brauchen für sage und schreibe 18 km Radwege; denn Sie haben gerade ausgeführt

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Sie haben es nicht verstanden! - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- wenn Sie nicht dazwischenbrüllen würden, dann wäre ich Ihnen sehr verbunden; danke -, mit 1 Million € kann man 3 km Radwege bauen und mit 6 Millionen € 18 km.

Meine Damen und Herren! Diejenigen unter uns, die nicht das Glück haben, im Besitz eines gültigen Führerscheins zu sein,

(Beifall bei der AfD)

können sehr genau nachvollziehen, wie wichtig Radwege in Sachsen-Anhalt sind.

Wie wichtig Radwege sind, wird mir zum Beispiel immer dann klar, wenn ich auf der Landesstraße zwischen meiner Heimatstadt Staßfurt und Förderstedt unterwegs bin. Auf dieser Strecke setzen jeden Tag Radfahrer ihr Leben aufs Spiel, wenn sie wegen schlechter ÖPNV-Anbindung mit dem Fahrrad nach Staßfurt fahren müssen. Stellvertretend für die Bürger fordere ich die Landesregierung auf, endlich zu handeln, bevor Schlimmeres passiert, und endlich für einen Radweg zwischen Staßfurt und Förderstedt zu sorgen.

(Zustimmung von Volker Olenicak, AfD)

Um auf den Antrag der Regierungsfractionen einzugehen, kann man sagen, dass dieser den Eindruck vermittelt, dass er vorwiegend dem Zwecke dienen soll, neun Monate vor der Bundestagswahl bei bestimmten Interessengruppen durch Aktivismus statt durch echte Verbesserungsvorschläge aufzufallen.

(Zustimmung bei der AfD)

Wer nun denkt, dass unter der vielversprechenden Überschrift des Antrags mit dem Wort „fördern“ sinnvolle Vorschläge eingebracht werden, der wird enttäuscht. Stattdessen besteht der Antrag aus Trivialitäten, Wiederholungen der bereits bestehenden Planungs- und Gesetzeslage sowie aus Vorschlägen, die ohne zusätzliche Rechtsnormsetzung für Gemeinden nicht verbindlich wären und die unter Umständen sogar zu einer vermeidbaren Überorganisation bzw. -bürokratisierung führen können.

Lassen Sie mich auf einzelne Punkte Ihres Antrages aufgrund der Redezeit in Kurzform eingehen.

Unter Punkt 1 steht nichts weiter als eine entbehrliche Phrase. Darum bedarf diese Phrase auch keiner weiteren Ausführung.

Unter Punkt 2 ist angegeben, eine Mittelerhöhung von 8 % für den Radwegebau an Landesstraßen vorzunehmen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Dennoch ist die Mittelerhöhung von 8 % nur ein Tropfen auf den heißen Stein und viel zu wenig.

(Zustimmung bei der AfD)

Meine Damen und Herren! Wie kann man sich eigentlich die Arbeit eines hauptamtlichen Radverkehrskoordinators vorstellen? Wenn den Gemeinden Investitions- inklusive Eigenmittel für die Überarbeitung der Verkehrsentwicklungsplanung und für den Radwegebau in riesigen Größenordnungen fehlen, was soll dann ein hauptamtlicher Radverkehrsordinator des Landes konkret machen? Kann dieser Koordinator etwa zusätzliche Finanzmittel beschaffen?

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Die Antragsteller sollten aufzeigen, welche genauen Aufgaben und Befugnisse der Stelleninhaber

über Jahre hinweg übernehmen soll, um wirklich fachlich ausgelastet zu sein. Einen Vortragsreisenden, der über die Bedeutung und Wichtigkeit des Radwegebaus in Sachsen-Anhalt sinniert, brauchen wir nicht.

(Beifall bei der AfD)

Die Forderung unter Punkt 3 ist entbehrlich, weil die Erfassung von Mängeln an Wegen und Straßen eine laufende Aufgabe der Baulastträger ist und verkehrsfähigende Mängel bei den allgemeinen Gefahrenabwehrbehörden bereits gemeldet werden können, die eine Beseitigung dieser Mängel schon heute koordinieren.

Die Forderung unter Punkt 4 des Antrags ist unbestimmt. Meinen die Einbringer eine Herstellungspflicht bei Fahrradstellplätzen an den landeseigenen Gebäudeneubauten oder bei jeder Einrichtung von Gebäuden unabhängig vom Bauherrn? Ist nur das erste gemeint, sollte zur Klärstellung der Zusatz „landeseigenen“ vor dem Wort „Gebäude“ eingefügt werden.

Die unter Punkt 5 geforderte Verankerung der Förderung des Radtourismus mit den touristischen Radwegen durch das Marketing der IMG GmbH ist im Landesradverkehrsplan bereits vorgesehen und umzusetzen und bedarf daher keiner inhaltlichen Entschließung.

Kernproblem ist und bleibt die Beschaffung von Finanzmitteln für die Radwegeplanung und den Radwegebau, bei der die Koalitionsparteien in Bund und Land bisher versagt haben.

(Zustimmung bei der AfD)

Die meisten Investitionen in den Fuß- und Radwegebau flossen zu einer Zeit, in der die Gemeinden noch Vergabe-ABM mit Sachmittelausstattung beantragen konnten. Diese Art der wirksamen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wurde durch die schon von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingeleitete destruktive Sozial- und Arbeitsförderungs politik in Form der Hartz-IV-Gesetze von der großen Koalition zum 1. Januar 2009 abgeschafft, ohne den Gemeinden eine vergleichbare infrastrukturelle Ersatzlösung angeboten zu haben.

(Bernhard Daldrup, CDU: Gibt es heute gar nicht mehr!)

Die Koalitionsparteien sorgten und sorgen auf Bundesebene dafür, dass der deutschen Volkswirtschaft jährlich zig Milliarden Euro ohne geldwerte Gegenleistung entzogen werden, weil die ideologiebedingte Dauersubvention der EU und ihrer Empfängerländer

(Dr. Falko Grube, SPD, lacht)

zu einer zunehmenden Verknappung der Bundes- und damit auch der Landesmittel führen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner, kommen Sie bitte zum Schluss. Sie haben schon überzogen.

Matthias Büttner (AfD):

In der Gesamtschau - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bitte den letzten Satz jetzt.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Matthias Büttner (AfD):

Ich spreche jetzt den letzten Satz, Frau Präsidentin, wenn Sie es mir erlauben. - In der Gesamtschau führt dieser Antrag nicht zu einer wirksamen Förderung des Radverkehrs, sondern bleibt ein populistisches Lippenbekenntnis und purer Aktionismus, weil er nicht zu einer zeitnahen wirklichen Verbesserung der Finanzausstattung des Landes und der Gemeinden führt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, es gibt eine Nachfrage. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Matthias Büttner (AfD):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Heuer, bitte.

Guido Heuer (CDU):

Sehr geehrter Kollege Büttner, erst einmal muss ich feststellen, Sie haben den Antrag nicht richtig gelesen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Darin steht nicht eine Mittelerrhöhung um 8 %, sondern auf 8 % des Etats für den Straßenbau.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Richtig! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist eine Versechsfachung!)

Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Was stellen Sie sich vor, was ein Radverkehrskordinator machen kann? - Er ist mit Sicherheit nicht nur für 18 km da. Ich glaube, wir haben Kommunen, Landkreise, Länder und den Bund. Es ist sicherlich auch daran gedacht, dass dieser Radverkehrskordinator für Drittmittel sorgt. Wie erklären Sie es mir, dass Sie sagen,

dass der Radverkehrskordinator keinen Sinn macht? - Das verstehe ich nicht.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Sie haben gerade eine meiner Fragen beantwortet. Wenn Sie den Radverkehrskordinator auch für die Mittelbeschaffung einsetzen möchten, dann macht er durchaus einen Sinn.

(Ah! bei den GRÜNEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Hat Frau Lüddemann gesagt! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ich habe von EU-Mitteln gesprochen!)

Wenn Sie das aber nicht tun wollen, nur zur reinen Koordination macht er keinen Sinn.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine weiteren Anfragen. Vielen Dank. - Damit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Dr. Grube. Sie haben das Wort, bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Büttner, Reden hält man in der Regel, wenn man dem Redner vorher zugehört hat und nicht einfach das Blatt abliest.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich entnehme Ihren Worten, wenn das, was Frau Lüddemann vor Ihnen ausgeführt hat, alles zutreffen sollte, dann sind Sie für den Radverkehrskordinator. Dann können Sie auch gleich zustimmen. Ich verspreche Ihnen, er ist nicht für die Koordinierung der Hartz-IV-Gesetzgebung zuständig.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der Kollegin Lüddemann versprochen, wenn sie hier viel Richtiges sagt, dann werde ich das alles nicht wiederholen. Daran werde ich mich halten.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, von Cornelia Lüddemann, GRÜNE, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich will trotzdem, weil sie mich ein bisschen herausgefordert hat, etwas zur Magdeburger Kanonenbahn sagen.

(Olaf Meister, GRÜNE: Oh!)

Ja, wir sind auch hier in Magdeburg für Rad-schnellwege. Wenn man es sich auf der Karte

anschaut und wenn man sich den jetzigen baulichen Zustand der Infrastruktur an dieser Stelle anschaut, dann könnte man auf den Gedanken kommen, dass es eine gute Idee ist, die Kanonenbahnbrücke, um die es hier geht - die Kanonenbahn bis Biederitz ist ja hergestellt; der Kollege Meister kennt es aus dem Stadtrat; er freut sich schon - wiederherzustellen.

(Olaf Meister, GRÜNE: Ja!)

Nun muss man aber wissen, dass es relativ teuer ist, dass sie dem Hochwasserschutz entgegensteht und - das kommt hinzu - dass wir die Verlängerung der Strombrücke bekommen, wobei voll ausgebaute Radwege, ich schätze einmal großzügig, 50 m weiter, herauskommen. Millionen dafür auszugeben, dass wir eine Anna-Ebert-Brücke, eine Strombrücke und eine Kanonenbahnbrücke haben, das kann uns keiner einreden wollen.

(Zustimmung von Andreas Schumann, CDU)

Ich will meine Redezeit dafür nutzen, Ihnen einen Artikel näherzubringen, der vor ein paar Wochen in der Zeitschrift „Kommunal“ erschienen ist. Er ist einer der Artikel, über den ich mich in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen am meisten geärgert habe.

Der Artikel ist überschrieben mit „Fahrradwahn in Deutschland“ und ist vom Chef des Forsa-Instituts, der in der „Kommunal“ immer wieder einmal Kommentare verfassen darf, Manfred Güllner. Er schreibt von Fahrradwahn und fehlgeleiteten Investitionen. Die GRÜNEN bekommen auch ordentlich einen mit. Dann sagt er, Fahrradfahren sei ein Minderheitenthema und man müsse dafür nicht so viel Geld ausgeben. Das sei alles völlig sinnlos.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Totaler Quatsch!)

Nun machen wir einmal das, was man mit Umfragen machen kann, wir interpretieren einfach einmal die Zahlen. Die Nummer mit den GRÜNEN und dem Mehr lasse ich jetzt einmal weg.

Ich will Ihnen fünf Zahlen an die Hand geben. Nach der Erhebung des Forsa-Instituts nutzen bundesweit 32 % der Männer das Rad und 22 % der Frauen. Wenn ich das middle, dann bin ich bei 26 %. Das ist immerhin ein Fünftel der Bevölkerung. Bei den Rentnerinnen und Rentnern sind es 33 % und bei den Studierenden 45 %. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Randthema ist das nicht. Wenn wir hier Verkehrspolitik für mehr als ein Viertel der Bevölkerung machen, dann ist das alles andere als ein Randthema.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Letzte Bemerkung dazu, weil wir im Verkehrsbe-
reich immer vom sogenannten Modal Split reden,
also über die Frage, welchen Anteil die Verkehrs-
arten am Gesamtverkehrsaufkommen haben. Nun
kann man es als Split sehen, aber eigentlich sind
wir alle doch irgendwann einmal alles. Wir sind
alle einmal Autofahrer, ob aktiv oder passiv. Die
meisten von uns haben irgendwo ein Fahrrad zu
Hause. Viele davon werden funktionieren und
wahrscheinlich auch genutzt werden. Wir sind alle
einmal Fußgänger und alle benutzen auch ir-
gendwie den ÖPNV.

Deswegen ist das, was die Koalition als Antrag
vorgelegt hat, den Fahrradverkehr etwas mehr in
den Fokus zu nehmen, aber nicht zu überhö-
hen, sondern ordentlich zu fördern, ein richtiger
und guter Weg. Deswegen gibt es nur eines:
Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen
Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU
und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Dr. Grube. Es gibt eine Nach-
frage. - Herr Raue, bitte, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Dr. Grube, vielleicht ist Ihnen aufgefallen - wenn
nicht, dann sage ich es Ihnen jetzt noch einmal -,
als Sie zitiert haben, wer Radwege nutzt, ist zu-
mindest mir aufgefallen, dass Sie Männer, Frauen
und Rentner genannt haben. Das ist richtig und
wichtig, aber für wen wir wirklich gute und sicher
ausgebaute Fahrradwege brauchen, das sind die
Kinder, die sich im Verkehr teilweise nicht so gut
zurechtfinden, noch ein bisschen angetrieben sind
durch ihre eigene Spontaneität und nicht aufpas-
sen und besonders gefährdet sind. Also beson-
ders für unsere Kinder brauchen wir gut ausge-
baute Radwege, vor allen Dingen in den Städten
und natürlich auch über Land.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube, bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Raue, damit haben Sie 100-prozentig recht.
Ich habe auch die Zahl für die Schüler und die
Studierenden vorgelesen: 45 %. Dabei sind die
Kinder, Schüler ab der ersten Klasse, stark be-
rücksichtigt. Insofern gibt es keinen Dissens an
dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der
CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Dr. Grube. - Ich sehe keine weiteren Fragen. Wir kommen somit zu der nächsten Debattenrednerin, Frau Abg. Hildebrandt von der Fraktion DIE LINKE. Sie haben das Wort. Bitte.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Wie viel Potenzial das Thema nachhaltige und zukunftstaugliche Mobilität in Sachsen-Anhalt hat, belegt der am Mittwoch erstmals aufgelegte Bundesländerindex Mobilität der Allianz Pro Schiene. Sachsen-Anhalt schneidet darin nicht sonderlich gut ab und ist Schlusslicht in Sachen Verkehrssicherheit.

Das Länderranking ergibt sich aus der Statistik unter anderem zur Qualität des öffentlichen Verkehrs, Flächeninanspruchnahme, Luftqualität und Lärm sowie aus Befragungen der Landesverkehrsminister und von Verbänden.

Dass in Sachsen-Anhalt nach den Zahlen des Bundesverkehrsministeriums zum bundesweiten Radverkehr verhältnismäßig viele Menschen mit dem Rad am Verkehr teilnehmen, hat eher mit dem Wagemut dieser Menschen zu tun als mit der gut ausgebauten Infrastruktur für den Radverkehr.

In Sachsen-Anhalt bedarf es viel mehr Platz für das Rad und dementsprechend auch viel mehr Sicherheit für Radlerinnen und Radler - ein Aspekt, der in dem Antrag der Koalitionsfraktionen leider gar keine Rolle spielt.

Eine sichere und fahrradfreundliche Infrastruktur ist Voraussetzung, um den Anteil der Radfahrerinnen und Radfahrer in Sachsen-Anhalt zu erhöhen. Die Förderpolitik des Landes war diesbezüglich bisher zurückhaltend.

Auch die personelle Ausstattung für die Planung und Koordinierung des Radverkehrs im Land bedarf weiterer Verbesserungen, besonders im Verkehrsministerium und bei der Landesstraßenbaubehörde.

Für die touristische und die Alltagsnutzung des Fahrrads müssen mehr Mittel für den Erhalt sowie für den Aus- und Neubau von Radwegen eingesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU)

Um die Attraktivität des Radverkehrs zu erhöhen und um die hohe Anzahl der Fahrraddiebstähle zu minimieren, sind DIN-gerechte Abstellplätze an Bahnhöfen und an anderen öffentlichen Orten absolute Bedingung.

Schön, dass der Landtag die verkehrspolitische Bedeutung des Radverkehrs in Sachsen-Anhalt anerkennt und für eine zügige Umsetzung des

Radverkehrsplans in Sachsen-Anhalt plädiert. Das ist auch bitter nötig, denn bei dem jetzigen Tempo dauert die Abarbeitung der Prioritätenliste des Radverkehrsplans nach den Angaben des ADFC 100 Jahre.

Wenn Sie sich unseren Änderungsantrag ansehen, stellen Sie fest, dass wir lediglich die einzelnen Punkte des Antrages der Koalitionsfraktionen in der Drs. 7/714 konkretisiert haben. Da Sie alle lesen können, werde ich nicht jeden einzelnen Punkt erklären. Aber auf drei Dinge möchte ich eingehen.

Erstens. In Punkt 2 bittet der Landtag die Landesregierung um Realisierung. Das ist leider viel zu vage und zu unkonkret. Was soll die Landesstraßenbaubehörde daraus umsetzen? - Wir brauchen dazu qualifizierte Aussagen aus dem Verkehrs- und hinsichtlich der touristischen Aspekte aus dem Wirtschaftsausschuss.

Zweitens die Beschilderung vor allem von touristischen Radwegen - ein Thema, das allein einen Antrag im Landtag wert wäre; also der vierte Anstrich in Punkt 2 des Antrages der Koalitionsfraktionen.

Die Qualitätssteigerung kann doch nur aufgrund einer Bestandsaufnahme der Wegweisung und beim Radwegemanagement erfolgen, damit am Ende Qualitätsstandards festgelegt werden können, und zwar entsprechend der bundesweit gültigen FGSV-Richtlinie mit anschließender Pflege und Kontrolle der Beschilderung, wie es in Thüringen der Landesradwegewart absichert.

Das touristische Landessystem aus dem Jahr 2005, das europaweit einzigartig für Wasser-, Rad- und Fußwanderer eine gemeinsame einheitliche Beschilderung vorgibt, halten wir und auch der ADFC für absolut untauglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Unter Punkt 6 unseres Änderungsantrages fordern wir, dass ein Aktionsplan für den ganzheitlichen Radverkehrsplan, unter anderem für Radwege innerorts und für touristische Radtouren, erstellt wird - eine Forderung aus dem Landeswahlprogramm der GRÜNEN, die wir sehr gern unterstützen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hildebrandt. Herr Rausch hat eine Frage. - Sie möchten nicht. Vielen Dank. Somit kommen wir zu dem nächsten Debattenredner. Das wird Herr Scheurell für die

CDU-Fraktion sein. Sie haben das Wort, Herr Scheurell.

(Zustimmung bei der CDU)

Frank Scheurell (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wichtige zuerst: Den Antrag der LINKEN lehnen wir ab. Ich begründe Ihnen das auch.

Die Kenia-Koalition macht sich stark für den Radverkehr in Sachsen-Anhalt. Daher ist der Antrag der Koalitionsfraktionen natürlich die konsequente Umsetzung des Koalitionsvertrages. Das ist doch klar.

Jetzt zu den Änderungsvorschlägen der LINKEN. Wir sind uns darin einig, dass wir diese ablehnen.

Natürlich, Frau Hildebrandt, kann man gute Anträge immer noch verbessern. Nur, Frau Hildebrandt: Manchmal fehlen den Koalitionsfraktionen und auch dem Haushaltsgesetzgeber dazu die finanziellen Mittel. Natürlich kann man vieles besser machen.

Gegen den Ausbau der Radwege an Landesstraßen nach den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen spricht natürlich nichts. Die personelle Umsetzung bei der Landesstraßenbaubehörde wird im Rahmen der Möglichkeiten im Haushaltsplan vorgenommen. Das wissen Sie auch.

Ich möchte auch die AfD-Fraktion voll einbeziehen.

(Robert Farle, AfD: Davon sind wir überzeugt!)

- Vor allem ist es ja so: Ihr werdet nicht auf das Holzpferd gesetzt, sondern auf das Holzrad.

(André Poggenburg, AfD: Wir fahren vorneweg!)

- Ihr fahrt vorneweg, natürlich. Ja, ja.

(Beifall bei der AfD)

An meiner Figur, Frau Lüddemann, sehen Sie ja, dass ich gar kein Radfahrer bin.

(Heiterkeit bei der CDU - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das hat man befürchtet!)

Aber wenn Sie einmal nach Wittenberg kommen, zeige ich Ihnen mein Rad. Das steht im Keller. Das ist ein Greenpeace-Rad.

Wissen Sie, in der Zeit vor der Wende war ich auch ein Grüner. Ich war zwar nirgendwo parteilich organisiert, aber ich habe Bäume gepflanzt, als ich noch gar nicht gewusst habe, wozu diese alles gut sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei der AfD)

Ich habe 680 Straßenbäume gepflanzt, auch am Radweg, damit der Radfahrer ab und zu einmal Schatten auf seinem Haupt hat.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber zurück zu den wichtigen Umsetzungsplänen, die wir vorhaben. Damit es klar ist: Euren Antrag lehnen wir ab.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Ideologisch verbohrt!)

- Ideologisch verbohrt? - Nein. Herr Knöchel, das kann man Ihnen ja nun nicht mehr grundsätzlich so andichten. Leider.

(Oh! bei der LINKEN)

Damals war mein Feindbild immer sehr klar. Ich hatte immer ein sehr klares Feindbild. Ich habe im Familienkreis immer gesagt: lieber das als rot. - Ich wollte den Spruch jetzt nicht sagen. Aber ihr habt euch ja auch schon gebessert. Doch, doch.

(Zustimmung bei der AfD)

Damals waren auch noch die GRÜNEN mein Feindbild. Aber jetzt sind sie ja bei uns in der Koalition. Deshalb kann ich das nicht mehr so ausleben.

(Heiterkeit bei der CDU - Zustimmung bei der AfD - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Zurück zum Fahrrad. Ich wollte jetzt die AfD in das Gespräch einbeziehen. Ein bisschen Aufklärung tut ja auch gut, und an der Stelle muss ich Sie aufklären - allerdings nicht auf dem Gebiet, das Sie jetzt annehmen. Diesbezüglich kann ich Sie garantiert nicht aufklären.

(Minister Holger Stahlknecht: Dafür haben wir Koffer! - Heiterkeit bei der AfD - Robert Farle, AfD: Das wollen wir jetzt mal genauer wissen!)

- Genau, richtig. - Nein, nein. Es geht jetzt um den Radwegekoordinator. Sie sind gerade wie alle anderen Fraktionen damit befasst, die Haushaltspläne zu lesen.

(Zuruf von der AfD: Sie kommen vom Thema ab!)

- Ich komme überhaupt nicht vom Thema ab, nein, ich lebe das aus, was im Radverkehrswegeplan steht.

(Robert Farle, AfD, und André Poggenburg, AfD, lachen)

Auch eure Mitglieder im Verkehrsausschuss haben diesen sicherlich verinnerlicht. Weil das so ist, wollte ich Ihnen sagen, dann wissen Sie auch, dass sowohl im Landwirtschaftshaushalt als auch im Wirtschaftshaushalt und natürlich auch bei uns

Radwege im touristischen Bereich, Radwege im landwirtschaftlichen Wegebau

(Robert Farle, AfD: Gegenderte Radwege!)

- und für Sie, geehrter Herr Farle, auch gegenderte Radwege berücksichtigt werden.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der AfD)

Wir haben ja festgestellt, dass es Teile unserer Koalition gibt, die feminine Fahrräder fahren.

(Heiterkeit)

Damit habe ich recht. Es gibt ja das Herrenrad und das Damenrad.

(Robert Farle, AfD: Richtig, richtig!)

Von daher kann ich ja so verkehrt nicht liegen.

Aber ich wollte Ihnen Folgendes sagen: Der Radwegekoordinator, wenn Ihnen das beim Studium der Haushaltspläne entgangen sein sollte, ist dafür mitverantwortlich, das zu koordinieren, damit nicht Doppelstrukturen entstehen oder Fehlplanungen laufen, sowohl für die touristischen als auch für die landwirtschaftlichen und für die straßenbegleitenden.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

- Das ist doch wichtig. - Die Kommunen haben die Hauptlast im Radwegeverkehr zu tragen. Wir haben sie zum Beispiel über das FAG besser ausgestattet. Da auch Sie unserem Haushaltsentwurf zustimmen wollen, habe ich Ihnen jetzt einmal ein paar Argumente genannt, damit Sie es guten Gewissens tun können.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister André Schröder)

Dabei nehmen wir die LINKEN mit in das Portfolio - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Scheurell, Ihre Zeit ist schon überschritten.

Frank Scheurell (CDU):

Ich habe die Zeit überschritten? - Aber ich hätte noch so viel zu sagen. Ich hätte Sie hier noch ein bisschen unterhalten können.

(Heiterkeit)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Scheurell, Sie haben die Möglichkeit, noch weiter zu sprechen. Ich habe noch zwei Wortmeldungen.

Frank Scheurell (CDU):

Frau Präsidentin, einen ganz wichtigen Satz muss ich noch loswerden. Meine Fraktion ist so toll und

hat uns eine ganz fantastische Referentin zur Verfügung gestellt. Fräulein Friedrich hat mich so schön gebrieft. Ich musste gar nichts selbst machen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Frau Feußner, gucke doch nicht so ernst.

(Eva Feußner, CDU: Ich gucke gar nicht ernst! - Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Lassen Sie uns trotzdem einmal kurz tief durchatmen. Wir haben zwei Fragesteller. Deswegen haben Sie noch die Möglichkeit, noch einige Dinge rüberzubringen. - Zunächst ist Frau Hildebrandt dran und dann Herr Raue.

Frank Scheurell (CDU):

Herr Raue wollte etwas wissen. Der hat sich gemeldet.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Beide haben sich gemeldet.

Frank Scheurell (CDU):

Ach, Sie auch, Frau Hildebrandt?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Selbstverständlich, Herr Kollege.

Frank Scheurell (CDU):

Frau Hildebrandt bringt das kompetent herüber.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Hildebrandt, Sie haben das Wort.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Herr Scheurell, Sie sollen länger Redezeit bekommen. Deshalb frage ich Sie noch etwas. Unser Änderungsantrag - -

Frank Scheurell (CDU):

Liegt mir vor.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

In welchem Punkt sind die Ausgaben höher als bei dem Antrag der Koalitionsfraktionen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Scheurell, bitte.

Frank Scheurell (CDU):

Ich hätte die gute Zuarbeit meiner Referentin besser lesen müssen.

(Zustimmung bei der CDU - Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Aber ich kann Ihnen, Frau Hildebrandt, sagen: Wir sind doch schon so gut. Sehen Sie einmal: Die Nasa macht das mit den Radfahrerstationen. Es ist nicht so, wie Sie die Radfahrerstationen noch kennen, etwa dass da ein Ausschank ist. Nein.

(Heiterkeit)

Das ist die Radfahrerstation mit dem Schnittstellenprogramm. Diese werden ja jetzt schon zu 80 % gefördert. Der grüne Bahnhof in Wittenberg bekommt so etwas, auch der Altstadtbahnhof.

(Zuruf von Doreen Hildebrandt, DIE LINKE)

- Ja, das Geld. Frau Hildebrandt, ich habe es jetzt nicht genügend gelesen. Sie haben wirklich einen Schwachpunkt bei mir aufgemacht.

(Heiterkeit)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Scheurell, ich kann Ihnen eine kleine Unterstützung geben. Reichen Sie das bitte an Frau Hildebrandt nach. Dann werden wir weitersehen.

Frank Scheurell (CDU):

Gut. Ich reiche es im Ausschuss nach.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Scheurell, ich würde jetzt gern Herrn Raue das Wort geben. Frau Hildebrandt, Sie bekommen die Antwort von Herrn Scheurell nachgereicht. - Herr Raue, bitte.

Alexander Raue (AfD):

Herr Scheurell, keine Angst. Sie nehmen uns auf Ihrem Drahtesel mit. - Das einmal vorangestellt.

Das Zweite, bezüglich dessen ich Ihnen auch die Sorge nehmen kann, ist, dass Doppelstrukturen, vor allem durch Kommunen und Landkreise geplant werden und durch den Koordinator koordiniert werden müssten. Diese Sorge kann ich Ihnen auch nehmen.

Das würden die Kommunen nicht machen. Denen fehlt zum ersten das Geld, um derartige Planungsleistungen durchzuführen. Zum zweiten wissen die Kommunen ganz genau: Wenn sie Doppelstrukturen planen würden, würde ihnen das Geld fehlen, um am Ende die Wege auch finanzieren zu können. Diesbezüglich brauchen wir keine Angst zu haben. Dafür brauchen wir nicht vorzusorgen. Aber für den guten Rest, der beschrieben worden ist, wahrscheinlich schon.

Frank Scheurell (CDU):

Herr Raue, wir werden - - Entschuldigung, sehr geehrte Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es war zwar keine Frage - -

(Zurufe von der AfD: Doch, doch! Ja!)

Frank Scheurell (CDU):

Doch, doch.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie können trotzdem erwidern.

(Heiterkeit)

Frank Scheurell (CDU):

Herr Raue, ich bin Ihnen sehr dankbar. Dann kann ich Sie nämlich noch ein bisschen tiefergehend aufklären.

(André Poggenburg, AfD: Tiefer!)

Es sind ja nicht nur die Kommunen, die planen. Wir alle haben in unseren Wahlkreisen so viele Kommunen mit schlechten Radwegen.

(Tobias Rausch, AfD: Richtig!)

Wir wissen, dass dieser Titel lange, lange überzeichnet ist. Das hat eigentlich jeder Redner in seinem Debattenbeitrag gebracht.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Wir wollen aus weniger Geld mehr machen. Das soll der Koordinator mit auf die Reihe bekommen. Damit sind wir auf einem richtigen Weg im Sinne von allen. Deshalb erwarte ich eigentlich Zustimmung von allen zu unserer Koalitionsvorlage. Denn sehen Sie mal, etwas Unideologischeres als Verkehr und Landesentwicklung kann es doch gar nicht geben.

(Zustimmung bei der CDU, von Hannes Loth, AfD, und von Jan Wenzel Schmidt, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Scheurell. Ich sehe keine weiteren Anfragen. Somit hat Frau Lüddemann noch einmal das Wort. - Sie verzichtet.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE - Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

- Okay. - Ich habe jetzt nicht vernommen, dass dieser Antrag in einen Ausschuss überwiesen werden soll.

(Doreen Hildebrandt, DIE LINKE: Doch, doch!)

- Frau Hildebrandt.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Ich hatte in meiner Rede erklärt, dass der Antrag selbstverständlich zur federführenden Beratung in den Verkehrsausschuss gehört, aber für die touristischen Aspekte natürlich auch in den Wirtschaftsausschuss.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. - Herr Scheurell, bitte.

(Robert Farle, AfD: Jetzt wollen wir aber abstimmen!)

Frank Scheurell (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, das war ein wunderbarer Vorschlag der Oppositionsfraktion DIE LINKE; denn das war der wichtige Punkt, den ich vergessen habe herüberzubringen.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Denn im Wirtschaftsministerium soll ja nachher auch das Kummertelefon klingeln für den, der die ganzen Schäden an Radwegen usw. aufnimmt. Das ist dann das Weitergehende. Wir beraten dazu bei uns im Verkehrsausschuss und schieben das dann zum Wirtschaftsausschuss hinüber; die sollen dann damit klarkommen.

(Zuruf von Doreen Hildebrandt, DIE LINKE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt, bitte.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich habe wahrscheinlich etwas weiter gelesen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir wollten darüber direkt abstimmen.

(Zustimmung bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Genau! - Robert Farle, AfD: Ja-wohl!)

Aber es schadet ja nicht, wenn man dann trotzdem über das Thema redet. Auch wenn wir jetzt direkt abstimmen, kann der Kollege Scheurell dann mit den Kollegen im Ausschuss darüber reden. Aber wir stimmen direkt ab.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU - Zustimmung bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Richtig!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich werde jetzt erst einmal den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Überweisung zur Abstimmung stellen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die

Koalitionsfraktionen und die Fraktion der AfD. Damit ist der Antrag auf Überweisung abgelehnt worden.

Wir stimmen nunmehr über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/741 ab. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE und es gibt einiges Zögern bei anderen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir kommen nunmehr - Herr Daldrup, wir sind noch nicht ganz fertig - zur Abstimmung über den Antrag in der Drs. 7/714. Wer diesem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei den Koalitionsfraktionen und bei der Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 2 ist erledigt.

Wir steigen ein in den

Tagesordnungspunkt 3

Beratung

Kündigung der Rundfunkstaatsverträge

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/699

Einbringer dieses Antrags ist der Abg. Herr Poggenburg. Sie haben das Wort, Herr Poggenburg.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! In Sachsen-Anhalt liegen mehr als 411 000 vollstreckbare Titel gegen Schuldner des sogenannten Rundfunkbeitrages vor. Das betrifft statistisch gesehen fast jeden fünften Einwohner.

Über die seit 2013 zur Haushaltsabgabe gestaltete Zwangsgebühr müssen unsere Bürger einen milliardenschweren Medienkoloss finanzieren. Im Jahr 2015 mussten die Bürger beispielsweise an ARD, ZDF und Deutschlandradio ca. 7,36 Milliarden € zahlen. Es ist ganz klar festzustellen, dass es sich hierbei eben nicht um einen Beitrag, sondern eher um eine Form der Besteuerung handelt.

(Beifall bei der AfD)

Einem Beitrag muss ein individueller Nutzwert gegenüberstehen und das ist in diesem Falle nicht gegeben. Vielmehr sollen pauschal Zahlungen erfolgen, soll pauschal für etwas gezahlt werden, das allgemein zur Verfügung gestellt wird, egal ob man dies nun nutzen kann oder nutzen will. Allein schon diese Art der Finanzierung des öffentlich-

rechtlichen Rundfunks ist unsozial. Wir lehnen sie kategorisch ab.

(Beifall bei der AfD)

Es muss einfach die grundlegende Möglichkeit geben, sich unkompliziert der sogenannten GEZ-Gebühr zu entziehen, wenn keine entsprechende Nutzung dieses Angebots stattfindet.

(Beifall bei der AfD)

Dazu muss allerdings über ein grundlegend neues Finanzierungskonzept nachgedacht werden. Ich sage das an dieser Stelle, weil es der AfD eben nicht darum geht, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzuschaffen,

(Zurufe von der LINKEN: Aha! - Ach so! - Markus Kurze, CDU: Doch!)

wie es uns mehr oder weniger deutlich immer wieder nachgesagt wird,

(Hannes Loth, AfD: Unterstellt!)

fälschlicherweise unterstellt wird.

(Tobias Rausch, AfD: Das ist eine linke Unterstellung!)

Es geht um eine Umgestaltung der Finanzierung und eine Neubewertung des Sendungsauftrages.

Unsere Kleine Anfrage KA 7/342 hat ergeben, dass allein in Sachsen-Anhalt im Jahr 2015 gegen etwa 44 000 Schuldner der Rundfunkgebühr die Zwangsvollstreckung betrieben wurde. Es handelt sich hierbei also um ein gesellschaftlich relevantes Massenphänomen und nicht um Einzelfälle.

(Zustimmung bei der AfD)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk begründet seine Existenz auf Artikel 5 Abs. 1 unseres Grundgesetzes. Danach muss gewährleistet sein, dass sich jedermann aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert informieren und unterrichten kann. Daraus leitet sich ein sogenannter Grundversorgungsauftrag ab, der zum Zeitpunkt der Gründung von ARD und ZDF nur staatlich gewährleistet werden konnte. Dies war die Stunde der Rundfunkstaatsverträge.

In diesen Verträgen ist viel von Staatsferne und Unabhängigkeit der Sender, gar von einem Neutralitätsgebot die Rede. Es gibt also den Auftrag des neutralen Informations- bzw. Nachrichtenangebots und es gibt zudem einen Bildungsauftrag.

Wir müssen aber ganz klar feststellen, dass eine neutrale Berichterstattung des Öffentlich-Rechtlichen zu Geschehnissen im In- und Ausland nicht mehr ausreichend gegeben ist. Da werden Informationen teils völlig unterdrückt oder stark tendenziös wiedergegeben,

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Bitte was?)

wie beispielsweise der Multikulti-Supergau zu Silvester in Köln oder vor Kurzem die Weigerung der ARD, über den Mord an einer jungen Frau durch einen abgelehnten afghanischen Asylbewerber zu berichten, obwohl dieses Thema von ausländischen Medien längst aufgegriffen und gesendet wurde.

Es kann mittlerweile von einem systemtreuen Staatsfernsehen gesprochen werden, welches versucht, die Geschehnisse im Einklang mit linker Propagandavorgabe an den Mann bzw. den deutschen Bürger zu bringen.

(Beifall bei der AfD)

Egal ob es sich um die Ukraine-Berichterstattung oder um Informationen zu Assad in Syrien handelt, immer wird der moralisch überhebliche westliche Wertekanon gegen eine tatsächliche klare und freie Berichterstattung eingetauscht.

(Robert Farle, AfD: Richtig!)

Um es klar zu sagen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich in Teilen stark zu einer Aktualen Kamera 2.0 deklassiert,

(Beifall bei der AfD)

und er ist weit mehr darauf bedacht, die herrschenden Verhältnisse oder Unverhältnisse propagandistisch zu unterstützen, als den zwangszahlenden Bürger einwandfrei neutral zu informieren. Um es noch deutlicher zu sagen: Der deutsche Michel wird gezwungen, dafür zu zahlen, dass er vom Rundfunk teilweise belogen und betrogen wird. Und das ist eine Unverschämtheit über alle Maßen.

(Beifall bei der AfD)

Ich wiederhole nochmals: Die AfD fordert nicht die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; aber dessen Finanzierung und dessen Auftrag müssen geändert und neu konzipiert werden.

Wir alle wissen aber, dass, solange keine Kündigung stattfindet, kein Vertragspartner den Weg an den Verhandlungstisch findet. Somit ist die Kündigung der Rundfunkstaatsverträge die einzige Möglichkeit, alle Beteiligten zu veranlassen, sich ernsthaft Gedanken über eine Neuausrichtung von Finanzierung und Auftrag zu machen.

Die AfD versteht sich insofern als Initiator, um genau diesen Prozess in Gang zu setzen und bis 2018 eine lebhaftige Debatte und eine Lösungsfindung zu ermöglichen, um dann im Jahr 2019 den öffentlich-rechtlichen Rundfunk neu vorzustellen.

Auch die Struktur und die Wirtschaftlichkeit dieses Medienkolosses müssen auf den Prüfstand. Die Gehaltsstruktur an der Spitze der öffentlich-rechtlichen Sender ist beachtlich. Soweit bekannt ist, beziehen fünf Intendanten der insgesamt zehn

Sendeanstalten ein Gehalt von über 300 000 € jährlich und erhalten damit mehr als Bundeskanzlerin Merkel oder Bundespräsident Gauck, welche ein Jahreseinkommen von ca. 290 000 € bzw. 217 000 € aufweisen. Die MDR-Chefin erhält immerhin Bezüge in Höhe von ca. 243 000 €, was sich aber vergleichsweise bescheiden ausnimmt gegenüber dem Einkommen des WDR-Chefs, der ein Gehalt von jährlich ca. 375 000 € erhält.

(Lydia Funke, AfD: Mein Gott!)

Dem steuerzahlenden Bürger ist nicht mehr zu vermitteln, dass ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ca. 100 Sendern und Programmen aufgrund eines Informations- und Bildungsauftrags verfassungsrechtlichen Bestandsschutz haben soll. Über das noch freie Internet informieren und bilden sich mittlerweile weitaus mehr Bürger und Menschen als über ARD und ZDF.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Eine grundlegende Reform ist daher unausweichlich. Der erste notwendige Schritt ist die längst - längst! - überfällige Kündigung der Rundfunkstaatsverträge. - Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Poggenburg. - Ich sehe keine Anfragen. Somit erteile ich dem Staats- und Kulturminister Herrn Robra für die Landesregierung das Wort. Sie haben das Wort, bitte.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Dass man mal zu so etwas reden muss, hätten Sie sich auch nicht vorgestellt!)

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der AfD - wir haben es eben gehört - zielt auf eine Kündigung sämtlicher rundfunkrechtlicher Rechtsgrundlagen, die derzeit in der Bundesrepublik Deutschland gelten. Dafür gibt es - das sage ich gleich am Anfang - keinen hinreichenden Grund.

(Zuruf von der AfD: Och! - Oliver Kirchner, AfD, lacht)

Die Konsequenzen wären für die heterogene Gemeinschaft der Länder - es müssen am Ende immer wieder alle 16 zusammenfinden - schlichtweg nicht mehr beherrschbar.

Die geltende Rundfunkordnung beruht auf Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes und den dazu ergangenen verfassungsgerichtlichen Entscheidungen. Bei der Lektüre des Antrages selbst und bei den Ausführungen von Herrn Poggenburg

eben hatte man das Gefühl, da hat einer in das kleine Volkshandbuch zum Grundgesetz geguckt und hat die 60 Jahre Rechtsprechungsgeschichte schlicht ausgeblendet.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Olaf Meister, GRÜNE, und Dr. Falko Grube, SPD, lachen - Eva von Angern, DIE LINKE: Das wird auch total überschätzt!)

Deswegen möchte ich dazu jetzt etwas sagen. Nach dem Bundesverfassungsgericht handelt es sich bei der Rundfunkfreiheit um eine sogenannte dienende Freiheit, also ein Freiheitsrecht, das der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung dient. Diese besondere Stellung in der Grundrechtsdogmatik findet ihre Begründung in dem herausragenden Wert des Rundfunks für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und in seinem bedeutenden Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung, der auf seiner, wie das Verfassungsgericht formuliert, Breitenwirkung, Aktualität und Suggestivkraft beruht.

Nur die Länder - Adenauers Vorstoß für ein Bundesfernsehen ist schon in den 50er-Jahren gescheitert - haben den Auftrag zur Gewährleistung der Rundfunkfreiheit, und zwar durch Herstellung einer positiven Rundfunkordnung. Diese muss sicherstellen, dass die Vielfalt der bestehenden Meinungen im Rundfunk in möglicher Breite und Vollständigkeit Ausdruck findet. Dabei hat der Gesetzgeber - das sind die Länder mit ihren 16 Parlamenten - einen weiten Spielraum im Rahmen der Verfassung.

Das Bundesverfassungsgericht hat betont, dass sich an der Bedeutung des Rundfunks für die Meinungsbildung durch neue Technologien nichts geändert hat. Im Gegenteil haben die Wirkungsmöglichkeiten des Rundfunks zusätzliches Gewicht dadurch gewonnen, dass das Internet zu einer Vergrößerung und Ausdifferenzierung des Angebots sowie der Verbreitungsformen und Verbreitungswege geführt hat. Wir haben darüber im Landtag wiederholt diskutiert. Auch im Internet muss es verlässliche Angebote geben, die den öffentlich-rechtlichen Standards redaktioneller Qualitätssicherung entsprechen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in der dualen Rundfunkordnung des Grundgesetzes die Aufgabe, als Gegengewicht zu den kommerziellen Rundfunkanbietern ein Leistungsangebot hervorzubringen, das einer anderen Rationalität folgt als der der marktwirtschaftlichen Anreize; er soll entwicklungs offen zu einer inhaltlichen Vielfalt beitragen, wie sie allein über den freien Markt nicht gewährleistet werden kann. Denn der publizistische und ökonomische Wettbewerb führt nicht automatisch dazu, dass in den Rundfunkprogrammen die Vielfalt der in einer Gesellschaft verfüg-

baren Informationen, Erfahrungen, Werthaltungen und Verhaltensmuster abgebildet wird, so das Verfassungsgericht.

Zur Freiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört seine Programmautonomie. Die Entscheidung über die zur Erfüllung des Funktionsauftrages als notwendig angesehenen Inhalte und Formen des Programms stehen den Rundfunkanstalten zu, deren Gremien dabei eine wichtige Rolle spielen, und zwar auch, wenn man so will, als Haushaltsgesetzgeber. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist kein Selbstbedienungsladen, wie es eben dargestellt worden ist.

Deswegen steht der Rundfunk nicht unter staatlicher Kontrolle, sondern er ist staatsfern organisiert. Von systemtreuem Staatsfernsehen zu sprechen, wie es Herr Poggenburg getan hat, ist schlicht und ergreifend abwegig.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der AfD)

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurde durch die Staatsverträge, die die AfD nun in Gänze kündigen will, das Modell einer binnenpluralistischen Kontrolle gewählt, in dem die Aufsicht über die jeweilige Rundfunkanstalt durch ein plural zusammengesetztes Gremium erfolgt. Die Aufsichtsgremien sind Sachwalter der Interessen der Allgemeinheit. Beim Mitteldeutschen Rundfunk gehört inzwischen auch eine von der AfD entsandte Person dem Rundfunkrat an.

Vor diesem Hintergrund verzichte ich als Vertreter der Landesregierung darauf, die Programmkritik zu kommentieren, die in der schriftlichen wie mündlichen Begründung zu dem AfD-Antrag aufschien. Das ist Sache der Öffentlichkeit, vor allem auch der Gremien. Ich denke, die Öffentlichkeit wird sehr genau beobachten, wie die AfD in den Gremien agiert.

In Sachsen-Anhalt hat der Landtag in der ersten Legislaturperiode am 14. November 1991, also vor fast genau 25 Jahren, mit großer Mehrheit dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland zugestimmt. Mit diesem Staatsvertrag wurde nach Jahrzehnten staatlich gelenkter Medien auf dem Gebiet dieses Landes erstmals die Grundlage für einen freien Rundfunk geschaffen nach den rechtlichen Maßstäben des Grundgesetzes, die ich eben in wenigen Eckpunkten vorgestellt habe.

Angesichts dessen ist es ebenfalls schlicht ungehörig, von „Aktueller Kamera 2.0“ oder dergleichen zu reden; das ist einfach geschichtsvergessen. Tut mir leid, das kann ich nicht anders bezeichnen.

(Zustimmung von Siegfried Borgwardt, CDU, von Dr. Katja Pähle, SPD und von

Olaf Meister, GRÜNE - Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Hiervon ausgehend hat sich in Sachsen-Anhalt bis heute eine bunte Vielfalt öffentlich-rechtlicher und privater Medienangebote entwickelt, vom Mitteldeutschen Rundfunk bis hin zu nichtkommerziellen Angeboten, wie denen der offenen Kanäle. Auch diese Bürgermedien werden übrigens aus dem von der AfD kritisierten und zur Abschaffung empfohlenen Rundfunkbeitrag finanziert. Nicht nur der Mitteldeutsche Rundfunk, sondern die gesamte duale Rundfunkordnung einschließlich Radio Brocken und Radio SAW und der Medienanstalt, die die Aufsicht über die privaten Anbieter führt, beruhen auf den Staatsverträgen, denen die AfD jetzt die Grundlage entziehen will.

Dass Beitrag Beitrag ist, haben die Gerichte entschieden; das muss Ihnen nicht passen. Ich empfehle Ihnen, ein bisschen Respekt vor den Entscheidungen der dritten Gewalt zu haben.

Dass man das anders organisieren kann, ist auch klar. Es gab schon immer Parteien, die gesagt haben, man solle eine Steuer daraus machen; das hat bisher keine Mehrheit gefunden. Wenn Sie das wollen, sagen Sie das bitte auch, dann sagen Sie bitte, wie die Finanzierungsgrundlagen geschaffen werden sollen. Und sagen Sie nicht einfach, das muss alles weg und dann findet sich das schon.

(André Poggenburg, AfD: Haben wir nicht gesagt!)

- Aber Sie haben nicht gesagt, wie es gestaltet werden soll.

Meine Damen und Herren! Jeder Rundfunkstaatsvertrag einschließlich der bis heute 19 in Kraft getretenen Änderungsstaatsverträge - auch das muss man im Landtag einmal in Erinnerung rufen dürfen - wurde in allen 16 Landesparlamenten intensiv beraten. Eine breitere politische Debatte kann ich mir überhaupt nicht vorstellen.

Das, was die AfD als negativ darstellt, nämlich dass Kompromisse gefunden wurden, ist in meinen Augen der größte Pluspunkt an dieser Rechtsordnung. Immer wieder und über alle denkbaren politischen Konstellationen hinweg wurde und wird in den Landesparlamenten über den Rundfunk diskutiert. Das tun wir auch heute. Das ist auch gut und legitim. Immer wieder hat man sich zu einem breiten politischen Konsens zusammengefunden.

Dass die - sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich das so sage - im Moment generell auf Krawall gebürstete AfD aus diesem Konsens aussteigen will, ist bedauerlicherweise nicht überrauschend. Sie sollte sich dann aber auch die Frage stellen, wie man gemeinsam mit den anderen 15 Ländern,

die sehr unterschiedliche Auffassungen in diesen Fragen haben, den Sack wieder zubekommt, wenn man ihn durch die Kündigung der Verträge geöffnet hat. Mit der Pluralität der Meinungen auch in den 16 Ländern leben zu lernen, das ist die Realität und die Herausforderung des Föderalismus.

Dem Landtag ist daher zu empfehlen, sich auch künftig als Teil der Ländergemeinschaft an der konstruktiven Gestaltung der positiven Rundfunkordnung zu beteiligen. In diesem Sinne kommen wichtige Aufgaben auf die Länder zu. Denn die digitale Medienzukunft bedarf zeitgemäßer Rechtsgrundlagen, die sich aus den Rundfunkstaatsverträgen entwickeln lassen.

Ich bitte daher den bei aller grundsätzlich zulässigen Kritik - das unterstreiche ich nochmals - an unseren Anstalten weit über das Ziel hinauschießenden Tabula-Rasa-Antrag der AfD abzulehnen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Robra. Es gibt zwei Nachfragen. Sie haben Ihre Redezeit um vier Minuten überzogen.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Das kann sein.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das darf er aber! - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Wegen so einem Scheiß!)

Zunächst Herr Raue. Bitte, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Herr Staatsminister Robra, die finanzielle Grundlage des öffentlichen Rundfunks wird durch staatliches Handeln sichergestellt. Wie weltfremd muss man eigentlich sein, an dieser Stelle Staatsferne und Unabhängigkeit zu erkennen? - Das müssen Sie mir mal erklären. Das versteht keiner. Erstens.

(Zurufe von Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE, und von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

Zweitens. Der öffentliche Rundfunk, so sagten Sie, stehe für das Freiheitsrecht und für freie öffentliche Meinungsbildung.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Genau!)

Sind sie nicht auch der Ansicht, dass die Übergewichtung von Kommentierungen und einseitigen Darstellungen von Meinungen gegenüber der Information und Faktenvermittlung dem entgegensteht?

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Robra, bitte.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Zunächst mal zur Finanzierung. Wer, wenn nicht die Parlamente, die Legislative, soll die Rechtsgrundlage für die Erhebung von was auch immer, Gebühren, Beiträgen, Steuern schaffen?

(Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD)

Soll das vom Himmel fallen?

Bei allem Respekt vor der berechtigten Kritik an einzelnen Aspekten. Wir bemühen uns beispielsweise darum, die stetige Entwicklung des Beitrages nach oben zu deckeln und für Stabilität zu sorgen aus wohlerwogenen Gründen.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Freitag beschlossen!)

Niemand anderer als die Parlamente ist dazu aufgerufen, die Finanzierungsgrundlagen zu schaffen. Das ergibt sich aus der Verfassung. Lesen Sie es nach; dann werden Sie die Antwort darauf noch substantieller erhalten, als ich sie in der Kürze der Zeit geben kann.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank.

Alexander Raue (AfD):

Gut, aber daraus ergibt sich keine Unabhängigkeit.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Die Finanzierungsgrundlagen haben mit der inhaltlichen Wahrnehmung der Rundfunkfreiheit gar nichts zu tun. Bei der Ausgestaltung der redaktionellen Verantwortung in den Anstalten - - Sie fragten, ob dort zu viel Meinung und zu wenig Information verbreitet wird. Das mag in der Praxis hin und wieder vorkommen. In den Staatsverträgen - vielleicht machen Sie sich einmal die Mühe und lesen die Staatsverträge, die Sie jetzt kündigen wollen - ist genau diese Frage aufs Feinste geregelt. Um die Einhaltung dieser Rechtsgrundsätze in der Realität zu gewährleisten, haben wir die Gremien, die, wie gesagt, plural zusammengesetzt sind. Das System ist etwas kompliziert; das will ich gar nicht bestreiten. Aber wenn man sich ernsthaft damit beschäftigt, wird man es schon verstehen.

Alexander Raue (AfD):

Eine letzte Frage hätte ich noch.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, jeder darf zwei Nachfragen stellen. Wenn Sie noch eine Nachfrage haben, würde ich Ihnen diese gestatten. Ansonsten wären Ihre Nachfragen erschöpft.

Alexander Raue (AfD):

Welchen Einfluss, Herr Staatsminister, wollen Sie denn zukünftig ausüben, damit wir zu einer wirklich ausgeglichenen Berichterstattung kommen und das Zurückliegende in Zukunft nicht mehr erfahren müssen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, das war zwar keine Nachfrage, aber bitte, Sie haben das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Fragen Sie Ihren Vertreter im MDR-Rundfunkrat. In allen Sitzungen der Gremien selbst und ihrer Ausschüsse findet das kontinuierlich statt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Siegmund; Sie sind dran. Bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Sehr geehrter Herr Staatsminister Robra, Sie haben soeben von Meinungspluralität gesprochen, die man akzeptieren muss. Das finde ich sehr loblich. So gilt es auch Ihre Meinung zu akzeptieren und zu debattieren.

Meine erste Frage ist: Haben Sie denn auch die Meinungspluralität in der Bevölkerung aufgegriffen und auch einmal die Menschen in unserem Land gefragt, ob sie überhaupt einen Rundfunkbeitrag bezahlen möchten und dieses Angebot überhaupt in Anspruch nehmen möchten?

Zweite Frage: Auf welche moralische Grundlage berufen Sie sich dabei, Menschen durch eine Zwangsabgabe zu zwingen, für etwas zu bezahlen, was sie gar nicht verwenden möchten und vielleicht auch aufgrund mangelnder technischer Ausstattung in der Wohnung gar nicht nutzen können? Warum müssen Menschen für etwas bezahlen, was sie nicht nutzen möchten und was sie nicht nutzen können? Das ist meine Frage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Robra, bitte.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Wenn Sie sich ernsthaft damit beschäftigen wollen, dann lesen Sie die Gerichtsentscheidungen

dazu. Darin wird Ihnen deutlich gemacht, dass sich die große Bedeutung der Rundfunkfreiheit, die große Bedeutung, die der Rundfunk bei der Meinungsbildung hat, nur dann im öffentlich-rechtlichen System gewährleisten lassen, wenn alle Haushalte zur Finanzierung beitragen, unabhängig davon, ob sie die Angebote nutzen wollen oder nicht. Auch derjenige, der an einer Straße gebaut hat und kein Auto hat, wird zu den Straßenausbaubeiträgen herangezogen. Das betrifft eine ganz allgemeine Frage des Beitragsrechts auch außerhalb des Rundfunksystems.

(André Poggenburg, AfD: Steuer!)

- Nein, dann ist es noch lange keine Steuer. - Die Rechtfertigung dafür ergibt sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Ulrich Siegmund (AfD):

Die Frage war aber nach dem moralischen Aspekt. Wie erklären Sie das einem Menschen, der sagt, er möchte das Angebot nicht in Anspruch nehmen und kann es technisch auch nicht.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Die moralische Frage - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment. Nicht einfach dazwischenreden. Wenn Sie noch eine Nachfrage haben, zeigen Sie das bitte an. Jeder bekommt von mir das Wort erteilt. Ansonsten geht das quer durcheinander. - Herr Robra, bitte.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Die, wenn Sie so wollen, moralische Rechtfertigung ergibt sich aus der Bedeutung des Rundfunks als hohes Gemeinschaftsgut. Bei den hohen Gemeinschaftsgütern muss jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beitragen. Wenn ich von dem Rahmen der Möglichkeiten spreche, dann gucken Sie sich bitte an, welche sozialen Milderungstatbestände im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag formuliert sind. Es gehört zum Gemeinschaftsleben dazu, dass jeder dazu beiträgt.

Ulrich Siegmund (AfD):

Danke schön.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Nachfragen.

Bevor wir in die Debatte mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion einsteigen, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler

der Sekundarschule Aken im Hohen Haus recht herzlich zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir steigen in die Fünfminutendebatte ein. Der erste Debattenredner wird Herr Dr. Grube für die SPD-Fraktion sein. Sie haben das Wort, Herr Dr. Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Was wir als Faktion zur Weiterentwicklung des öffentlichen Rundfunks zu sagen hatten, zur Reformbedürftigkeit und dazu, wie wir zum Programmauftrag stehen, hat Kollege Hövelmann bereits am Mittwoch ausgeführt. Was die Inhalte betrifft, kann ich mich den Ausführungen des Staatsministers vollumfänglich anschließen.

Deswegen will ich die Zeit nutzen, mich einmal mit Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der AfD, auseinanderzusetzen.

(Oh! und Zustimmung bei der AfD)

Erste Feststellung: Die Befehlskette in der AfD funktioniert. Am 9. Dezember hat Frauke Petry den Führerinnenbefehl ausgegeben:

(Heiterkeit bei der SPD)

Rundfunkbeiträge abschaffen! Und schon rennen Sie wie Lemminge los und stellen in allen Landtagen, in denen Sie vertreten sind, die gleichen Anträge.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN - André Poggenburg, AfD: Wie bei Frau Merkel! - Heiterkeit bei der AfD - Daniel Roi, AfD: Das steht im Wahlprogramm!)

Zweitens. Sie wissen nicht, wovon Sie reden. Herr Dr. Tillschneider hat am Mittwoch hier erklärt, er nutzt gar kein Angebot der Öffentlich-Rechtlichen. Niemals schaut er rein, nicht zu Hause, nicht im Auto. Ich weiß gar nicht, wo Sie die Inhalte für Ihre Anträge herbekommen.

(Zuruf von der AfD)

Schön ist das alles nicht, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der AfD)

Drittens. Doch, Herr Poggenburg, Sie wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen. Da können Sie noch so viel Schwammiges von Neuordnung und Konzepten sagen. Am Ende steht: Sie wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen.

(André Poggenburg, AfD: Nein!)

Wenn Sie eine Diskussion über Inhalte wirklich wollten, dann würden Sie Inhalte vorlegen.

Sie sind in dem Antrag auch nicht ehrlich, nicht einmal ein bisschen. Sie schreiben in der Überschrift: Rundfunkstaatsverträge kündigen. Wenn ich mir Ihren Redebeitrag und die Begründung ansehe, dann müsste da eigentlich stehen: Weg mit der Lügenpresse, die berichtet schlecht über uns. Das plakatieren Sie im Wahlkampf. Das sagt Ihre Parteivorsitzende. Das sagen Sie hier.

(André Poggenburg, AfD: Wir haben nie Lügenpresse in Sachsen-Anhalt gesagt!)

Dann seien Sie doch ehrlich und kommen nicht mit diesem ganzen Tabula-rasa-Gequatsche.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

Meine Damen und Herren von der AfD, weil Sie das in Ihrem Antrag alles so verschämt machen, sind Sie auch wenig transparent. Sie sind diejenigen, die aufgrund der Transparenz hier dauernd das Burkaverbot fordern und hier trotzdem eine politische Verschleierungstaktik anwenden. Das passt für mich nicht zusammen.

Was dem Fass den Boden ausschlägt: Ich will einmal eine Passage aus Ihrer Begründung vorlesen, darin steht:

„Der Begriff der ‚Lügenpresse‘ wurde in diesem Zusammenhang wiederbelebt, Begriffe wie ‚Pinocchio- und ‚Lückenpresse‘ traten hinzu.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist unverschämt. Sie haben den Begriff der Lügenpresse in die öffentliche Debatte eingeführt.

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Sie haben den Begriff der Pinocchio- und Lückenpresse erfunden. Sie sind diejenigen, die auf Ihren Parteitag den Begriff der Lückenpresse kultivieren.

(Robert Farle, AfD: Keine Ahnung!)

Dazu muss ich sagen: Sie sind eine ganz schöne Pinocchio-Partei, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD - Hannes Loth, AfD: Das machen Sie doch!)

Viertens. Die AfD steht für Zensur.

(Lachen bei der AfD - Zuruf von der AfD: Was? - Robert Farle, AfD: Das sieht man, wer Zensur macht!)

Ich möchte einmal aus Ihrer Begründung vortragen. Darin steht:

„Der Berichterstattung fehlen oft die journalistische Unabhängigkeit und eine ausgewogene, gründliche Recherche.“

Herr Poggenburg hat vorhin davon gesprochen, dass hier staatstreue Journalistinnen und Journalisten den Machthabern das Wort reden.

(Zuruf von der AfD)

Sie haben weiterhin geschrieben:

„Der Rundfunk als sogenannte vierte Gewalt hat seine Kontrollpflichten gegenüber den anderen drei Gewalten unzureichend wahrgenommen. Er ist ihr Korrektiv und nicht ihr Sprachrohr. Staatsferne statt Kuschelkurs. Wo war der ‚gute Journalismus‘ bei der Asylkrise?“

Sehr geehrte Damen und Herren von der AfD, ich verstehe Ihre Rumheulerei überhaupt nicht. Wenn jemand in der Debatte um die ganze Asylkrise in den öffentlich-rechtlichen Medien deutlich überrepräsentiert war, dann waren das die Kolleginnen und Kollegen Ihrer Partei. Was ich mir in den Talkshows alles anhören musste mit Ihrer rechten Ideologie, das schlägt dem Fass den Boden aus. Sie stellen sich aber dann heute hier hin und sagen,

(Oh! bei der AfD)

das ist keine unabhängige und ausgewogene Berichterstattung gewesen. Sie müssen sich einmal die Sendungen ansehen, über die Sie hier reden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN - Zurufe von Ulrich Siegmund, AfD, und von Hannes Loth, AfD - Weitere Zurufe von der AfD)

- Ja, immer schön brüllen. Wenn da vorn jemand etwas sagt, was man nicht gut findet, immer alle zusammenbrüllen. Das kennen wir ja schon. Das kennen wir aus den Talkshows auch. Machen Sie super!

Damit sind wir doch beim eigentlichen Impetus Ihres Antrag. Sie sind mit den Inhalten unzufrieden. Sie wollen bestimmen, was gute und schlechte Inhalte sind. Sie sind nicht für die journalistische Freiheit.

Meine Damen und Herren von der AfD, das ist Zensur. Weil Sie das hier im Landtag beschließen wollen, ist das nichts anderes als staatliche Zensur. Wir anderen Fraktionen stehen dafür nicht zur Verfügung.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Jeder von uns hat morgens schon einmal die Zeitung aufgeschlagen und war nicht total zufrieden mit dem, was da steht.

(Heiterkeit - Matthias Höhn, DIE LINKE: Nicht total zufrieden! - Minister André Schröder: Ach!)

- Das ist so. Damit muss man leben.

(Cornelia Lüdemann, GRÜNE: Manchmal bin ich auch unzufrieden!)

Im Übrigen ist es Teil von Meinungsfreiheit, das zu respektieren, was Journalistinnen und Journalisten darin schreiben.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Deswegen ist unsere Antwort darauf nicht, wir schaffen das ab, sondern wir setzen uns damit auseinander. Das bewegt sich im Rahmen der Pressefreiheit. Deswegen ist Ihr Antrag nur abzulehnen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Dr. Grube. Es gibt zwei Nachfragen. Ich würde heute pro Fraktion zwei Fragen zulassen;

(Eva von Angern, DIE LINKE: Bitte!)

denn wir sind schon wieder etwas im zeitlichen Verzug. Es haben sich jetzt Herr Raue und Herr Poggenburg gemeldet. - Entschuldigung, Herr Schmidt hat sich noch vorher gemeldet. Somit muss ich Herrn Schmidt und Herrn Poggenburg den Vortritt lassen.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Herr Schmidt, Sie waren der Erste. Bitte stellen Sie Ihre Frage.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Machen wir eine Kurzintervention daraus, und zwar haben Sie kritisiert, dass wir sagen: Lückenpresse oder Sonstiges. Ihr Kollege Herr Hövelmann hat doch gesagt, dass wir nicht alles glauben sollen, was in den Medien steht. Ist das nicht ein Begriff der Lügenpresse bzw. der Lückenpresse?

(Unruhe bei der SPD)

Das Zweite ist: Wir kritisieren ganz stark, dass die öffentlich-rechtlichen Medien beeinflusst werden, und zwar von Parteien wie der Ihren.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Das kann man in Rheinland-Pfalz sehen, zum Beispiel bei der Elefantenrunde. Dazu war die AfD eingeladen. Dann hat die SPD Druck ausgeübt, weil die AfD eingeladen wurde, sodass die AfD wieder ausgeladen wurde. Letztlich wurde die AfD wieder eingeladen. Und was macht Ihre Ministerpräsidentin? - Sie sagt ab, weil sie sich nicht traut, mit der AfD in eine Debatte einzutreten. Das ist Beeinflussung der Medien. Dazu sagen wir: Da sind Steuergelder einfach falsch aufgehoben.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Richtig!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube, das war keine Frage. Aber Sie können gern darauf reagieren.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ja, ich möchte. - Das, was der Kollege Hövelmann gesagt hat, war in gleichen Worten das, was ich eben auch gesagt habe. Ja, man kann mit dem, was Journalistinnen und Journalisten schreiben, unzufrieden sein. Und ja, auch als Leser muss man dem, was einem entgegengeschrieben und entgegengesendet wird, kritisch gegenüberstehen.

Die Unterstellung aber, dass das alles gelenkt, geleitet und tendenziös ist, ist eine völlig andere Frage. Kritische Auseinandersetzung heißt eben kritische Auseinandersetzung und nicht Verdammung von dem, was da ist.

Zur Frage der Staatsferne. Wissen Sie was: Das Schöne bei diesen ganzen Sachen ist, dass es herauskommt, dass es transparent ist, dass es eben nicht von irgendwelchen dunklen Mächten im Hintergrund, in Hinterzimmern gelenkt ist, sondern dass die Sachen an die Öffentlichkeit kommen, übrigens auch durch öffentlich-rechtliche Medien. Genau dafür sind sie da. Deswegen wollen wir sie nicht abschaffen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Herr Poggenburg, bitte.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Dr. Grube, eine kurze Bemerkung und dann eine Frage. Erst einmal müssen wir feststellen, dass Sie in Ihren Ausführungen sehr ungenau waren;

(Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

denn Sie lavierten ständig hin und her zwischen öffentlich-rechtlichen und unabhängigen Medien.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Ah!)

Wir haben jetzt gesagt, hier geht es um die Öffentlich-Rechtlichen und nicht darum, dass man eine Zeitung aufschlägt und einem ein Artikel nicht passt. Also bitte bei der Sache bleiben!

Jetzt die Frage. Erstens. Wie kommen Sie darauf, uns hier vorzuwerfen, wir hätten den Begriff „Lügenpresse“ ins Spiel gebracht? Das ist völlig falsch.

(Katrin Budde, SPD, lacht)

Zweitens. Wie kommen Sie darauf, dass wir in Sachsen-Anhalt überhaupt den Begriff „Lügen-

presse“ verwendet haben? Das ist nämlich auch falsch.

(Lachen bei der SPD)

Klären Sie mich einmal auf! Wir haben nämlich überall deutlich gesagt, wenn überhaupt, Lückenpresse und nicht Lügenpresse.

(Oh! bei der LINKEN)

Vielleicht können Sie mich aufklären, woher Sie diese Information haben.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube, Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Poggenburg, ich finde es immer total faszinierend, wenn Sie hier solche Zwischenfragen stellen. Sie machen das richtig gut. Sie müssen mir irgendwann einmal erklären, woher Ihre ganze Truppe diese Blaulichtbestrahlung herbekommt.

(Unruhe bei der AfD)

Ich habe das im Wahlkampf schon einem Ihrer Kollegen gesagt. In der AfD-Parteischule haben Sie alle ordentlich aufgepasst.

(Alexander Raue, AfD: Die gibt es gar nicht!)

- Die gibt es.

(Markus Kurze, CDU: In Schnellroda! - Weiterer Zuruf: Schnellroda! - Heiterkeit - Robert Farle, AfD: Sie haben gar keine Ahnung!)

- Ja, Herr Farle, alle haben keine Ahnung außer Ihnen. Ich weiß. Das ist ein super Selbstbild.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Niemand außer Opa Robert! - Zurufe von der AfD)

Sie müssen mir einmal erklären, ob Sie das von den Libertären haben, von Herrn Kubitschek in Schnellroda und ob Sie sich bei der FPÖ in neuro-linguistischer Programmierung beraten lassen.

(Unruhe bei der AfD)

Sie wenden es zumindest hervorragend an, Herr Poggenburg.

(Zustimmung von Florian Philipp, CDU)

Jetzt habe ich Ihre Fragen vergessen. Aber ich glaube, sie waren ohnehin unerheblich.

(Lachen bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Beim Rumreden vergisst man die Fragen! - Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube, es ist Ihre Entscheidung, wenn Sie nicht antworten wollen.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. Ich sehe aus den anderen Fraktionen keine weiteren Fragen. - Damit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Das ist der Abg. Herr Gebhardt von der Fraktion DIE LINKE.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank! - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das Schöne ist, dass wir unsere medienpolitische Debatte vorgestern hier geführt haben. Ich glaube, dass wir gemeinsam einen sehr guten Beschluss gefasst haben, indem wir uns dafür ausgesprochen haben, dass der MDR-Staatsvertrag novelliert und nicht abgeschafft wird. Damit hat sich das Ansinnen der AfD eigentlich schon erledigt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich möchte dennoch einen Satz vom Freitag an dieser Stelle gern wiederholen: Ja, eine lebendige Demokratie braucht auch einen lebendigen und modernen öffentlich-rechtlich verfassten Rundfunk. Wer ihn abschaffen will, der will nicht mehr oder weniger als ein Wesensmerkmal der Demokratie beseitigen. - So viel zum Grundsätzlichen.

(Zustimmung von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Herr Poggenburg sprach den Akzeptanzverlust des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an und begründete dies mit einer Umfrage, die durchgeführt wurde. Dazu will ich nur sagen: Ja, wenn man die Leute fragt: „Seid ihr dafür, dass der Rundfunkbeitrag abgeschafft wird?“, bekommt man mit Sicherheit ordentlich Applaus. Das wissen wir auch. Aber wenn man die Frage nach der Konsequenz stellt, wird der Applaus mit Sicherheit deutlich geringer. Man könnte stattdessen fragen: Was halten Sie davon, wenn es in Mitteldeutschland keinen MDR mehr gibt? Man kann einmal die jungen Eltern fragen, was sie davon halten würden, wenn es keinen werbefreien Kinderkanal mehr gäbe usw. usf.

Meine Herren von der AfD, das ist mit uns ausdrücklich nicht zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Poggenburg, zum Thema Ungenauigkeit. Sie haben in Ihrem Antrag formuliert: Der MDR-Staatsvertrag soll bei der Ministerpräsidentenkonferenz gekündigt werden. - Das geht so gar nicht. Die Kündigung muss an Thüringen und an Sachsen gehen. Sonst wäre sie gar nicht wirksam. - So viel Mühe sollten Sie sich bei Ihren Anträgen geben.

Was ich auch interessant fand: Letzte Woche Freitag gab es eine Sitzung des Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien, in der der 20. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der Deutschlandradio-Staatsvertrag, aufgerufen wurde. Der Ausschussvorsitzende hat gefragt, ob es dazu eine Stellungnahme des Ausschusses geben soll oder ob er unverändert vom Ministerpräsidenten unterzeichnet werden soll. Siehe da: Einstimmig, mit den Stimmen der AfD-Fraktion,

(Heiterkeit bei der LINKEN)

wurde im Ausschuss beschlossen, dass dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag so unterzeichnet werden soll.

Meine Herren von der AfD, Sie müssen sich schon entscheiden zwischen dem, was in Ihrem Antrag steht, und dem, was Sie im Ausschuss machen. Dazwischen ist ein eklatanter Widerspruch zu erkennen.

(Beifall bei der LINKEN - Swen Knöchel, DIE LINKE: Da haben sie wieder gepennt! - Zuruf von der AfD)

Eine letzte Bemerkung. Als Begründung für Ihren Antrag - so haben Sie eben Ihren Redebeitrag begonnen, Herr Poggenburg, und in der Pressemitteilung vom 6. Dezember haben Sie Ihren Antrag auch so begründet - haben Sie festgestellt, es gibt im Land Sachsen-Anhalt soundso viel Beitrags-schuldner und deshalb müsste man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen.

Das ist eine interessante Logik. Vielleicht finden wir irgendwann einmal heraus, dass es Leute gibt, die Steuerschulden haben. Dann schaffen wir die Steuern ab. Oder es gibt Leute, die ihre Müllgebühren nicht bezahlt haben. Dann schaffen wir die Müllentsorgung ab. Ihre Logik ist blanker Unsinn und blanken Unsinn werden wir hier ablehnen.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Gebhardt. - Bevor ich der nächsten Debattenrednerin Frau Frederking von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren der städtischen Volkshochschule in Magdeburg recht herzlich bei uns im Hohen Hause begrüßen zu dürfen. Seien Sie willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Sehr geehrte Kollegin Frederking, Sie dürfen jetzt das Wort ergreifen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, aufgrund des längeren Redebeitrags von Herrn Robra haben wir jetzt auch eine längere Redezeit?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja. Sie haben das Wort, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr schön! Endlich!

(Heiterkeit bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Die Basis für unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurde im Jahr 1945 durch die Westalliierten gelegt. Ihr Ziel war es, über den Rundfunk die Menschen zu erreichen, um sie für die Demokratie zu gewinnen und die braune Ideologie aus ihren Köpfen zu vertreiben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Angesichts der jüngsten Entwicklungen muss man sagen, dass dieser Auftrag nach wie vor aktuell ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Die Rundfunkstaatsverträge sichern die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der Antrag der AfD-Fraktion, diese Verträge zu kündigen, ist ein Generalangriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Auch wenn in der Begründung des Antrags steht, das Ziel sei nicht die sofortige Abschaffung, so belegen die vorgebrachten Argumente, dass es der AfD genau um die Abschaffung geht.

(André Poggenburg, AfD: Nein! - Zuruf: Doch!)

Sie schreiben ja „nicht die sofortige Abschaffung“. Es geht nicht um sofort, aber es geht um die Abschaffung. Die Kündigung der Verträge, um eine umfassende Neuordnung, oder, wie Herr Poggenburg sagt, eine Umgestaltung zu erreichen, ist völlig ungeschlüssig. Ich kündige doch auch nicht meinen Mietvertrag, wenn ich meine gemietete Wohnung renovieren will

(André Poggenburg, AfD: Sanieren!)

oder sanieren will.

(André Poggenburg, AfD: Dann kann der Vertrag geändert werden! - Dr. Katja Pähle, SPD: Aber nicht gekündigt!)

Wenn ich meine Wohnung renovieren will, dann bleibe ich in ihr wohnen, und wenn ich den Mietvertrag gekündigt habe, dann ziehe ich aus und das Verhältnis ist beendet.

(André Poggenburg, AfD: Änderungsvertrag!)

Stellenweise erinnert die Begründung an die Propaganda des „Schwarzen Kanals“, mit der die westdeutschen Medien diskreditiert wurden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD - Oliver Kirchner, AfD: Da müssen Sie dort hinüber gucken! Da sitzen sie! - Markus Kurze, CDU: Den „Schwarzen Kanal“ kennen Sie doch nicht wirklich!)

Gleich am Anfang der Begründung wird suggeriert - doch, Herr Kurze -, Deutschland hätte den teuersten Rundfunk. Fakt ist aber: In Dänemark gibt es den Rundfunk für 333 € pro Jahr und Haushalt und in der Schweiz für 408 €.

(André Poggenburg, AfD: Da gibt es aber kein Staatsfernsehen!)

Deutschland liegt mit 210 € im europäischen Mittelfeld. Wer angesichts dieser Fakten vom teuersten Rundfunk der Welt spricht, der will keine sachliche Diskussion für die Finanzierung, der will Stimmung machen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

In einer Pressemitteilung vom 6. Dezember 2016 behauptet die AfD - - Ich komme jetzt mit meinen Blättern nicht klar. - Sie wissen ja selber, was Sie behauptet haben.

(Lachen bei der AfD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Nein, das wissen die eben nicht! Sie hauen was raus und dann vergessen sie es! - Cornelia Lüdemann, GRÜNE: Das ist eine gewagte These!)

Sie behaupten, dass die Bevölkerung die Finanzierung - Sie sprechen von Zwangsgebühren - des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ablehnt. Sie belegen diese steile These mit der Tatsache, dass es Menschen gibt, die die Rundfunkbeiträge tatsächlich nicht zahlen.

Nun, Menschen, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, gibt es in jedem Bereich. Herr Gebhardt hat einige aufgezählt. Sollten wir die Krankenversicherungspflicht abschaffen, weil einige ihre Beiträge nicht zahlen? Oder sollten wir vielleicht die AfD abschaffen,

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

weil einige ihrer Abgeordneten ihre Mandatsabgabe nicht zahlen? Ist das Ihre Schlussfolgerung?

(André Poggenburg, AfD: Polemik pur! - Dr. Katja Pähle, SPD: Ja! - Lachen bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! - Einen Moment, Frau Kollegin, ich möchte Ihnen nur ein bisschen etwas mehr Ruhe verschaffen, damit Sie weiter Ihre Ausführungen machen können. Bitte schön.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Die Antragsbegründung ist ein Rundumschlag gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Es ist die die Rede von fehlender journalistischer Unabhängigkeit,

(André Poggenburg, AfD: Richtig!)

mangelnder Objektivität,

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

permanenter Einseitigkeit,

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

ausbleibender Recherche.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Das sind nur einige der Pauschalvorwürfe, die der Antrag erhebt, ohne sie zu belegen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - André Poggenburg, AfD: Ukraine-Berichterstattung! Also bitte!)

Gerade die Beitragsfinanzierung macht den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unabhängig vom Staat und unabhängig von den Werbekunden. Diese Finanzierung ermöglicht guten Journalismus, der seiner gesellschaftlichen Aufgabe nachkommen kann.

Natürlich kann und muss man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ebenso wie die Ausgestaltung der Rundfunkverträge konstruktiv kritisieren und weiterentwickeln. Das war gerade vorgestern in diesem Hohen Hause Thema, als wir über die Novellierung des MDR-Staatsvertrages sprachen und schon Vereinbarungen getroffen haben, dass selbst wir uns als Ausschuss daran beteiligen, das heißt der komplette Ausschuss. Da sind auch die Abgeordneten der AfD dabei.

Jetzt noch ein Beispiel. Die AfD - auch heute wieder hat Herr Poggenburg es in die Diskussion eingebracht - bezieht sich auf den Fall der getöteten Studentin aus Freiburg, über den die „Tagesschau“ zunächst nicht berichtet hat. Die AfD erhebt den Vorwurf gegenüber der Presse, den Fall bewusst verschwiegen zu haben, weil es sich um einen Flüchtling handelt.

Vermutlich sieht sie hier wieder die sogenannte Lügenpresse oder neuerdings auch die sogenannte Lückenpresse am Werk.

(André Poggenburg, AfD: Nicht neuerdings, sondern schon immer!)

Dabei folgte die „Tagesschau“ nur ihrer journalistischen Gepflogenheit, über einzelne Gewaltverbrechen nur in Ausnahmefällen zu berichten. Bei der Zahl von Morden und Vergewaltigungen, die täglich in Deutschland verübt werden, wäre die

„Tagesschau“ sonst auch keine Nachrichtensendung mehr, sondern ein reiner Polizeibericht.

(Zuruf von der AfD: Schlimm genug!)

Natürlich wurde in anderen Beiträgen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk über den Fall berichtet. Auch die Skandalisierung durch die AfD wurde durch die öffentlich-rechtlichen Medien transportiert.

Die AfD ignoriert diese Fakten bewusst und verbreitet nicht nur mit diesem Antrag die Legende von der Lügenpresse. Die Ablehnung der Öffentlich-Rechtlichen speist sich anscheinend aus einer tiefer sitzenden Ablehnung von freiem und kritischem Journalismus.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

ARD und ZDF, MDR und Deutschlandradio berichten über die Welt, wie sie ist. Sie sind nicht fehlerfrei, aber transparent, seriös, kritik- und lernfähig. Im Zeitalter der postfaktischen Filterblasen sind sie ein Fels in der Brandung.

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD, lacht)

Sie verdienen jede Unterstützung durch Politik und Gesellschaft. Deshalb wird meine Fraktion diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Es gibt zwei Nachfragen, von Herrn Poggenburg und von Herrn Büttner. - Sie möchte nicht darauf antworten.

(Matthias Büttner, AfD: Keine Argumente!)

Auf beide nicht? - Ja. Dann spricht Herr Poggenburg zuerst.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrte Frau Frederking, zwei Dinge. Zum einen haben Sie auf das journalistische Verständnis und die Verpflichtung der ARD verwiesen, warum Sie diesen einen Fall Maria nicht gebracht haben. Dann steht das aber dem Verständnis aller anderen, auch der ausländischen Medien scheinbar völlig entgegen. Denn die haben darüber berichtet. Für die ist es sogar ein Fall aus dem Ausland gewesen. Uns hätte es selbst betroffen.

Deswegen frage ich mich wirklich, ob es nicht sein kann, dass das Grundverständnis der Berichterstattung eben bei unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunk völlig konträr ist zu allen anderen. Das wäre wieder ein Grund dafür zu sagen, hier müssen wir neu ausrichten.

Dann haben wir einen nächsten Punkt. Das wäre jetzt meine Frage gewesen. Jetzt stelle ich es

eben einfach fest. Frau Frederking, Sie sind also der Meinung, dass bei uns wirklich nicht tendenziös berichtet wird. Dann halten Sie also die Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt wirklich für neutral, für vertretbar und nicht für tendenziös?

(Olaf Meister, GRÜNE: Ja! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Ja!)

Dann muss ich nur sagen, da haben Sie aber gewaltig geschlafen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nicht so viel russische Propaganda!)

Dann hätten Sie auch mal mit anderen Berichten vergleichen müssen. Da gab es ganz viele Dinge, die nicht gestimmt haben. Aber egal! Wenn Sie so argumentieren, dann ist uns natürlich auch klar, dass und warum Sie dieses Staatsfernsehen erhalten wollen.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Büttner, bitte.

Matthias Büttner (AfD):

Danke, Frau Präsidentin. - Frau Frederking, bei Ihren Ausführungen - das muss ich ganz ehrlich sagen - hatte ich einige Probleme, sie zu verstehen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das wissen wir! - Weitere Zurufe)

Das ist nicht so schlimm. Ich erläutere Ihnen das gleich. Ich weiß, dass Sie grün verblendet sind.

(Zuruf: Linksversifft!)

Aber das ist nicht das Problem. Sie verglichen Wohnungsmieter mit diesen Staatsverträgen. Das war für mich jetzt völlig fremd. Ich hätte Sie jetzt gern gefragt, wie das zu vergleichen ist. Denn Sie haben es selbst ausgeführt, wenn man eine Wohnung mietet, dann hat man die Möglichkeit der Kündigung und damit auch die Möglichkeit, frei zu wählen. Wir haben nicht die Möglichkeit, die Gebühren nicht zu zahlen, sondern wir oder die Bürger müssen sie bezahlen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Das war ein Gleichnis, kein Vergleich! - Tobias Rausch, AfD: Auf einmal! - Weitere Zurufe von der AfD)

- Ja, das ist kein Vergleich. - Schade, dass Sie uns das nicht näher erläutern konnten. Das hätte mich wirklich interessiert. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Aus den anderen Fraktionen sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. - Somit kommen wir zum

nächsten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Kurze. Sie haben das Wort. Bitte.

Markus Kurze (CDU):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die AfD-Fraktion trifft mit ihrem Antrag natürlich einen ganz wunden Punkt.

(Zuruf: Huch!)

Ein Großteil der Bevölkerung - das möchte ich nicht schönreden - hat natürlich nur begrenzt Verständnis für den Beitrag, den sie zwangsweise bezahlen müssen.

(Beifall bei der AfD - Alexander Raue, AfD: Gut analysiert, Herr Kurze!)

Seit dem 1. Januar 1984 gibt es in Deutschland das sogenannte duale Rundfunksystem, also den öffentlich-rechtlichen und den privatrechtlichen Rundfunk. Beide haben bestimmte Leistungsfunktionen, die sich auf drei wesentliche Punkte herunterbrechen lassen, die Forumsfunktion, die Legitimations- und Kontrollfunktion sowie die Integrationsfunktion.

(Alexander Raue, AfD, und Andreas Mrosek, AfD, lachen)

Diese drei Funktionen dienen vor allem einem Ziel, der öffentlichen Kommunikation. Sie sollen die Kontrolle der politischen Macht sicherstellen und es den Bürgern ermöglichen, als aktive Mitglieder an der Gesellschaft zu partizipieren. Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch die Beitragsfinanzierung eine herausgehobene Rolle einnimmt, gilt es ganz besonders kritisch zu hinterfragen, ob er die Leistungsfunktionen tatsächlich noch erfüllt; denn das wird in dem Antrag ja bezweifelt.

(Zustimmung von Andreas Mrosek, AfD - André Poggenburg, AfD: Richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt noch mal das letzte Jahr Revue passieren lasse, dann erinnere ich mich daran, dass am Jahresende, im November, der zuständige Chef der „Tagesthemen“ und der „Tagesschau“ eingestehen musste, dass das ganze Jahr über tolle Bilder in den „Tagesthemen“ und der „Tagesschau“ der ARD gezeigt wurden, dass aber die Bilder nicht der Realität entsprachen, über die sie berichtet hatten.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Lauter Lügen und linke ...!)

Natürlich ist es schön, wenn man Kinderaugen in die Kamera hineinschauen lässt, aber der Chefredakteur musste - ich nenne den Namen nicht; den kennen Sie ja - am Jahresende eingestehen - ich

meine, wenn er Politiker gewesen wäre, hätte er zurücktreten müssen;

(André Poggenburg, AfD: Richtig! So ist es!)

aber wir reden ja über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk -, dass man immer in Kinderaugen hineingeschaut hat, dass aber 80 % derjenigen, die in unserem Land aufgeschlagen sind, junge Männer waren,

(Beifall bei der AfD)

mit all dem, was wir heute und gestern beschrieben haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist auch eine Seite des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Man betrachte aber nun mal zunächst das TV-Angebot der fünf großen deutschen Fernsehsender ARD, ZDF, RTL, Sat.1 und Pro Sieben insgesamt. Dazu habe ich mir die letzte Programmanalyse für das Jahr 2015 vom Institut für empirische Medienforschung IFEM angeschaut.

Das Ergebnis ist nicht besonders überraschend. Die öffentlich-rechtlichen Sender dominieren deutlich als Informationsanbieter, so wie es auch ihr Auftrag ist, während die privatrechtlichen Sender auf Unterhaltung abzielen. So betrug der Sendeanteil für Informationen bei der ARD 39 %, beim ZDF 44 %, bei RTL 23 %, bei Sat.1 14 % und bei ProSieben 8 %.

Wir fassen zusammen: Die Informationsanbieter ARD und ZDF hatten 39 und 44 % und die Unterhaltung bei den Privatrechtlichen war zusammengefasst 45 %. So ist das halt in unserem dualen System.

Langfristig lässt sich erkennen, dass bei den privatrechtlichen Sendern eine Ausweitung der Unterhaltung zulasten der Information stattfindet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet politischen und gesellschaftlichen Akteuren, wie man an den Sendezeiten sehen kann, eine breite Plattform, im Gegensatz zu dem privatrechtlichen Rundfunk.

Hingegen finden nicht etablierte Akteure bei den Privatrechtlichen mehr Gehör. Was jedoch insgesamt interessant ist, ist die Legitimationsfunktion. Politische Macht kann nur dann Legitimation erfahren, wenn politische Themen auch gesellschaftlich diskutiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dafür bedarf es jedoch entsprechender Formate. Diese finden wir nicht bei den Privatrechtlichen, sondern wir finden sie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Zwar ergänzen die privaten Sender die Berichterstattung, indem sie Skandale aufgreifen, aber am Ende unterliegt dies regelmäßig einem starken Verkaufskalkül.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluss meiner Rede. Die Zeit läuft

schneller, als man sich das denkt. Ja, wir haben den wohl teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt. Ja, die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet und die Klagen gegen dieses Modell häufen sich. Ja, wir müssen uns etwas einfal- len lassen.

(Zuruf von der AfD: Genau so ist es!)

Aber ob die Aufkündigung der Staatsverträge der richtige Weg ist, meine sehr verehrten Damen und Herren der AfD, das wage ich zu bezweifeln. Von daher werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Zurufe von der AfD)

- Das ist klar.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt zwei Anfragen, Herr Kurze. Möchten Sie die beantworten?

Markus Kurze (CDU):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Schmidt und Herr Raue. Bitte, Herr Schmidt.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Herr Kurze, Sie haben gesagt, wir haben den teuersten Rundfunk weltweit. Was glauben Sie, wie viel Gelder von den Rundfunkgebühren für die Altersvorsorge draufgehen?

Markus Kurze (CDU):

Herr Schmidt, ich glaube, diejenigen, die sich mit Medienpolitik in unserem Hohen Haus beschäftigen, wissen, dass der größte Teil, zumindest ein sehr, sehr großer Teil für die Altersrückstellung der alten Intendanten in den alten Bundesländern zurückgestellt wird. Das ist natürlich ein Problem.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, Sie haben als Nächster die Gelegenheit, Ihre Frage zu stellen. Bitte.

Alexander Raue (AfD):

Herr Kurze, Sie sprachen gerade davon - das fand ich bemerkenswert -, dass der Informationsanteil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks 44 % betrug und der des privatrechtlichen Rundfunks knapp 10 %. Soviel habe ich mir gemerkt. Sind Sie denn auch der Meinung, dass dann der Desinformationsanteil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wesentlich größer gewesen ist als der des privatrechtlichen Rundfunks?

(Olaf Meister, GRÜNE: Was?)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze, bitte.

Markus Kurze (CDU):

Das ist eine verworrene Frage, die Sie hier stellen. Aber ich muss eines sagen - und das habe ich versucht in meiner Rede deutlich zu machen -, es hat mich schon irritiert, dass der Chef für ARD und „Tagesthemen“ im November eingestehen muss, dass man ein halbes Jahr lang nicht die Bilder gezeigt hat, die man regulär gesehen hat, die man vor Ort wahrgenommen hat. Nein, es wurden andere Bilder gezeigt.

(Zuruf von der AfD: Dummerweise!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist natürlich ein Problem. Da haben wir dann auch ein Problem innerhalb unserer Fraktion. Entweder wir machen klare, deutliche Informationspolitik oder wir verzerren. Und diese Verzerrung finden wir natürlich nicht toll.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt noch eine weitere Nachfrage von Herrn Rausch. Er hatte sich mehrfach gemeldet. Deswegen habe ich ihm zugestanden, dass er jetzt doch eine Frage stellen darf, ansonsten wären jetzt zwei Fragen zulässig gewesen. Bitte, Herr Rausch.

Tobias Rausch (AfD):

Herr Kurze, ich danke Ihnen für Ihren Redebeitrag. Wir sind uns in den meisten Fällen einig. Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie das Weltbild der LINKEN und der GRÜNEN durch die Realität ein bisschen erschüttert haben.

Aber Sie müssen auch sagen, wenn man zugeben muss, dass man ein halbes Jahr lang falsche Bilder gezeigt hat, dann ist es das, was die GRÜNEN und LINKEN gesagt haben, was man Propaganda nennt. Ist es dann nicht Propaganda? Das frage ich Sie.

Markus Kurze (CDU):

Wissen Sie, Herr Rausch, es ist so: Wenn ich zu meinem Nachbarn gehe, zu meinen Freunden, zum Handball, zum Fußball, wenn ich am Wochenende unterwegs bin, dann dauert es keine fünf Minuten und wir sind bei einem Thema. Dieses Thema ist so, wie es ist. Es hilft uns allen nicht, es hilft auch nicht der Demokratie, wenn wir dieses Thema verzerren. Von daher habe ich große Hoffnung in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Wir schauen einmal hin, aber viele sind nicht mehr da - -

(Beifall bei der AfD)

Ich habe die große Hoffnung, dass dafür, dass wir jeden Monat dafür bezahlen, alle Menschen in

unserem Land, am Ende ein Bild gezeichnet wird, mit dem wir alle leben können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das würde ich mir wünschen. Ich glaube, wenn wir alle guter Hoffnung sind - wir sind jetzt fast im Weihnachtsfrieden - und uns das wünschen könnten, dann haben wir etwas gekonnt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze, es gibt noch eine weitere Nachfrage von Herrn Gallert. Bitte, Herr Gallert.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Kurze, nur noch eine kurze Nachfrage angesichts der fortgeschrittenen Zeit. Sie sagten: Die Wahrheit bestünde darin, dass die Flüchtlinge, die im letzten Jahr zu uns gekommen sind, zu über 80 % junge Männer waren. Das war Ihre Aussage. Ich frage Sie jetzt noch einmal: Woher haben Sie diese Zahl?

(Zuruf von der AfD: Von ARD und ZDF, vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze, bitte.

Markus Kurze (CDU):

Sehr geehrter und geschätzter Kollege Gallert, wir können im Protokoll nachlesen, was ich gerade gesagt habe. Ich habe gesagt, dass der Chefredakteur von ARD und „Tagesthemen“ im November eingestehen musste - und das waren meine Worte -, dass man über ein halbes Jahr lang nicht die Bilder gezeigt hat, die ich eigentlich tagtäglich bei meinen Nachbarn, bei meinen Freunden, beim Handball, beim Fußball, bei meinen Eltern wahrnehmen musste.

(Olaf Meister, GRÜNE: Was ist denn da los bei Ihren Leuten? - Lachen bei der AfD)

- Herr Meister, ich bin in der CDU, ich bin ein Konservativer. Ich habe einen anderen Freundes- und Bekanntenkreis als Sie. Ich weiß nicht, was in Ihrem Umkreis los ist, aber das, was ich gerade gesagt habe, ist das, was ich, noch einmal: bei Freunden, bei Verwandten, in meinem Bürgerbüro jeden Montag zu meiner Sprechstunde wahrnehme. Da nehme ich wahr, dass ich dem Chefredakteur in der Hinsicht Recht geben musste, wo er am Ende des Jahres eingestehen musste, er hatte nicht die Bilder gezeigt, die tatsächlich in Deutschland wahrgenommen wurden.

(Zuruf von der AfD: Das wollen sie nicht wahr haben!)

Tatsächlich war es so, lieber Herr Kollege Gallert, wir haben nun einmal nicht nur Kinder in Deutsch-

land aufgenommen. Dazu stehen wir auch. Wir müssen helfen, wir müssen armen Menschen, die von Krieg und von allem verfolgt werden, denen müssen wir eine Obhut bieten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, 80 % der Menschen, die hierher gekommen sind, waren junge Männer, die normalerweise ihr Land aufbauen müssten. Das ist so!

(Bravo! und starker Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze - -

Markus Kurze (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, denn die Zeit ist schon sehr weit fortgeschritten. Ich denke mal - -

Markus Kurze (CDU):

Ich muss ja die Frage beantworten, Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das haben Sie jetzt gemacht.

Markus Kurze (CDU):

Es ist so, wie es ist. Es ist manchmal so. Mir gefällt auch nicht immer alles, aber manchmal ist Demokratie schwer. Von daher, gehen wir in den Weihnachtsfrieden und denken über das nach, was wir heute diskutiert haben. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kurze.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, wir sollten jetzt alle wieder einmal ganz tief durchatmen, damit wir dem letzten Debattenredner, Herrn Lieschke, auch noch zuhören können.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das fällt uns schwer!)

Herr Lieschke, Sie haben das Wort für Ihre Fraktion, die AfD. Bitte.

Matthias Lieschke (AfD):

Danke schön. - Werte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Werter Herr Kurze, ich weiß gar nicht, wie Sie es geschafft haben, von der GEZ so toll in Richtung Flüchtlinge zu kommen. Das haben Sie gut gemacht.

Wir, die AfD-Fraktion, haben diesen Antrag eingebracht, weil die Bürger dieses Landes mit dem jetzigen System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unzufrieden sind. In unserer Einbringungsrede wurden Sie schon sehr gut über unsere Beweggründe informiert.

Ich möchte Sie zusätzlich gern mit ein paar Strukturen und Zahlen versorgen. Folgende Programme gehören zu den öffentlich-rechtlichen: arte, 3sat, Kika, Phoenix, BR-alpha, EinsPlus, Tagesschau, Eins-Festival, ZDF-kultur, ZDF-Infokanal, ZDF-neo, das Erste und ZDF.

Auf eine weitere Aufzählung der Dritten möchte ich hier verzichten, nicht aber auf weitere Beteiligungen der ARD und ZDF. Hier ein paar Beispiele: Beteiligungen liegen vor bei der Bavaria Film GmbH, WDR MG Digital GmbH, Premedia Produktions GmbH, Saxonia Media Filmproduktionsgesellschaft, WDR Mediagroup GmbH, Studio Berlin-Adlershof, Studio Hamburg Media Consult International GmbH, Eurotape Media Services GmbH, Studio Hamburg GmbH, SWR Media Holding GmbH, DREFA Media Holding GmbH, Telepool GmbH, NDR Media GmbH, Colonia Media Filmproduktions GmbH, ZDF Enterprises GmbH, Bavaria Fernsehproduktions GmbH, Arte GEIE und Cine-Mobil GmbH.

Diese Auflistung ist noch nicht vollständig. Ich frage mich, ob diese ganzen Unternehmensbeteiligungen wirklich nötig sind.

Für die Pflichtzahler ist es schwer nachzuvollziehen, wofür die Gebühren genau ausgegeben werden. Für 2013 bis 2016 gibt die KEF, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes der Rundfunkanstalten, folgende Budgets an:

ARD und regionale Sender und Arte: Programmaufwand 9 650 Millionen €, Programmverbreitung 652 Millionen €, Personalaufwand 6 675 Millionen €, Aufwand für Altersversorgung 2 658 Millionen €, Sachaufwand 4 086 Millionen €, sonstiger Aufwand 2 286 Millionen €, Investitionen 1 606 Millionen €, Entwicklungsbedarf 223 Millionen €. In Summe sind dies 27,8 Milliarden € allein bei der ARD. 22,6 Milliarden € hiervon werden durch Beitragserträge finanziert.

Damit nicht genug. Folgende Ausgaben fielen von 2013 bis 2016 für das ZDF an: Programmaufwand 4 854 Millionen €, Programmverbreitung 267 Millionen €, Personalaufwand 1 208 Millionen €, Aufwand für die Altersversorgung 419 Millionen €, Sachaufwand 899 Millionen €, Sonstiges 810 Millionen €, Investitionen 426 Millionen €, Entwicklungsbedarf 42,6 Millionen €. In Summe 8,9 Milliarden € gibt das ZDF aus.

Hier nun die Kostenpunkte des Deutschlandradios von 2013 bis 2016: Programmaufwand 213 Millionen €, Programmverbreitung 96 Millionen €, Personalaufwand 227 Millionen €, Aufwand Alters-

versorgung 78 Millionen €, Sachaufwand 200 Millionen €, Investitionen 86 Millionen €, Entwicklungsbedarf 30 Millionen €. Summe: 933 Millionen €. Damit ergibt sich für die ARD, die ihr zugeordneten Rundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio im Zeitraum von 2013 bis 2016 ein Budget von 37,6 Milliarden €.

Wie wird nun dieser Betrag im Sinne des Bildungs- und Informationsauftrages verwendet? - Es folgen einige Beispiele, die exemplarisch allein die Kosten des ZDF darstellen.

Das ZDF produziert jährlich 100 bis 110 Fernsehfilme, Kostenpunkt 150 Millionen €. Jährlicher Aufwand für Sportübertragungen inklusive Nutzungsrechte für Champions League und Olympia: 233 Millionen €. Hochwertige, neue Digitalformate wie „Fickt euch“, der gebührenfinanzierte MDR-Beitrag zum Thema Selbstbefriedigung, oder „Auf Klo“, das öffentlich-rechtliche Talkformat auf YouTube, verursachen Kosten in Höhe von 45 Millionen €.

Ob das erhoffte Ziel dieser Formate, längst abgewanderte junge Zuschauer zurückzugewinnen, erreicht wird, darf stark bezweifelt werden.

An dieser Stelle fasse ich einige Eckpunkte der geplanten Gesamtausgaben für den Zeitraum 2017 bis 2020 zusammen. Personalaufwand ohne Altersversorgung: 8 742 Millionen €, was für eine Zahl! Aber die 31 000 festangestellten Personen, mit den verbundenen Unternehmen ganze 41 900 Angestellte, benötigen ihr Gehalt. Allein für die betriebliche Altersversorgung werden 2 115 Millionen € eingeplant.

Der Sachaufwand für den Beitragseinzug beträgt 5 561 Millionen €. Der Beitragsservice, also die Gebühreneintreiber, haben knapp 1 000 Angestellte.

Im Bereich der Unwirtschaftlichkeit wurde von der Kommission festgestellt, dass die riesige Summe von 21,1 Millionen € einfach unwirtschaftlich ausgegeben wird, dieses aber nicht zu ändern sei. Dies hängt wohl ein wenig an den Strukturen, die einfach nicht mehr passen. Das heißt, 1,2 Millionen Bürger zahlen mit ihren GEZ-Beiträgen lediglich diese Verschwendung.

Aufgrund der genannten Kosten sind wir für eine Kündigung der undemokratischen Rundfunkstaatsverträge und unsere Bürger sehen das genauso. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Lieschke. Es gibt keine Nachfrage.

Bevor wir in das Abstimmungsverfahren eintreten, begrüßen Sie mit mir recht herzlich den Europa-

abgeordneten Herrn Schulze oben auf der Nordtribüne.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 7/699 ein. Eine Überweisung des Antrages an einen Ausschuss ist nicht beantragt worden, somit werden wir direkt über diesen Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen aus der CDU-Fraktion ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 erledigt und wir werden einen kurzen Wechsel vornehmen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 4

Erste Beratung

Zunehmende Altersarmut stoppen - würdevolles Leben ermöglichen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/701**

Einbringerin ist Frau Hohmann. Frau Hohmann, Sie haben das Wort.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion wird nicht müde, immer wieder auf die bestehenden Ungerechtigkeiten im Land aufmerksam zu machen, sei es bei der Kinder- oder Altersarmut, um politisches Handeln zu fordern.

(Beifall bei der LINKEN)

In unserem Antrag möchten wir erneut und zum wiederholten Male auf die derzeitige Rentensituation und die damit steigende Altersarmut in unserem Land eingehen. Die Zahl der von Armut bedrohten ab 65-Jährigen wächst seit Jahren kontinuierlich. Ein weiterer Anstieg des Altersarmutrisikos besonders in den ostdeutschen Bundesländern innerhalb der nächsten zehn Jahre ist zu erwarten. Frauen, Alleinstehende, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders häufig von Altersarmut bedroht.

Wie sieht es derzeit in Sachsen-Anhalt aus? - Laut Statistik waren im Jahr 2010 13,5 % der Rentnerinnen und 9 % der Rentner von Altersarmut betroffen. Im Jahr 2015 stiegen diese Zahlen

auf 16,1 % bei den Rentnerinnen und 12,1 % bei den Rentnern an.

Wenn man sich dann noch die Zahlen der künftigen Rentnerinnen und Rentner anschaut, also die der 50- bis 64-Jährigen, die jetzt bereits in Armut leben - es sind in Sachsen-Anhalt 21,8 % -, dann kann man sich gut vorstellen, wie sich die Altersarmut in den nächsten Jahren auswirken wird.

Seit dem Jahr 2010 stieg ebenfalls landesweit die Anzahl der Betroffenen in der Grundsicherung von 6 620 auf 7 837. Dies ist der Stand vom 30. Juni 2016. Wenn wir bedenken, dass jetzt Dezember ist, dann möchte ich nicht wissen, wie sich diese Zahl entwickelt hat.

Dies sind nur die offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffer ist weitaus höher. Nach Studien geht man von etwa 1,6 Millionen Betroffenen in Deutschland aus. Zwei Drittel davon sind Frauen. Oft schämen sich diese Menschen, scheuen sich, einen Antrag zu stellen, kennen ihren Anspruch nicht oder haben auch Ängste, stigmatisiert zu werden. Deshalb, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir unbedingt etwas tun und können das Problem nicht aussitzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zwar hat die große Koalition in Berlin den Versuch unternommen, mit einem Rentengipfel kurz vor Ende dieser Legislaturperiode noch etwas zu bewirken, doch die vorliegenden Ergebnisse sind eher dürftig. Sie ändern nichts an dem Zustand der zunehmenden Altersarmut. Auch das Herausstreichen von Passagen aus dem jüngst veröffentlichten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hilft an dieser Stelle nicht weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! Für viele Menschen wird nach langjähriger Erwerbsarbeit Altersarmut zur realen Gefahr. Wir fordern deshalb in unserem Antrag, das Rentenniveau wieder deutlich auf 53 % anzuheben. Damit sollen die heutigen Rentnerinnen und Rentner sowie die nächsten Generationen von ihrer Rente sorgenfrei leben.

Ich möchte an dieser Stelle kurz einige Fakten aufrufen, an denen deutlich wird, warum wir diese Forderung aufmachen. Vor dem Jahr 2000 musste man in Deutschland 24 Jahre zum Durchschnittsverdienst arbeiten, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung im Alter zu erhalten. Diese beträgt heute durchschnittlich 799 €. Mittlerweile sind es schon 30 Jahre und im Jahr 2030 werden es, selbst mit Frau Nahles' Haltelinie von 46 % Rentenniveau, schon 33,5 Jahre sein. Daran kann man erkennen, dass es sehr wichtig ist, das Rentenniveau wieder auf 53 % anzuheben.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun werden sicherlich einige von Ihnen sagen, dann müsse man eben vorsorgen. Genau darauf zielt das viel beschworene Drei-Säulen-Modell ab. Dazu kann ich nur sagen: Riester und Betriebsrenten können für die große Mehrheit der Menschen die in die gesetzliche Rente gerissenen Löcher nicht stopfen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Richtig!)

Gerade für die Menschen, die im Osten leben, ist dies sehr schwierig. Befristete Arbeitsverträge, Teilzeitjobs, Leiharbeit und prekäre Beschäftigung verhindern oft private Vorsorge.

Im April erklärte selbst CSU-Chef Horst Seehofer Riester für gescheitert. Auch die Grünen halten die Riester-Rente inzwischen für einen Fehlschlag. Zu selten werde sie in Anspruch genommen, zu gering seien die Renditen, zu hoch die Kosten - alles in der „Süddeutschen Zeitung“ nachzulesen. Auch die betriebliche Altersvorsorge fällt bei uns aufgrund der vorhandenen Strukturen im Land in der Wirtschaft eher marginal aus.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein zweiter Punkt in unserem Antrag beschäftigt sich mit der Regelaltersgrenze. Wir halten es für notwendig, die Erhöhung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung zu revidieren

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der AfD)

und die Regelaltersrente mit 65 Jahren wieder einzuführen. Solange die Situation im Land noch so ist, dass Bauarbeiter durchschnittlich im Alter von 58 Jahren aus dem Beruf ausscheiden und Unternehmen kaum ältere Erwerbslose über 55 Jahre einstellen, ist und bleibt die Rente ab 67 Jahren eine Rentenkürzung für die meisten Menschen hier.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Richtig!)

Selbst im kürzlich erschienenen sechsten Alterssicherungsbericht stand, dass das sogenannte Rentenzugangsalter derzeit bei 64,0 Jahren liegt. Viele Menschen gehen also mit Abschlägen in Rente. Im Jahr 2015 war das jeder vierte Neurentner, der vor dem gesetzlich vorgegebenen Renteneintrittsalter in Rente ging. Die Mehrheit davon, nämlich 55,2 %, waren erneut Frauen. Im Schnitt verzichteten sie auf knapp 80 € Rente im Monat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Bekämpfung der Altersarmut soll eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente in Höhe von 1 050 € netto im Monat eingeführt werden. Wir brauchen eine solidarische Mindestrente; denn ich finde, es hat niemand verdient, nach einem harten Arbeitsleben Zeitungen auszutragen

oder in Müllcontainern wühlen zu müssen, um die Flaschen dort einzusammeln.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Die geforderte Summe ist von uns nicht willkürlich gewählt worden, sondern orientiert sich an der offiziellen Armutsgefährdungsschwelle von 60 % des Medianeinkommens.

Um mehr Solidarität durch eine verbreiterte Beitragsgrundlage zu schaffen, soll der Kreis der in der gesetzlichen Rente Pflichtversicherten unter Beachtung des Bestandsschutzes sukzessive auf alle Erwerbstätigen ausgeweitet werden, so auch auf Ärztinnen, Politikerinnen, Beamtinnen oder Apothekerinnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem müssen die sogenannten neuen Selbstständigen, also die Ein-Personen-Unternehmen, deren Zahl im Zuge der digitalisierten Arbeitswelt zunehmen wird, rentenrechtlich abgesichert werden. Auch Ihnen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, gesetzliche Vorsorge zu leisten.

Ob in Zukunft eine gute Rente für alle finanziert werden kann, hängt nicht von der Bevölkerungsentwicklung ab, wie uns immer wieder gesagt wird, sondern von einer fairen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von André Poggenburg, AfD)

Dieser sollte nicht zwischen den Generationen stattfinden, sondern zwischen oben und unten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es macht daher keinen Sinn, Kinderarmut gegen Altersarmut auszuspielen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der AfD)

Um die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung zu stabilisieren, sind ebenfalls die Anzahl der sozialversicherten Beschäftigten und deren Lohn zu erhöhen. Wer gute Renten will, sollte sich auch für gute Arbeit einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN - Tobias Rausch, AfD: Richtig!)

Was ist zu tun? - Erstens. Das Leiharbeits- und Werkvertragsunwesen muss zurückgedrängt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Befristete Beschäftigungen darf es nur bei begründeten Ausnahmen geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Tarifverträge müssen gestärkt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Viertens. Als unterstes Maß ist ein höherer gesetzlicher Mindestlohn nötig.

(Beifall bei der LINKEN)

Der derzeitige Mindestlohn reicht bei Weitem nicht dafür aus. Deshalb fordert meine Partei eine Erhöhung auf 12 €. Gute Renten und gute Arbeit sind möglich, sie müssen aber erkämpft werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in unserem Antrag die Rentenangleichung der Rente Ost an West nicht noch einmal aufgerufen. Dazu gab es von uns schon mehrere Anträge und erst im Januar dieses Jahres einen Beschluss im Hohen Haus. Unsere Position dazu kennen Sie genau. Wir hoffen, dass die Landesregierung im Bundesrat für die Interessen der Ostrentnerinnen und -rentner tätig wird.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch einmal für unseren Antrag werben. Dass unsere Vorschläge umsetzbar sind, zeigt ein Blick in unser Nachbarland Österreich. Dort ist es selbstverständlich, dass Rentnerinnen und Rentner nach einem langen Erwerbsleben in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen und in Würde leben können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Frau Hohmann. Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Raue. - Herr Raue, möchten Sie eine Frage stellen?

(Monika Hohmann, DIE LINKE, verlässt das Rednerpult)

Alexander Raue (AfD):

Ja.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wollen Sie eine Frage beantworten?

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Er kann sie nachher stellen. Ich habe nachher noch einmal die Gelegenheit zu sprechen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Nein, so geht das nicht.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Frau Hohmann, Sie müssen ja oder nein sagen, aber nicht, wir machen es nachher.

(Monika Hohmann, DIE LINKE, kehrt zum Rednerpult zurück)

Herr Raue, jetzt haben Sie das Wort. Ich entnehme den Schritten von Frau Hohmann, dass sie Ihre Frage beantworten will.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Ich habe nachher die Gelegenheit zu erwidern. Aber stellen Sie ruhig die Frage.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue, jetzt haben Sie das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Frau Hohmann, sind Sie der Meinung, dass die Aufnahme von Millionen Menschen,

(Oh! bei der LINKEN)

die zu uns kommen

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Die Rentenkassen stärken!)

und nie in unser Sozialsystem einzahlen, die auch ungebildet sind,

(Oh! bei der LINKEN)

dass die die Zukunft unserer Alterssicherung gefährden,

(Nein! bei der LINKEN)

und nehmen Sie dies in Kauf?

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Ich weiß zwar nicht, wo Sie Ihre Daten herhaben: Millionen von Menschen, ungebildet. Ich war letztes auch mit Ihrem Kollegen Herrn Lehmann bei unserem Arbeitsamt, wo wir unser arbeitsmarktpolitisches Gespräch hatten, und da haben wir ganz interessante Unterlagen bekommen.

Ich würde empfehlen, Sie gucken sich die mal bei Herrn Lehmann an, und dann werden Sie genau das Gegenteil von dem sehen, was Sie jetzt gerade gefragt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue hat offensichtlich noch mal das Bedürfnis. Dann haben Sie auch noch einmal das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Frau Hohmann, ich sprach auch nicht von der jüngsten Vergangenheit, sondern ich meine schon die letzten 20 Jahre. Da haben wir Entwicklungen, die sich gezeigt haben, die eigentlich das widerlegen, was Sie gerade sagten.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Die Zuwanderung hat das Rentensystem stabilisiert, ja!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich entnehme der Sitzhaltung von Frau Hohmann, dass Sie jetzt nicht noch mal Lust hat zu antworten. - Deswegen können wir in der Debatte fortfahren. Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Grimm-Benne das Wort. Bitte sehr. - Entschuldigen Sie, Frau Ministerin, ich habe etwas vergessen.

Und zwar begrüßen wir ganz herzlich in unserer Mitte Schülerinnen und Schüler des Dr.-Hermann-Gymnasiums aus Schönebeck. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Das, Frau Ministerin, haben Sie mir jetzt sicherlich noch gegönnt.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Okay.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Insbesondere, wenn sie aus Schönebeck kommen. - Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ziel des vorliegenden Antrags ist es, drohende Altersarmut in Deutschland zu verhindern. Ich denke, wir teilen dieses Ziel alle, da bin ich mir ziemlich sicher. Also geht es im Kern um die Frage: Welche Schritte können und welche Schritte müssen wir gehen?

Ich möchte voranstellen, dass in Deutschland derzeit nur 3 % der über 65-Jährigen Grundsicherungsleistungen beziehen. Rentnerinnen und Rentner sind damit deutlich weniger von Armut bedroht als der Rest der Bevölkerung, insbesondere deutlich weniger als Alleinerziehende mit Kindern, erwerbsgeminderte Menschen und Langzeitarbeitslose. Das sind auch die Gruppen, denen in Zukunft Altersarmut droht. Hierzu gehören insbesondere Langzeitarbeitslose und Niedriglohnpfänger.

Deswegen haben wir schon mehrmals debattiert, als wir auch über Kinderarmut diskutiert und debattiert haben. Da müssen wir als Landesregierung auch unsere ganze Anstrengung hineingeben, dass wir genau in den Bereichen die Menschen wieder in Arbeit und in gute Arbeit bringen.

Sie wissen, die gesetzliche Rentenversicherung beruht auf dem sogenannten Generationenvertrag. Das heißt, die Berufstätigen zahlen mit ihren Beiträgen die Renten der Älteren. Die Höhe der Beiträge und auch die Höhe der Rente sind damit

abhängig von der Entwicklung der allgemeinen Altersstruktur.

Wenn ich mal die Frage von vorhin aufgreifen darf: Gerade die Zuwanderung hat es bei uns gebracht, dass wir dieses Niveau, die Balance immer noch ein bisschen halten konnten, dass nämlich auch diejenigen noch mehr eingezahlt haben, dass wir mehr Beitragszahler hatten.

Deswegen können wir im Rentenbereich nur dann Verbesserungen hinbekommen, wenn wir zwischen der erwerbstätigen Generation und der Rentnergeneration Verbesserungen immer im ausgewogenen Verhältnis erreichen. Denn es darf nicht sein, dass das einseitig zulasten der jüngeren Generationen geht.

Finanzieren nämlich heute noch drei Beschäftigte im Alter zwischen 20 und 65 Jahren eine Person ab 65 Jahren, so werden nach der aktuellen Bevölkerungsberechnung 2060 nur noch 1,6 Beschäftigte für eine Rentnerin oder einen Rentner aufkommen müssen.

Die Bundesregierung hat in ihrem aktuell vorgelegten Gesamtkonzept zur Alterssicherung geplant, Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung aufzunehmen. Damit würden die Personenkreise vor Altersarmut geschützt, die derzeit nicht verpflichtend in einem Alterssicherungssystem abgesichert sind.

Entscheidend ist weiterhin, das Sicherungsniveau auf einer fest definierten Untergrenze zu halten. Derzeit geht die Bundesregierung von einem Niveau in Höhe von 46 % als untere Haltelinie aus. Bei dem Beitragssatz wird an der Obergrenze von 22 % bis zum Jahr 2030 festgehalten und von 25 % bis zum Jahr 2045 ausgegangen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll ein zusätzlicher neuer Bundeszuschuss, der sogenannte Demografiezuschuss, eingerichtet werden. Sie haben es selber vorhin auch gesagt, die LINKE fordert heute mindestens 53 %, geht also deutlich darüber hinaus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Aus meiner Sicht ist der von Bundesministerin Nahles vorgeschlagene Weg einer doppelten Haltelinie in Bezug auf das Sicherungsniveau und den Beitragssatz vernünftig und ausgewogen. Politisches Ziel muss es sein, durch geeignete wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen das Sicherungsniveau dauerhaft auf dem gegenwärtigen Stand von 48 % des Durchschnittslohns zu halten und den Beitragssatz nicht über 24 % steigen zu lassen.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll eine neu eingeführte Solidarrente rentenerhöhend wirken, wenn Versicherte trotz langjähriger Beitragsleistung nur geringfügige Rentenansprüche erwerben.

Es ist also einiges in Bewegung und auch einiges Gutes in Bewegung. Die Rente mit 63 war ein erster wichtiger Schritt hierzu. Die von der Fraktion DIE LINKE aufgemachten Forderungen hätten unter anderem zur Folge, dass die Rentenversicherungsbeiträge massiv steigen müssten.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Quatsch!)

Auch eine Erweiterung der Versicherungspflicht auf alle Erwerbstätigen ist keine gezielte Maßnahme, um Altersarmut zu begrenzen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Warum?)

Zusätzlichen Beitragseinnahmen stünden auch entsprechende Rentenzahlungen gegenüber.

Die Landesregierung wird sich in dem kommenden Gesetzgebungsverfahren dafür einsetzen, dass soziale Komponenten, die in der gesetzlichen Rentenversicherung enthalten sind, wie zum Beispiel die Bewertung von Kindererziehungszeiten als Pflichtbeitragszeiten - hierzu ist das Stichwort Mütterrente - und die Kosten für die Rentenangleichung Ost/West, nicht aus Beitragsmitteln, sondern steuerfinanziert werden.

Auch in Bezug auf die Rentenangleichung Ost/West werde ich mich - da weiß ich auch den Ministerpräsidenten an meiner Seite - dafür starkmachen, dass diese nicht noch weiter verzögert, sondern wie im Koalitionsvertrag des Bundes vereinbart abgeschlossen wird.

Ich setze auch hier darauf, dass mehrere ostdeutsche Ministerpräsidenten, angeführt von dem Ministerpräsidenten Erwin Sellering, das bei der Bundesregierung anmahnen. Das wird gemeinsam gemacht, und ich glaube, da sind sich auch alle ostdeutschen Ministerpräsidenten einig, egal welcher Couleur. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Ministerin, ich sehe zwei Nachfragen. Zuerst hat sich der Abg. Rausch von der AfD gemeldet und dann Herr Knöchel. - Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin! In Deutschland gibt es ca. 43 Millionen Erwerbstätige. 40 % von diesen verdienen ca. 2 000 € brutto oder weniger, weil wir den größten Niedriglohnsektor in Europa haben. Wenn wir bei diesem Rentenniveau bleiben, das Sie jetzt gerade angesprochen haben mit der doppelten Haltelinie - dass Sie das alles gut finden -, finden Sie dann, dass diese 40 % von diesem Netto der Durchschnittsbürger in Ordnung sind und ausreichend für den Rentenalltag, oder finden Sie, das ist zu wenig?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich habe schon erwähnt, dass es zu wenig ist und deswegen die Bundesregierung noch zusätzlich eine Solidarrente einführen wird, die rentenerhöhend wirkt, wenn Versicherte trotz langjähriger Beitragsleistung nur geringfügige Rentenansprüche erwerben.

Wenn Sie auch gestern der Debatte gefolgt sind, die mein Kollege Armin Willingmann bestritten hat, dann wird umso deutlicher, dass wir gar nicht mehr in dem Bereich Niedriglohn weitermachen dürfen, sondern dass wir wirklich gute Arbeit und gute Löhne brauchen. Die Forderungen, dass man den Mindestlohn anhebt, dass man gute Tariflöhne macht, das alles führt dazu, dass zumindest zukünftig die Menschen von dem, was sie das ganze Leben lang eingezahlt haben, die Rente bestreiten können. Das ist ein ganz großer Kreislauf.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Rausch.

Tobias Rausch (AfD):

Ihre Antwort ehrt Sie. Ich möchte Sie aber fragen, ob Sie wissen, welche Parteien denn für das Rentendesaster verantwortlich sind.

(Daniel Sturm, CDU: Die AfD gab es ja damals noch nicht! - Zurufe von der AfD)

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Jetzt sind Sie ja dabei und können zeigen, dass Sie das zukünftig ganz anders machen werden. Ich denke, das ist eine ganz große gesellschaftspolitische Aufgabe, die Rente zukunftssicher zu machen. Ich glaube, wenn wir uns darin verzetteln, wer das Desaster, wie Sie sagen, zu verantworten hat, hilft uns das nicht weiter. Wir haben vielmehr über alle Grenzen hinweg, über alle Parteien die besten Lösungen zu suchen, wie wir das zukünftig machen.

Ich denke, es wird uns auch im nächsten Jahr und in den folgenden Jahren sehr beschäftigen, wie das, was wir hier machen, tatsächlich dazu führt, dass wir zukunftssichere Renten haben. Das wird eine generationenübergreifende Aufgabe sein und daran werden wir alle gemessen werden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Knöchel.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Frau Ministerin, Sie haben heute wieder das sehr oft zitierte, aber falsche Bild bemüht, dass immer weniger Arbeitnehmer für einen Rentner aufkom-

men. Dass sie das bekommen, konkret richtig. Im Jahr 1962 waren es übrigens noch sechs Arbeitnehmer, die für einen Rentner aufgekomen sind.

Können Sie mir einmal sagen - Sie sagen, es gibt eine mathematische Logik, immer weniger Arbeitnehmer müssen für immer mehr Rentner aufkommen; das funktioniert nicht -, welche Annahmen des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, der Einkommen in unserer Gesellschaft dem denn zugrunde liegen?

Nach meiner Erinnerung war es immer möglich, dass weniger mehr finanzieren, weil der gesamtgesellschaftliche Reichtum, das Volkseinkommen gestiegen ist. Nimmt die Landesregierung an, wenn sie so eine Behauptung aufstellt, dass in Zukunft unser Volkseinkommen gleich bleibt, sinkt, oder gehen Sie vielmehr davon aus, dass die Verteilung noch mehr in Richtung Nichtarbeitnehmer gehen wird?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich wollte mit den Zahlen zum Ausdruck bringen, dass das Rentensystem, so wie wir es jetzt haben, dass wir es allein aus Versicherungsbeiträgen refinanzieren, nicht mehr zukunftssicher ist, weil wir aufgrund der demografischen Entwicklung die Verantwortung auf immer weniger Einzahler stützen.

Deswegen habe ich auch gesagt - das kommt auch immer mehr dazu -, dass immer mehr steuerfinanzierte Punkte hineinfließen. Das ist übrigens in Ihrem Bereich ähnlich, in Ihren Punkten, die Sie auf Bundesebene diskutieren.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Knöchel, Sie haben noch einmal das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Ich habe Sie also richtig verstanden, dass die Landesregierung für unser Land eine negative Wachstumsprognose hat? - Das ist Volkswirtschaft. Das ist Ökonomie.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ach so. Okay.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Das haben Sie doch gerade gesagt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Ministerin? Antworten wollen Sie noch?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Er hat das schon so festgestellt. Ich habe keine Frage daraus hören können.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Okay, also dann ist es eine Intervention und keine Frage. In Ordnung. Dann sind wir sozusagen mit der Diskussion durch. Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Wir können in die Debatte der Fraktionen einsteigen. Für die Fraktion der CDU hat der Abg. Herr Krull das Wort. Bitte sehr.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrter Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich zum ersten Mal diesen Antrag las, kamen mir zwei Gedanken: „Ist denn schon Weihnachten?“ und „Wünsch dir was!“.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das ist zynisch gegenüber vielen Menschen!)

Dem Antragsteller müsste durchaus klar sein, dass die hier aufgebrachten Forderungen so auch nicht finanzierbar sind.

Um das gleich klarzustellen, das Thema ist von hoher Bedeutung und bedarf einer genauen und sachlichen Diskussion. Denn die geplante Rentenreform wird Auswirkungen haben, nicht nur für die, die bereits Bestandsrentner sind, und die rentennahen Jahrgänge, sondern auch für alle, die im Berufsleben stehen oder vielleicht auch in dieses Berufsleben erst eintreten werden.

Das Thema Altersarmut hat gesellschaftliche Bedeutung, aber es wurden hier auch schon Zahlen genannt. Bundesdurchschnitt bei den Rentnerinnen und Rentnern: 3 % erhalten Leistungen der Grundsicherung.

Wir haben uns in diesem Hause im September darüber unterhalten, dass 24 % der Kinder und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt Leistungen der Grundsicherung beziehen. Es wird also deutlich, welche Problemlagen in diesem Land existieren - wobei ich hier nicht aufrechnen will. Beide Themen sind wichtig.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das haben Sie aber gerade getan!)

Wenn wir uns aber die aktuelle Beschlusslage zur Rentenreform anschauen - das sind die Rentengipfel -, stellen wir Folgendes fest: Die Berechnung der Erwerbsminderungsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung wird durch eine schrittweise Verlängerung der Zurechnung der Neuzugänge auf 65 Jahre nachjustiert. Das bedeutet eine erhebliche Verbesserung für diesen Personenkreis.

Der Gesetzentwurf zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge wird eingebracht und noch in dieser Wahlperiode beschlossen werden. Und die im Koalitionsvertrag vereinbarte solidarische Lebensleistungsrente wird weiter mit verschiedenen Modellen geprüft.

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Angleichung der Rentenwerte Ost und West und das Abschmelzen der Höherwertung der Ostentgelte soll am 1. Januar 2018 beginnen und im Jahr 2025 abgeschlossen werden.

Gerade der letzte Punkt hat zu erheblichen öffentlichen Diskussionen geführt, und das zu Recht. Zurzeit bekommt ein Ostrentner rund 94 % - Entschuldigung, auch Ostrentnerin; wir wollen ja fair bleiben - der Durchschnittsrente eines vergleichbaren westdeutschen Rentners. Dieser Unterschied beruht darauf, dass das Einkommen in den ostdeutschen Bundesländern im Regelfall geringer ist, genauer gesagt zurzeit 17 % geringer. Dieser Nachteil wurde durch die Höherbewertung ausgeglichen.

Wenn jetzt geplant wird, die Rente erst fünf Jahre nach dem ursprünglich vereinbarten Termin anzugleichen und die Höherwertung gleichzeitig auslaufen zu lassen, dann haben wir ein großes Problem für die ostdeutschen Beschäftigten, die durch die relativ niedrigen Einkommen nicht in der Lage sind, genug Rentenpunkte anzusparen, und im Vergleich selbst jetzt noch ein geringes Einkommen haben und damit auch keine Ansparungen leisten können.

Deswegen begrüße ich ausdrücklich die Bestrebungen des Ministerpräsidenten, sich um Verbesserungen zu bemühen und auf Bundesebene entsprechende Initiativen zu starten. Ideen dafür gibt es bereits. Sie wurden unter anderen in Zusammenarbeit mit der Otto-von-Guericke-Universität entwickelt.

Die vorgeschlagene doppelte Haltelinie, die bereits erwähnt worden ist, also zum einen das Rentenniveau und zum anderen die maximale Beitragshöhe, ist aus meiner Sicht sehr ambitioniert. Die demografische Entwicklung wurde bereits erwähnt. Man kann darüber streiten, ob künftig zwei Arbeitnehmer einen Rentner ernähren oder 1,6. Das kommt auf die Zeitschiene an.

Es bleibt aber eine Tatsache, dass immer weniger Arbeitnehmer für immer mehr Rentner einen solidarischen Lastenausgleich finanzieren müssen. Dazu kommt noch, dass dieser Personenkreis auch alle anderen Solidarsysteme finanzieren muss: die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung und alle staatlichen Leistungen, die aus Steuern finanziert werden. Die Last wird also für jeden Einzelnen größer.

Auch die Einbeziehung weiterer Personengruppen in die Rentenversicherung löst vielleicht kurzfristig Probleme, weil mehr Geld in die Kasse kommt, aber auch das nur anfänglich in geringerem Maße. Es wurde schon erwähnt, mehr Beitragszahler führen auch zu mehr Leistungsbeziehern. Langfristig werden wir also zusätzliche Aufgaben haben.

Bei der Rentendebatte unterliegt man schnell der Versuchung, mit der Forderung nach höheren Renten auf Stimmenfang zu gehen. Wir dürfen an dieser Stelle nicht die Belange aller Generationen aus dem Blick verlieren. Die Lasten, die wir künftigen und aktuell Beschäftigten aufbürden, müssen auch tragbar sein. Auch die Generation der heutigen Rentnerinnen und Rentner ist nicht daran interessiert, dass ihre Enkel aufgrund hoher Soziallasten kaum noch eigenen Spielraum haben.

Wir sehen auch als Fraktion der CDU in diesem Landtag einen entsprechenden Beratungsbedarf und plädieren daher für die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration. - Vielen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Herr Krull. Ich sehe eine Wortmeldung, und zwar wieder von Herrn Tobias Rausch. Deswegen hat er das Wort. Sie können entscheiden, ob Sie darauf antworten.

Tobias Rausch (AfD):

Herr Krull, ich finde, es ist Wahnsinn, wie Sie immer über Armut reden. Bei der Kinderarmut haben Sie einen positiven Effekt von 2 % als positiv verkauft. Hierzu sagen Sie, so viele seien von der Grundsicherung nicht betroffen. Jetzt frage ich Sie, ob Sie die Regularien kennen, nach denen man eine bedarfsorientierte Grundsicherung bekommt, und ob Sie wissen, wie viel Eigenkapital und Ersparnisse Sie dann noch haben dürfen, und ob Sie ein Eigenheim haben dürfen oder nicht. - Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Was ist Ihrer Ansicht nach eigentlich das Problem, das für die Altersarmut verantwortlich ist, das längere Arbeiten, das Renteneintrittsalter, das Rentenniveau, die geringen Löhne? Das würde ich gern wissen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bitte.

Tobias Krull (CDU):

Mir sind die Regelungen bekannt, was das angesparte Vermögen betrifft, was eigengenutzte Immobilien angeht. Die Regelungen sind mir bekannt. Es gibt natürlich immer wieder auch Härtefälle.

Was Sie eben angesprochen haben, worin der Lösungsansatz besteht, darüber könnten wir jetzt stundenlang philosophieren, weil es unheimlich viele Stellschrauben in diesem Rentensystem gibt. Das auszuführen, dafür haben wir die Ausschussarbeit. Ich bitte Sie, vielleicht möchten Sie

jemanden im Ausschuss vertreten und dazu auch eine Expertenanhörung durchführen.

(Tobias Rausch, AfD: Mache ich!)

Das ist wirklich ein Thema, das wir hier an dieser Stelle nicht lösen werden. Dazu brauchen wir nicht nur den Bundestag. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Debatte, wie es die Ministerin auch schon angedeutet hat.

(Robert Farle, AfD: Gut! Sehr gut! - Tobias Rausch, AfD: Gute Antwort!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. Ich sehe keine weiteren Fragen. - In Fortsetzung der Debatte spricht jetzt Herr Tobias Rausch für die AfD-Fraktion.

Tobias Rausch (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Rente ist sicher - so war es einmal in Deutschland. Wie sieht es heute aus? Fast jeder zweite Bundesbürger in Deutschland fürchtet, dass die Rente im Alter nicht zum Leben reichen wird. Es ist ein Faktum: Bis zum Jahr 2030 werden sagenhafte 40 % aller Rentner arm sein. Kein Wunder, fast zwei Drittel aller Bundesbürger haben Angst vor der Altersarmut. Quelle: Emnid.

Nur jeder Zweite sorgt heute privat vor. Stolze 36 % können sich die private Vorsorge schlicht und einfach nicht leisten. Der Grund: Sie sind heute schon arm.

(Zustimmung bei der AfD)

Wundern Sie sich noch über Schlagzeilen wie diese zwei: „Junge Leute riskieren Altersarmut“, MDR, April 2016, oder: „Wie arm wird Deutschland?“, „DIE ZEIT“, Juni 2016. Diese Schlagzeilen beschreiben das Scheitern der Altparteien in der Rentenpolitik, und wir sprechen von einem dramatischen Scheitern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zustimmung von Volker Olenicak, AfD)

Von Norbert Blüms Versprechen, die Rente ist sicher, liebe CDU, ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Werfen wir einen Blick auf die verfügbaren Zahlen und Fakten. Nur Fakten können Sie, verehrte Kollegen - jetzt hätte ich Herrn Striegel angesprochen, aber er ist zu diesem wichtigen Thema nicht da; anscheinend interessiert es ihn nicht -,

(André Poggenburg, AfD: Kaffee! Er ist Kaffeetrinken!)

aus Ihrer postfaktischen Sozialromantik zurückholen. Es ist ein Faktum, dass ab dem Jahr 2030 rund 40 % aller Rentner, also Millionen alter Menschen, ihr Leben in erdrückender Armut werden

fristen müssen - von Ihnen gewollt, von Ihnen verursacht, von Ihnen herbeigeführt.

Ein anderes Faktum: Von 2006 bis 2016 ist die Altersarmut in Deutschland um 25 % gestiegen, von 4,5 Millionen Menschen auf 5,6 Millionen Menschen. Dieser Umstand ist nicht weiter hinnehmbar, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Wie ist es eigentlich dazu gekommen, dass man in bitterer Armut landet, nachdem man 40 bis 45 Jahre lang hart gearbeitet und all seine Sozialabgaben treu geleistet hat, habe ich mich gefragt.

Mitte der 90er-Jahre hatten wir noch eine gute gesetzliche Rente. Warum heute nicht mehr? Ich begab mich auf Spurensuche und kam aus dem Staunen nicht mehr heraus. Es war diesmal nicht die CDU, die das verursacht hat, sondern die daran Schuldigen sind die SPD und die GRÜNEN. Sie haben eine fulminante Lobbypolitik hingelegt, wie es die Art von raffinierten, listigen Parteien ist.

(Beifall bei der AfD)

Wie haben Sie es dem Bürger verkauft? - Ganz einfach: Sie haben Ängste geschürt.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Damit kennen Sie sich ja aus!)

Es kommt eine riesige demografische Lücke auf uns zu. Das Rentensystem wird kollabieren, wenn wir es nicht radikal ändern, haben Sie tagaus, tagein populistisch gerufen - Ängste schüren und eine Lösung formulieren, die einfach klingt, aber einfach brutal war. Wer sind bis heute die einzigen Nutznießer Ihrer Lösung? - Richtig: die Versicherungslobby.

Zu den historischen Fakten, wie ist es gelaufen? Ungefähr so: Wenn man etwas vorhat, dann gründet man Institute. Sie müssen Gutachten schreiben, damit man die politischen Vorhaben mit Urteilen unabhängiger Experten begründen kann. Meinhard Miegel und Kurt Biedenkopf gründeten das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft. Dann gab es ein zweites Institut, das Deutsche Institut für Altersvorsorge. Man prüft brav die Lage und kommt zu dem gewünschten Ergebnis, die gesetzliche Rente ist zu hoch.

Nach den Instituten kommen Kommissionen - natürlich streng unabhängig. Bundeskanzler Schröder beruft eine Expertenkommission ein. Sie stellt fest, wir brauchen eine Rentenreform. Sie erinnern sich: Es war die Rürup-Kommission, eine Kommission voller Unabhängiger, wie zum Beispiel Prof. Dr. Rürup von der Axa oder Gothaer oder Prof. Raffelhüschen von der Ergo. Keine Fragen, alles klar, SPD und GRÜNE, sie machen Millionen Alter arm und Versicherungen um Millionen und Abermillionen reicher.

(Starker Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Richtig!)

Wie machen Sie das? - Ganz einfach: Die Rürup-Kommission sagt, die Rente muss um 25 % herunter, her mit einer Privatvorsorge. Die Versicherungen machen das schon.

Was machen Schröder und seine rot-grüne Koalition? - Sie gehorchen. Das war die Rentenreform von 2004. Das ist also das, was Sie unter guter Sozialpolitik verstehen, liebe Kollegen der GRÜNEN und der SPD.

Fakt ist, ca. 40 % der Deutschen verdienen weniger als 2 000 € brutto. Sie können rechnen. Rechnen Sie bitte. Wir wollen ja nicht postfaktisch sein - Ihr Lieblingswort.

Natürlich, liebe Kollegen in der CDU, niemand wirft Ihnen vor, direkt schuld an der Armut dieser Alten zu sein; denn diese respektlose und zutiefst menschenfeindliche Sauerei, was Sie Rentenpolitik nennen, hat eine sozialdemokratische Bundesregierung mit Unterstützung der GRÜNEN gemacht. Was man Ihnen und der CDU vorwerfen kann und muss, ist aber, dass Sie bislang nichts unternommen haben, um dieses Desaster zu beenden.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Jedermann soll von seiner Rente leben können, würdig und stolz, ohne nebenbei arbeiten zu müssen.

Wissen Sie, was ich mir wünsche: ein Deutschland, in dem ältere Menschen einen respektvollen, sicheren Lebensabend verbringen dürfen, eingebettet in eine echte Solidargemeinschaft aller Deutschen im Interesse unserer Alten von heute und von morgen. - Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte auch dem Kollegen Rausch danken für dieses flammende Plädoyer für eine neue rot-grüne Bundesregierung.

(Lachen bei der AfD)

So verstehe ich das; denn Sie haben hier sehr dezidiert ausgeführt, was wir damals in die Riester- und die Rürup-Rente investiert haben. Wir sind aber nicht mehr dazu gekommen - Sie wissen, dass die zweite Amtszeit etwas verkürzt war -, die Bürgerversicherung einzuführen. Das wäre nämlich das Projekt, das wir auch noch vorhaben. Es ist sehr schön, dass Sie das unterstüt-

zen, dass wir das ab September des nächsten Jahres unter Rot-Grün auf Bundesebene fortsetzen können.

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Hauptsache Sie schaffen 5 %! - Heiterkeit bei der AfD)

Die Bürgerversicherung ist eine klare Lösung für das, was Sie hier in Teilen zu Recht anprangern. Es müssen auch Beamte, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Selbstständige, Abgeordnete in die Rentenversicherung einzahlen. Wir müssen den Kreis des Solidarprinzips - das ist schon lange kein Solidarprinzip mehr; es ist kein Solidaritätsgedanke, der sich darin niederschlägt - weiter ziehen. Genau das hatten wir schon damals vor.

(Tobias Rausch, AfD: Genau!)

Es ist jetzt schon sehr viel gesagt worden. Auch Frau Ministerin hat sehr viel an Zahlen ausgeführt. Ich will es mir ersparen, das hier noch einmal darzulegen. Ich will aber darauf verweisen, dass wir unsere Vorschläge sehr wohl auch weiterentwickeln.

Nach zweijähriger Arbeit hat gerade unsere parteiinterne Rentenkommission ihre Arbeit beendet. Wir haben unser Konzept im Grundsatz beibehalten, aber auch noch einmal angepasst. Darin geht es eben um die Weiterentwicklung der Bürgerversicherung, wie ich schon gesagt habe. Es geht auch darum, dass das Rentenniveau stabilisiert werden muss. Darin gebe ich der Kollegin Hohmann sehr recht. Auch über das Jahr 2025 hinaus muss man, soll man eine Rente erhalten, die 50 % oberhalb der Grundsicherung liegt.

Unsere Antwort auf eine armutssichere Rente ist die Garantierente. In diesem Konzept sieht man, kurz gesagt, vor, dass man nach mindestens 30 rentenversicherungspflichtigen Jahren eine Grundrente bekommt, um wirklich vom Grundsatz her abgesichert zu sein.

Besonders wichtig ist es mir, dass insbesondere auch Frauen bessergestellt werden sollen, indem die Altersarmut von Frauen wenigstens dahin gehend abgemildert wird, dass ein Rentensplitting eingeführt wird.

(Tobias Rausch, AfD: Richtig!)

Das sieht vor, dass sich eine Solidargemeinschaft im Kleinen, nämlich die Familie, wobei wir alle Familien - das will ich jetzt nicht ausführen - vorsehen, die Rentenpunkte teilen soll.

Was wichtig ist: Unserer Garantierente soll ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden. Das mag in manchen Augen wieder links-grün versiffenes Denken sein, aber ich glaube, wenn wir uns einem Grundeinkommen auf der untersten Stufe annähern, dass wir sehr viel Gutes für alle Menschen tun. Das haben wir uns nicht nur einfach so ausgedacht, sondern selbst der Siemens-Chef hat

gerade erst im November 2016 gesagt, eine Lösung auch zur Vorbeugung sozialer Konflikte in diesem Land ist eben die regelhafte Einführung einer Grundsicherung.

Zusammenfassend kann man sagen, es ist eine schwierige Situation, die wir zu meistern haben. Wir müssen uns bei aller Emotionalität hier im Hohen Hause immer wieder klarmachen - es ist nett, dass die LINKE das Thema immer wieder in dieses Hohe Haus bringt, und ich rede auch sehr gern darüber, weil es wirklich ein sehr wichtiges Thema für die Menschen ist -, dass wir hier nur begrenzt tätig werden können, weil es etwas ist, das auf Bundesebene zu regeln ist und, wie gesagt, die nächste rot-grüne Bundesregierung regeln wird. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Andreas Schumann, CDU: Wovon träumen Sie denn?)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Rausch. Damit haben Sie das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Frau Lüddemann, für Ihre Rede und Ihre Position. Wir stimmen in vielen Punkten überein.

Ich habe Ihre Rede so verstanden, dass Sie auch das Schweizer Modell bevorzugen, eine Rente, in die alle einzahlen: Bürger, Selbstständige, Beamte, Politiker. Sie wollen sich dafür einsetzen, dass die Rente der ersten und zweiten Klasse beendet wird. Habe ich Sie so richtig verstanden?

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ob ich das „Schweizer Modell“ nennen würde? Wir haben noch andere Teile darin. Aber das Wesentliche stimmt überein.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir können fortfahren. Herr Steppuhn von der SPD-Fraktion hat das Wort. Bitte.

(Zuruf von der LINKEN: Jetzt bin ich aber gespannt, Herr Steppuhn!)

Andreas Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Rente ist eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen bei uns im Land.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Richtig!)

Das, was wir im Bundeshaushalt für die Rente ausgeben, ist nicht nur die größte finanzielle Position im Haushalt überhaupt. Ich glaube, es ist

auch wichtig, dass wir mit der Rentenpolitik in Deutschland drei Ziele erreichen.

Das eine ist: Wir müssen Solidarität insbesondere zwischen den Generationen organisieren.

Ein weiteres Ziel muss es sein - darin gebe ich den LINKEN gern recht -, dafür zu sorgen, dass wir keine Altersarmut in diesem Land haben und dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, von ihrer Rente vernünftig leben können. Das muss eine Zielsetzung sein.

Deshalb bin ich auch immer dafür, dass wir sachlich über das Thema Rente miteinander sprechen. Das werden wir sicherlich noch im Ausschuss tun.

Man sollte aber bei dem Thema bei der Wahrheit bleiben. Als Norbert Blüm gesagt hat, die Renten sind sicher, hat er das zwar so gemeint. Aber er hat auf Nachfragen hin stets gesagt: Rente muss immer wieder neu justiert werden. Rente muss weiterentwickelt werden.

Das ist Aufgabe der Politik; dem hat sich die Politik zu stellen. Ich glaube, von daher haben wir hier eine gemeinsame Aufgabe zu bewältigen.

(Tobias Rausch, AfD: Es ist noch nichts passiert!)

- Ich gehe gern darauf ein. Ich hätte mich jetzt ohnehin der AfD zugewandt.

Herr Rausch, das, was Sie hier vorgetragen haben, kann man als Populismus abtun. Es ist Populismus. Was Sie nicht gemacht haben: Sie haben nicht einen Satz dazu gesagt, wie Sie sich die Rentenpolitik, die Finanzierung der Rente, die Organisation der Rente in Deutschland vorstellen. Dazu war nichts zu hören.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)

Ich habe mir die Zeit gegönnt, einmal zu googeln, was AfD-Spitzenpolitiker alles so zur Rente in die Welt geblasen haben. Ich habe zum Beispiel gelesen, die Menschen sollen bis zu einem Alter von über 70 Jahren arbeiten. Wer gar nicht gearbeitet hat, der soll fast gar keine Rente bekommen. Das kann man alles nachlesen.

Deshalb bin ich schon gespannt auf die Diskussion im Ausschuss, um von Ihnen konkrete Vorschläge zu hören. Denn heute habe ich von Ihnen nichts dazu gehört, wie Sie sich die Rentenpolitik in Deutschland vorstellen. Es reicht nicht aus, nur zu sagen, was alles schlecht war, was man in der Vergangenheit hätte anders machen müssen. Es müssen konkrete Vorschläge auf den Tisch. Dann können wir weiter diskutieren, meine Damen und Herren.

Das Thema Rentenangleichung - ich habe nur fünf Minuten Redezeit - ist mir ein besonderes Anliegen, auf das ich eingehen möchte. Ich bin froh

darüber, dass es gelungen ist - auch der Regierungskoalition in Berlin -, noch zu einem Kompromiss bei der Rentenangleichung zu kommen. Das stand im Koalitionsvertrag; das haben alle erwartet. Allein das, was jetzt auf dem Tisch liegt, kostet fortlaufend jährlich 3,9 Milliarden €. Ich sage immer, es ist gut angelegtes Geld, aber man muss auch wissen, was das kostet, was man letztendlich beschließt.

Die Ministerin hat es angesprochen; es ist auch von anderen angesprochen worden: Ich glaube, das, was jetzt noch das Ziel sein muss, ist, dass wir an zwei Stellen bei der Rentenangleichung noch zu Veränderungen kommen. Das eine ist - damit bin ich sehr nah bei dem Ministerpräsidenten und auch bei unserer Sozialministerin -: Wir müssen noch einmal in Berlin dafür kämpfen, dass die Angleichung nicht bis 2025 dauert, sondern dass wir sie schon 2020 bzw. 2021 bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt ist - diesbezüglich gibt es zwischen Andrea Nahles und Schäuble noch Diskussionen -: Wir sind auch dafür - auch hierbei unterstützen wir den Ministerpräsidenten und die Sozialministerin in Richtung Bundesrat -, dass wir die 3,9 Milliarden € für die Rentenangleichung - vielleicht wird es ja von den Kosten her noch etwas mehr - steuerfinanzieren und nicht aus dem Sozialversicherungssystem nehmen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache.

(Beifall bei der SPD)

Denn wenn wir es aus dem Sozialversicherungssystem nehmen, bedeutet das entweder Beitragserhöhungen bei der Rentenversicherung oder wir gelangen in eine Situation, in der die Rente unterfinanziert ist. Deshalb sind die beiden Punkte wichtig.

Meine Damen und Herren! Wir sind ja in der Koalition auch nicht immer einer Meinung.

(Zuruf von der CDU: Nein?)

- Ja, das kann man an dieser Stelle durchaus einmal sagen. - Ich hätte mir gewünscht, dass wir bei diesen Themen, gerade bei der Rentenangleichung, in der Frage Steuerfinanzierung und Zeitachse der Angleichung hier schon zu einem Alternativantrag gekommen wären, um dem Ministerpräsidenten und der Sozialministerin den Rücken zu stärken.

Jetzt geht das Ganze erst einmal in den Ausschuss, weil die CDU das gerne möchte. Das ist ihr gutes Recht. Aber ich glaube, es wäre gut gewesen, vielleicht heute schon mit einem Alternativantrag dem Ministerpräsidenten, der Sozialministerin, sprich unserer Landesregierung den Rücken zu stärken, weil es wirklich zwei wichtige Themen sind.

Jetzt ist leider meine Zeit abgelaufen. Ich könnte noch viel mehr zu dem Thema Rente sagen. Aber es gibt ja Nachfragen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Herr Steppuhn. - Herr Rausch hat sich tatsächlich wieder gemeldet. Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Herr Gallert. Sie sehen, wir beteiligen uns an der Arbeit im Parlament.

Erst einmal zu den Populismusvorwürfen, Herr Steppuhn. Ich stand vorn, ich hatte auch begrenzte Redezeit. Sie hätten mir gern eine Frage stellen können. Das haben Sie nicht getan. Sie haben es in Ihrer Rede getan, um populistisch gegen uns vorzugehen. Das ist Populismus.

(Beifall bei der AfD)

Ich hätte Ihnen in meiner Rede noch gesagt, was wir fordern. Wir hätten nämlich erstens gefordert, das Rentenniveau auf 60 % anzugleichen, zweitens die Erhöhung der Grundsicherung, drittens die Senkung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre. Viertens hätten wir gern eine gesunde Reform des Rentensystems nach Schweizer Vorbild, in das alle einzahlen: Arbeitnehmer, Selbstständige, Beamte und Politiker.

Das hätten Sie alles gehört, wenn Sie mich gefragt hätten. Ich werde mich gern bereit erklären, im Ausschuss etwas dazu zu sagen.

Jetzt will ich Sie noch etwas fragen; das ist nämlich interessant. Wie stehen Sie dazu, dass jemand, der im Parlament sitzt, für ein Jahr ungefähr 170 € Rentenanspruch bekommt? Wie ist das aus Ihrer Sicht zu rechtfertigen, da Sie doch so solidarisch sind?

Es ist doch unfair, dass jemand, der zum Beispiel 40 Jahre lang am Band steht oder im Einkaufsladen und die Waren über das Band zieht, weniger Rente bekommt als jemand, der sechs oder zehn Jahre lang im Parlament sitzt. Sehen Sie das auch so? Oder sehen Sie das anders?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Steppuhn.

Andreas Steppuhn (SPD):

Zunächst einmal, Herr Rausch, werden wir sehr genau hinschauen, was Sie im Ausschuss machen. Sie haben ja angekündigt, im Ausschuss ein Rentenkonzept vorzulegen. Darauf bin ich gespannt. Wir werden auch darüber sprechen, was das Ganze letztendlich kostet, was es für die Sozialversicherungsbeiträge bedeutet.

Sie haben durchaus einige Punkte genannt, von denen auch Sozialdemokraten nicht so weit weg sind. Natürlich braucht man, wenn man bei dem Thema Rente Veränderungen anstrebt, auch politische Mehrheiten in Berlin. Es hängt auch von der Regierungskonstellation ab.

Ich persönlich bin auch dafür, dass man auch andere Einkommensarten zur Finanzierung der Rente heranzieht. Von mir aus können auch Politiker in so ein System einzahlen. Das ist überhaupt nicht das Thema.

Aber das, was wir trotzdem schaffen müssen, ist, dass wir bei der Rente - die jüngere Generation auf der Tribüne ist gerade gegangen - Generationengerechtigkeit herstellen, dass wir Solidarität üben. Das fängt bei der Finanzierung an.

Was mir besonders wichtig ist, ist, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, von ihrer Rente dann auch leben können, dass sie nicht in Armut leben müssen.

Das ist, glaube ich, schon ein Ansatz, worüber man politisch diskutieren muss, um zu der besten Lösung zu gelangen. Es gibt Vorschläge, eine Erwerbstätigenversicherung bei der Rente einzuführen. Es gibt Vorschläge in Richtung Bürgerversicherung. Das alles sind wichtige Themen.

Die SPD hat dazu im Übrigen ganz klare Vorstellungen. Wenn wir eine andere Regierungskonstellation in Berlin hätten, hätten wir vielleicht schon mehr gemacht. Aber ich glaube, gerade bei der Rentenangleichung ist ja deutlich geworden, dass dieses Thema vor allem die sozialdemokratische Handschrift getragen hat. Das ist auch gut so.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Rausch steht noch einmal am Mikrofon. Ich erinnere daran, dass es eine Kurzintervention ist und es auch eine kurze Antwort darauf gibt.

Tobias Rausch (AfD):

Ich habe nur eine Nachfrage dazu.

Andreas Steppuhn (SPD):

Bei mir steht, ich bekomme neue Redezeit.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es ist völlig uninteressant, was bei Ihnen steht. Interessant ist, was ich sage, Herr Steppuhn.

Tobias Rausch (AfD):

Ich habe Ihre Worte eben zur Kenntnis genommen. Sie sagten, es lag an den Koalitionspartnern.

Ich würde erstens gern wissen: Lag es an den GRÜNEN oder an der CDU? Zweitens würde ich

gern wissen: Wie stehen Sie zu der Rentenreform, die Rot-Grün auf den Weg gebracht hat? - Das Rentenniveau ist ja gekürzt worden. Jetzt stehen Sie dem Trend entgegen. Wie stehen Sie persönlich dazu und wer war in Ihrer Koalition früher der Hinderungsgrund und wer ist es heute?

Andreas Steppuhn (SPD):

Ich denke, dass wir auch politische Entscheidungen brauchen. Die Bundesarbeitsministerin hat deutlich gemacht - dabei hat sie meine volle Unterstützung -, dass wir auch in Richtung Sicherung des Rentenniveaus nachjustieren müssen. Von daher kann ich mich mit diesen Positionen durchaus anfreunden.

Aber Sie müssten auch langsam lernen, dass es bei den politischen Parteien - das ist hier im Landtag, bei den Fraktionen so, das ist in Berlin so - immer Kompromisse sind, welche Wege man letztlich geht, dass nie einer 100 % seiner Vorstellungen durchsetzt.

Wir haben auch ein Interesse daran, möglichst unsere Vorstellungen durchzusetzen. Das geht eben halt nicht immer so. Trotzdem sind wir, glaube ich, alle miteinander in der Verantwortung, die Rente nicht zu zerreden, sondern die Rente zukunftssicher zu machen, weil die Menschen auf die Rente vertrauen, die sie künftig bekommen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir hatten eine Begrenzung auf zwei Nachfragen je Fraktion. Die hat Herr Rausch bei der AfD bereits erledigt. Herr Lange hat noch eine Nachfrage. Bitte sehr.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Herr Steppuhn, ich habe Sie, glaube ich, richtig verstanden, dass Sie, so wie die Kollegen von den GRÜNEN und wir, der Meinung sind, dass es richtig ist, eine solidarische Bürgerversicherung für alle einzuführen und die Rente so zu gestalten, dass sie armutsfest ist - alle die Argumente, die Sie vorgebracht haben.

Stimmen Sie mit mir darin überein, dass die Parteien oder die Fraktionen der SPD, der LINKEN und der GRÜNEN derzeit im Bundestag eine Mehrheit hätten, dieses durchzusetzen?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Andreas Steppuhn (SPD):

Es ist sicherlich so, dass es im Bundestag Mehrheiten gibt. Aber bei so einer Gesetzgebung weiß auch jeder, dass man am Ende auch Mehrheiten in der Länderkammer, im Bundesrat haben muss. Deshalb ist das Thema nicht ganz so einfach.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Die haben wir auch!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir sind an dieser Stelle durch. Ich bedanke mich bei Herrn Steppuhn für seinen Redebeitrag. - Am Ende der Debatte hat Frau Hohmann noch das Wort. Bitte, Frau Hohmann.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wusste schon, warum ich vorher nicht alles erzählt habe. Ich möchte auf einige Punkte eingehen.

Frau Ministerin sagte, es seien laut Statistik nur 3 % von Altersarmut betroffen. Ich hatte ja in meinem Redebeitrag erwähnt, dass es diesbezüglich eine weit höhere Dunkelziffer gibt.

Es gibt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, „Der Einfluss verdeckter Armut auf das Grundversicherungsniveau“ von Irene Becker, die daran mitgearbeitet hat. Darin kann man sehr eindrucksvoll nachlesen, wie sich die Altersarmut gestaltet und dass die Dunkelziffer viel höher ist als das, was in der offiziellen Statistik steht.

Die zweite Geschichte, Generationenvertrag. Ich wusste, dass das kommt, dass wieder gesagt wird, die Bevölkerung schrumpft, dann geht das alles nicht, wir belasten die jungen Leute usw. Wir haben Folgendes gemacht: Ich habe mir einmal die Statistik zu der Zeit herausgesucht, als die Rente eingeführt worden ist, 1871. Im Jahr 1871 hatten wir noch elf Menschen, die für eine Person vorgesorgt haben. Super!

In den 50er-Jahren, als es das Rentenkonzept der CDU gab, als die Renten den Löhnen folgen sollten - das war einmal vorgesehen -, waren es 6,1 Menschen, die für einen Rentner gezahlt haben.

Im Jahr 1990 haben 4,2 Menschen für einen Rentner eingezahlt. Im Jahr 2010 haben drei Menschen für einen Rentner eingezahlt.

Bis 2010 hatten wir ein Rentenniveau von 53 %. Obwohl wir weniger Leute hatten, hatten aber die Rentnerinnen mehr Rente.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Aussage, wir werden weniger und deshalb wird auch die Rente geringer sein, ist also ein Märchen. Ich mache zwar keine Werbung,

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

aber ich empfehle einfach einmal eine Lektüre von: „Alte kassieren, Junge zahlen nur drauf“. Darin steht, untersetzt mit Zahlenmaterial aus öffentlich zugänglichen Statistiken, wie sich das entwickelt.

Die zweite Geschichte: Haltelinie. Es ist schön, dass eine Haltelinie von 46 % eingeführt werden soll. Aber wenn ich weiß, dass ich 33,5 Jahre lang arbeiten muss, um überhaupt die Grundsicherung

zu bekommen - - Ich muss 33,5 Jahre arbeiten, um die Grundsicherung zu bekommen! Ich arbeite, damit ich die Grundsicherung bekomme - das bedeutet die Haltelinie von 46 %. Da können wir nicht mitgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es auch immer faszinierend, wenn gesagt wird: Ja, wenn wir die 53 % haben wollen, dann müssten alle mehr einzahlen, dann würden die Beiträge steigen. Ich habe auch das einmal analysiert.

Es gibt ja diese Riester- und die Betriebsrentenvorsorge, die jemand anlegen soll, damit er dann eine vernünftige Rente bekommen kann. Meine Fraktion hatte einmal die Frage an die Bundesregierung gestellt, wie hoch denn der Beitrag für eine lebensstandardsichernde Rente ist. Im Jahr 2015 bezahlt der Arbeitgeber davon 9,35 %, der Arbeitnehmer zahlt auch 9,35 %. Aber um eine lebensstandardsichernde Rente zu bekommen, muss der Arbeitnehmer noch einmal 4 %, nämlich die Riester-Rente, einzahlen, damit es funktioniert. Das heißt, er wird, ohne die betriebliche Altersvorsorge, mit 14,75 % belastet.

Schauen wir auf das Jahr 2020. Wir wollen ja gleichbleibende Arbeitgeberbeiträge haben. Der Arbeitgeberbeitrag liegt bei 9,35 %, der Arbeitnehmerbeitrag liegt bei 9,35 %. Aber jetzt kommt es: wieder diese 4 % Riester-Rente und noch 2,1 % Betriebsrente. Das heißt, die Beschäftigten müssen 15,4 % von ihrem eigenen Geld an Vorsorge leisten, um überhaupt eine lebensstandardsichernde Rente zu bekommen.

Also diese Mär, wir können die Arbeitnehmerinnen nicht weiter belasten, ist wirklich eine Mär; denn sie sind schon belastet genug. Damit sie überhaupt eine lebensstandardsichernde Rente bekommen, müssen sie schon jetzt einen Haufen dazubezahlen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vielleicht noch ein letzter Punkt: der Kompromiss bei der Rentenangleichung Ost und West. Ich weiß gar nicht, wie oft das Wahlversprechen - ich kann es schon gar nicht mehr hören - gemacht worden ist, auch in der letzten Legislaturperiode und in der Legislaturperiode davor, wir müssen unbedingt die Angleichung schaffen. Jetzt hat man sich darauf verständigt, diese Angleichung im Jahr 2025 zu vollziehen.

Das heißt also, jemand, der im Jahr 1990 in Rente gegangen ist, muss 100 Jahre alt werden, damit er die Angleichung von Ost und West erlebt. Das ist wirklich schizophran. Ich hoffe, Sie können sich damit durchsetzen, dass die Angleichung viel, viel eher kommt, und nicht erst in den 20er-Jahren. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Deswegen können wir jetzt in das Abstimmungsverfahren eintreten. Ich habe angenommen, dass es einen Überweisungswunsch gibt. Ich gehe einmal davon aus, dass eine Überweisung in den Sozialausschuss erfolgen soll. Gibt es weitere Vorschläge?

(Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE: Nein!)

- Nein. Dann kann ich das so zur Abstimmung stellen. Wer für die Überweisung dieses Antrags in den Sozialausschuss ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Das sind inzwischen alle Fraktionen dieses Hauses. Deswegen ist dieser Antrag in den Sozialausschuss überwiesen worden. Wir beenden somit den Tagesordnungspunkt 4.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

Eurotrailer für Sachsen-Anhalt zulassen

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/715**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/739**

Einbringer des Antrags der Koalition ist der Abg. Herr Dr. Grube. Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben heute eine lange Landtagssitzung, deswegen dachten wir uns, wir beschäftigen uns auch einmal mit langen Lkws.

Wir haben als Koalition einen Antrag eingebracht, weil wir wollen, dass in Sachsen-Anhalt Sattelzugmaschinen mit Sattelanhänger, vulgo Sattelkraftfahrzeuge mit einer Gesamtlänge von maximal 17,80 m, die sogenannten Eurotrailer, zugelassen werden. Das trifft nicht überall in diesem Haus auf Gegenliebe. Die Kollegin Eisenreich spricht gleich noch dazu. Zu dem Änderungsantrag sage ich nachher etwas.

Das Thema Lang-Lkw war in diesem Haus auch vor meiner Zeit schon diverse Male ein Thema. In der Regel ging es dabei nicht um die heute in Rede stehenden Eurotrailer, sondern es ging um die sogenannten Gigaliner. Deswegen möchte ich, bevor ich begründe, warum wir die Zulassung in Sachsen-Anhalt wollen, ein bisschen zur Begriffsklärung beitragen.

Uns liegt seit vorgestern der Abschlussbericht für den Modellversuch von der Bundesanstalt für Straßenverkehr vor. Eine Anmerkung dazu: Darüber werden wir heute nicht in Gänze diskutieren,

wir werden das mit Sicherheit auch im Ausschuss noch aufrufen, weil darin noch ganz viele andere interessante Dinge stehen, die nicht nur den Eurotrailer betreffen.

Der Eurotrailer ist das, was in dieser Studie - für die, die sich damit beschäftigen wollen - als Lang-Lkw Typ 1 bezeichnet wird. Wir reden dabei über eine Sattelzugmaschine mit Sattelanhänger und einer Gesamtlänge von 17,80 m. Das liegt noch unter der maximal zulässigen Länge eines Gliederzuges von 18,75 m. Das, was wir mit unserem Antrag wollen und was auch den Eurotrailer kennzeichnet, ist: Wir gehen nicht über die 40 t bzw. 44 t hinaus. Das heißt, am Ende des Tages reden wir über 1,30 m mehr.

Wir haben uns vor der Erarbeitung des Antrags auch mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus Sachsen-Anhalt besprochen. Sie haben uns eine einfache Frage gestellt: Ich kann, wenn ich die 40 t ausnutzen will, schon heute hinten 1,50 m dranhängen, wenn ich mit schwerem Stückgut komme, etwa Stahlträger, aber ich darf das nicht, wenn ich meine Tonnage ausnutzen will, wenn ich großvolumige Güter transportiere.

Die spannende Frage ist also: Warum kann man den Luftraum, den man nutzen darf, wenn man hinten Stückgut heraushängen lässt, nicht auch noch umbauen, sodass einfach drei Paletten mehr hineinpassen? Da wir auf diese Frage keine intelligente Antwort gewusst haben, haben wir uns überzeugen lassen und beantragen heute hier, den Eurotrailer zuzulassen.

Was die Studie der Bundesanstalt betrifft, ist die Aussagekraft für den Eurotrailer - sagen wir es einmal so - etwas durchwachsen. Der Erfahrungsbericht zeigt, es ist der einzige Lang-Lkw aus der Studie, der eben nicht in Kreisverkehren hängen bleibt. Deswegen haben wir gesagt, das kann man machen. Das ist eines der Argumente gewesen, warum wir damals gegen den Gigaliner gewesen sind, jedenfalls das verkehrstechnische Argument. Das ist für den Eurotrailer durch die Studie widerlegt. Ansonsten hat die Studie nicht so richtig viel Aussagekraft, weil eben nur 6 % der Fahrzeuge tatsächlich diese Lkws Typ 1 gewesen sind.

Für den Einsatz des Eurotrailers in Sachsen-Anhalt ist eine Änderung des § 2 Abs. 2 der Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen mit Überlänge notwendig. Derzeit hat dieser Absatz folgende Fassung: Abweichend von Absatz 1 dürfen diese Fahrzeuge in den Ländern Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen das gesamte Streckennetz der jeweiligen Länder nutzen.

Es sind also bereits in acht von 16 Bundesländern - und darunter nicht die kleinsten - diese Eurotrai-

ler im Einsatz. Wir denken, dass wir das auch für Sachsen-Anhalt haben sollten.

Kurz zusammengefasst die Vorteile des Eurotrailers: Wir haben eine ökonomische und ökologische Effizienzsteigerung von ca. 8 %. Wenn ich größere Volumina transportieren kann, muss ich weniger Fahrzeuge fahren lassen, um alles wegzukriegen. Wir finden, das ist sinnvoll. Damit wird für die gleichen Volumina weniger Verkehr notwendig; es gibt also eine geringere Verkehrsbelastung.

Wir haben eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und wir haben eine große Eignung dieser Eurotrailer auch für den kombinierten Verkehr im Bahntransport. Denn die Eurotrailer sind hervorragend kompatibel mit dem Weitertransport per Bahn. Das heißt, integrierte Verkehrskonzepte, Schnittstellen und all das, worüber wir im Transportbereich diskutieren, sind damit hervorragend möglich.

Zu dem Änderungsantrag der LINKEN. Ja, auch wir sind gegen die Zulassung von Lang-Lkws, sogenannten GigaLinern. Das steht auch in unserem Antrag und deswegen werden wir unserem Antrag zustimmen, Ihrem nicht so ganz, weil Sie gegen den Eurotrailer sind, was diametral dem entgegensteht, was wir wollen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und um die Ablehnung des Änderungsantrags der LINKEN.

Was die genauen verkehrstechnischen Implikationen des GigaLiners, der ab dem 1. Januar 2017 bundesweit auf bestimmten Autobahnen zugelassen ist, für Sachsen-Anhalt bedeuten, das klären wir in Zusammenarbeit mit dem Ministerium im Ausschuss. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Wortmeldungen. - Nur damit wir uns jetzt nicht in Verwirrung stürzen: Es gibt einen Alternativantrag der LINKEN. Herr Grube sprach aber von einem Änderungsantrag. Den gibt es darüber hinaus, glaube ich, nicht.

(Dr. Falko Grube, SPD: Ich habe nur den Text gelesen!)

- Dann haben wir das geklärt, in Ordnung. Es gibt also lediglich einen Alternativantrag. - Jetzt hat Herr Minister Webel das Wort. Bitte sehr.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich finde es wichtig und richtig, dass sich der Landtag heute auf Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem Thema Eurotrailer beschäftigt. Damit ermöglichen wir eine Erwei-

terung der Transportmöglichkeiten, die aus verkehrs- und umweltpolitischer Sicht vertretbar ist.

Diese Erweiterung wird nicht zu einer Verlagerung von Verkehrsströmen führen, aber sie ist ein Beitrag zu mehr Effizienz und damit auch zur Verringerung von Treibhausgasemissionen. Wir unterstützen damit Logistikunternehmen und letztlich auch die Verbraucher.

Um es vorwegzunehmen: Die Zulassung von Eurotrailern ist nicht gleichzusetzen mit einer Zulassung von Lang-Lkws, den sogenannten Gigaliner. Diese lehnen wir ab, so ist es im Koalitionsvertrag festgelegt.

Mit den Eurotrailern geben wir dem Speditions-gewerbe in Sachsen-Anhalt die Möglichkeit, in dem nicht einfachen Wettbewerb zu bestehen. Selbstverständlich setzen sich die Landesregierung und mit ihr auch die Koalitionsfraktionen weiterhin für eine Verlagerung von Güterverkehren ein, weg von der Straße, hin zur Schiene und zur Binnenschifffahrt. Sachsen-Anhalt hat deutschlandweit den drittgrößten Anteil bei schienengebundenen Transporten.

Der Modalsplit hat sich in den letzten Jahren deutlich verschoben. Auch in den kommenden Jahren werden wir auf eine stärkere Verlagerung von Schwertransporten auf die Bahn oder die Binnenschifffahrt hinwirken. Das bleibt Schwerpunkt unserer Verkehrspolitik.

(Zustimmung von Daniel Sturm, CDU, und von Andreas Mrosek, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass wir uns dem Thema Lang-Lkw nicht ganz entziehen können. Ich meine hiermit die sogenannten Gigaliner. Sachsen-Anhalt ist ein Transitland. Der Bund hat das Netz für den Feldversuch mit Lang-Lkw, an dem wir uns als Land nicht beteiligt haben, auf 11 600 Straßenkilometer in ganz Deutschland ausgeweitet. 60 Unternehmen haben sich an diesem Feldversuch mit insgesamt 159 Lang-Lkw beteiligt. Diese sind auch auf unseren Autobahnen unterwegs, allerdings dürfen sie die Autobahnen nicht verlassen.

Seit dieser Woche liegt der Abschlussbericht der Bundesanstalt für das Straßenwesen vor, aus dem ich die folgende Einschätzung zitieren möchte:

„Letztlich kann festgehalten werden, dass sich eine positive Verkehrsnachfragewirkung bezüglich einer Reduktion von gefährlichen Lkw-Kilometern und dementsprechend auch eine Reduktion von Klimagasen und Luftschadstoffen gezeigt hat.“

Ich denke, dass wir diesen Bericht gemeinsam gründlich auswerten sollten. Es gibt Hinweise, dass längere Lkw tatsächlich zahlreiche positive

Effekte für die Umwelt, aber auch für die Verkehrsbelastung haben können. Trotz aller positiven Effekte für die Umwelt sehe ich aber nach wie vor das für Lang-Lkw nicht geeignete nachgeordnete Straßennetz als großes Problem an und bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und von Rüdiger Erben, SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich sehe keine Nachfragen. Deswegen können wir nunmehr in die Debatte der Fraktionen einsteigen. Wir haben uns auf eine Fünfminutendebatte geeinigt. Für die AfD-Fraktion hat der Abg. Herr Mrosek das Wort. Bitte sehr.

Andreas Mrosek (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Prinzipiell stimmt die AfD-Fraktion dem Antrag der Regierungskoalition zu.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! - Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Ich finde es gut, dass er nicht von der AfD kam; dann wäre er nämlich heute abgelehnt worden.

(Frank Scheurell, CDU: Nein!)

- Doch!

(Frank Scheurell, CDU: Was sinnhaft ist, unterstützen wir! - Daniel Roi, AfD, lacht)

Bei gleichbleibendem Gütervolumen reduziert sich durch den Einsatz von Eurotrailern die Anzahl der Fahrzeuge auf der Straße. Bei steigendem Gütervolumen würde die Anzahl der im Einsatz befindlichen Fahrzeuge nicht wesentlich zunehmen. Ein Eurotrailer kann immerhin vier Europaletten mehr transportieren; und das ist gut.

Wissenschaftliche Studien der TU Hamburg-Hamburg und des Instituts für Verkehrsplanung und Logistik zeigen auf, dass der Eurotrailer Zukunft hat. Der nur um 1,30 m längere Sattelaufleger kam in Deutschland erstmals 2006 im Rahmen eines bundesweiten Großversuches zum Einsatz. Ich habe dazu andere Zahlen als Sie, Herr Minister. Man kann mich verbessern. Und zwar haben sich daran 80 Speditionen mit insgesamt 300 Fahrzeugen, die diese Sondergenehmigungen erhielten, beteiligt. Aber am Ergebnis dieses Versuchs ändert sich nichts.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Den Abschlussbericht kennt ja noch keiner!)

- Doch, die Ergebnisse sind da. Das Institut für Kraffahrtwesen, IKA, begleitete diesen Versuch und veröffentlichte im April 2007 die Ergebnisse.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Nur die Zusammenfassung!)

Insgesamt wird dem Eurotrailer ein positiver Einfluss auf Umwelt- und Verkehrssicherheit zugesprochen. Und jetzt die Ergebnisse, Frau Lüddemann.

Keine zusätzliche Belastung für Straßen und Brücken.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das ist die Zusammenfassung; die kenne ich!)

- Kennen Sie. - Keine Beeinträchtigung des Verkehrs aufgrund ausreichender Wendigkeit für öffentliche Straßen. Der Eurotrailer hat den gleichen Wendekreis wie der Sattelaufleger, nämlich 7,90 m, das ist identisch, aber einen kleineren als die anhängergelassenen Fahrzeuge.

Das zusätzliche beförderte Transportvolumen sorgt insgesamt für eine Reduzierung der Lkw-Fahrten. Keine negativen Effekte für Verkehrssicherheit. Kompatibilität mit kombiniertem Verkehr durch Möglichkeit des Transports von zwei Wechselbehältern und einem 48-Fuß-Container, ist also auch der Schifffahrt entsprechend angepasst. 20- und 40-Fuß-Container können transportiert werden.

(Zustimmung von Hardy Peter Güssau, CDU)

Ein geringerer Treibstoffverbrauch bezogen auf das Transportvolumen ist ebenfalls ein Ergebnis dieser Studie.

Aber es sollte nur ein weiterer Meilenstein - an dieser Stelle gebe ich der LINKEN recht - im Kampf gegen die Emissionen sein. Wir sollten darauf setzen, dass wir den Gütekraftverkehr von der Straße auf die Schiene bekommen, aber auch auf das Wasser.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU - Frank Scheurell, CDU: Aufs Binnenschiff!)

Ich hatte beim letzten Mal bereits erwähnt, wie sich die Schadstoffemissionen beim Lkw darstellen. Sie erinnern sich: 164 g pro Tonnenkilometer. Auf dem Wasser sind es nur 33,1 g pro Tonnenkilometer.

Deswegen werden wir heute dem Antrag der Regierungskoalition zustimmen und den Antrag der Fraktion DIE LINKE ablehnen. - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen - Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Ich sehe keine Nachfragen. Deswegen hat jetzt Frau Lüddemann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sie werden es

sicherlich nachvollziehen können, dass wir sehr viel lieber über die grundsätzliche Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene reden würden. Das würde viele Probleme, die hier angesprochen wurden, sehr viel besser lösen.

Nichtsdestotrotz stärkt auch der Eurotrailer die Schiene. Dies ist ausgeführt worden; das muss ich nicht näher begründen. Insbesondere die Rail-Version ist sehr kompatibel mit den gängigen Taschenwaggons; das ist eine gute Geschichte, insbesondere für die Betreiber, die jetzt schon kombinierten Verkehr in ihren Konzepten betreiben. Deswegen muss es unser Ziel sein, dass die Wege vom Werk mit dem Eurotrailer zum nächsten Schienenwaggon so kurz so möglich gehalten werden.

Deswegen ist es auch gut und richtig, dass wir Verladestationen im Land unterstützen. Für die Ermöglichung kombinierter Verkehre sind außerdem im Haushaltsplanentwurf erstmals Mittel für die Förderung der Eisenbahninfrastruktur und zur Stärkung des regionalen Schienenverkehrs vorgesehen.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Damit können die im Koalitionsvertrag benannten Anschlussgleise gebaut oder saniert werden; das ist eine gute Sache für den kombinierten Verkehr.

Diese Punkte, die für den Eurotrailer sprechen, treffen - auch das ist von den Vorrednern in unterschiedlicher Weise schon ausgeführt worden - nicht für den Gigaliner zu. Deswegen sprechen wir uns als Regierungsfractionen auch dagegen aus.

(Zustimmung von Andreas Mrosek, AfD)

Wenn der Gigaliner - damit will ich einen neuen Aspekt einbringen - tatsächlich Realität werden würde, dann träfe das Ostdeutschland in besonderem Maße. Deswegen haben sich auch die ostdeutschen Länder sehr vehement und in besonderer Weise dagegen ausgesprochen.

Ich will noch einmal an den 3. Oktober 1990 erinnern. Damals wurde quasi über Nacht die Regeltragfähigkeit der Straßen von 25 t, wie es in der damaligen DDR Standard war, auf 40 t, wie es in der BRD Standard war und ist, heraufgesetzt. Die riesige Anpassungsleistung, die dies für unsere Verkehrsinfrastruktur nach sich zieht, diese Über-Nacht-Anpassung, so will ich es vorsichtig sagen, ist genau das, was wir jetzt bei Landes- und Kommunalstraßen nach 27 Jahren immer noch spüren.

Die Gigaliner würden das noch einmal in einer, wie ich finde, unverantwortlichen Weise nach oben treiben: Aufweitung von Kurvenradien, Anpassungen auf freien Strecken und bei freien Brücken etc. Das würde den Steuerzahler in einer, wie ich finde, unverantwortlichen Weise belasten.

Ich will auch noch einmal daran erinnern, dass die Daehre-Kommission schon im Jahr 2012 allein bei Straßen über alle Baulastträger hinweg ein jährliches Defizit an Instandhaltungsmitteln ohne Neubau in Höhe von 4,7 Milliarden € festgestellt hat. Deswegen hat unser Koalitionsvertrag zu Recht auf die Daehre- und auch auf die Bodewig-Kommission Bezug genommen.

Die Eurotrailer sind ebenfalls auf 40 t festgelegt; daher ergeben sich diese zusätzlichen Probleme nicht. Es besteht tatsächlich ein Einsparpotenzial im Bereich des CO₂-Ausstoßes, weil eben sechs bis acht Paletten mehr geladen werden können.

Ich finde den Umgang mit der schon mehrfach zitierten und in Rede gestellten Studie nicht richtig. Ich glaube, man hätte diese neue Verordnung nicht ins Spiel bringen sollen, bevor nicht alle in ausreichender Weise auch die Langfassung der Studie zur Kenntnis nehmen und debattieren können. Das können wir gern, wie es der Minister vorgeschlagen hat, im Ausschuss tun. Ich glaube, insbesondere im Hinblick auf diese Anpassungsleistungen, die wir in der Infrastruktur immer noch zu leisten haben, ist das für Sachsen-Anhalt trotzdem keine Option. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Frau Lüddemann. - Für die Fraktion DIE LINKE hat die Abg. Frau Hildebrandt das Wort.

(Doreen Hildebrandt, DIE LINKE, fährt das Rednerpult hoch)

Frau Hildebrandt, angesichts der Vorrednerin sage ich noch einmal Folgendes; ein Tipp für diejenigen, die am Freitagmittag ordentlich durchhalten: Die optimale Akustik ergibt sich an diesem Rednerpult, wenn der Redner die LED-Anzeige sieht. Sie ist das Zeichen dafür, dass eine optimale Akustik erreicht wird. Frau Lüddemann, Sie haben sozusagen die Tiefgarage eingestellt. Das ist dann manchmal etwas schwer mit dem Verständnis. Es haben alle konzentriert zugehört, niemand hat gequatscht; deswegen ging es trotzdem.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Sie haben mehr zugehört als sonst!)

Noch einmal der Hinweis und der Insidertipp für die Fleißigen, die heute durchhalten: Schauen Sie auf die LED-Anzeige an den Lautsprechern, dann haben Sie die optimale Akustik.

Frau Hildebrandt, jetzt können Sie loslegen.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Herr Präsident, danke. Es leuchtet grün; ich freue mich. - Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst über Erdbeerjoghurt und Fern-

sehwerbung reden. Schwäbischer Erdbeerjoghurt: Die polnischen Erdbeeren werden in Aachen verarbeitet. In Bayern entstehen Etiketten aus niedersächsischem Papier und belgischem Leim. Milch und Zucker stammen zwar aus Schwaben, dafür werden Joghurtkulturen und Aluminiumdeckel aus jeweils über 800 km Entfernung nach Stuttgart transportiert.

Fernsehwerbung: „Schrei vor Glück oder schick's zurück“, bewirbt eine Firma ihr Onlineangebot an Schuhen und Klamotten. Solange in Industrie, Handel und auch bei den Verbrauchern kein Umdenken in Richtung Ökologie erfolgt, wird der Güterverkehr weiterhin zunehmen. Mir ist klar, dass dieses Umdenken nicht sofort nach Weihnachten beginnen wird, aber deshalb jetzt Sattelzugmaschinen mit Sattelanhängern mit einer Gesamtlänge von maximal 17,80 m, sogenannte Eurotrailer, zulassen zu wollen, ist der falsche Weg.

Nicht nur, dass den Anwohnern an Kreuzungen schwer zu vermitteln ist, was man an einem Eurotrailer so toll finden kann, auch umwelttechnisch und selbst geografisch erschließt sich die Euphorie der Koalition gegenüber diesem Fahrzeug nicht.

(Frank Scheurell, CDU: Was?)

Ich frage also: Wenn der Landtag von Sachsen-Anhalt dem Antrag in Drs. 7/715 zustimmt, fährt dann der Eurotrailer von der Landesgrenze Brandenburg, wo vorher von nicht wesentlich kürzeren Lkw umgeladen wurde, durch unser Land, um an der Landesgrenze zu Niedersachsen wieder umzuladen? Oder war Ihnen schon klar, als Sie den Antrag einreichten, dass nach dem Abschlussbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen - ich werde kurz BASt sagen-, der gestern veröffentlicht wurde, der Lang-Lkw Typ 1, der Eurotrailer, als einziger Lang-Lkw die Erlaubnis erhalten wird, im gesamten Straßennetz zugelassen zu werden?

Woher haben Sie die Angabe von ca. 8 % in Ihrer Antragsbegründung und worauf beruht die Behauptung, dass der Einsatz von Eurotrailern den CO₂-Ausstoß vermindern wird, wenn der Abschlussbericht der BASt aussagt, dass der Substitutionseffekt gerade einmal 1,07 beträgt?

Bedingt sich der Fachkräftemangel bei Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrern, von dem Sie in Ihrem Antrag sprechen, durch die miesen Arbeitsbedingungen, wie Termindruck, fehlende Rastplätze für die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten und den täglichen Stress auf unseren Straßen?

(Beifall bei der LINKEN)

Warum erkennen Sie an, dass Gegaliner mehr Güterverkehr auf die Straße bringen werden zulaufen von Schiene und Binnenwasserstraßen, und

leugnen diese Tatsache, wenn es um Eurotrailer geht?

(André Poggenburg, AfD: Weil es etwas anderes ist!)

Wollen Sie ein Konjunkturprogramm zum Ersatz des Fuhrparkbestandes von konventionellen Sattelkraftfahrzeuge, von dem ein einziger Hersteller profitiert, wenn laut Abschlussbericht der BAST Aussagen zur Befahrbarkeit von Straßenverkehrsanlagen, zum Marktpotenzial und zu der Straßenbeanspruchung noch nicht getroffen werden können und das BAST weitere Feldversuche empfiehlt?

Ein Güterzug kann 50 Lkw ersetzen. Nötig ist also eine Stärkung der Schiene.

(Beifall bei der LINKEN)

Alle bisherigen Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene liefen pro Straße. Die Trassenpreise für die Bahn wurden erhöht, die Lkw-Maut gesenkt, kleine Lkw ab 3,5 t sind noch immer von der Maut ausgenommen und der Diesel wird weiterhin subventioniert. Bei diesen Rahmenbedingungen hat die umweltfreundliche Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene keine Chance.

Darum zielt unser Alternativantrag darauf ab, den Schienengüterverkehr zu stärken und sämtliche Lang-Lkw, Gigaliner und Eurotrailer, nicht zuzulassen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Im Fraktionsbeschluss vom 8. November 2016 spricht sich auch die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Ausweitung der Lkw-Maut aus. Im Impulspapier für einen Schienepakt 2030 erklärt die SPD-Bundestagsfraktion, dass die Schiene bezahlbar gemacht werden muss.

Heute bringt die SPD-Landesregierung von Rheinland-Pfalz den Entschließungsantrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Schienengüterverkehrs in den Bundesrat ein.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Ihren eigenen Koalitionsvertrag ernst nehmen, in dem Sie sich zur Verlagerung des Verkehrs von anderen Transportformen hin zur Schiene bekennen, stimmen Sie bitte unserem Alternativantrag zu. - Danke.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Hildebrandt, warten Sie bitte einmal. Es gibt eine Reihe von Nachfragen.

(Doreen Hildebrandt, DIE LINKE: Nein!)

- Frau Hildebrandt möchte keine Nachfragen beantworten. Dann haben folgende Abgeordnete die Möglichkeit zu einer Zwischenintervention: Herr Scheurell, Herr Lieschke und Herr Mrosek. Bitte sehr, Herr Scheurell.

Herr Scheurell (CDU):

Ich wollte eigentlich eine Frage stellen. Aber jetzt muss ich in meinem ergrauten Hirn daraus eine Kurzintervention machen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Das wird schon klappen, Herr Scheurell.

Frank Scheurell (CDU):

Das klappt. - Ich wollte Frau Hildebrandt eigentlich fragen, ob sie uns einen Rat geben kann, wie wir als Landesparlament Einfluss auf die Festsetzung der Trassenpreise nehmen können und ob Sie mir darin recht gibt, dass wir das Bundesland sind, das diesmal nicht an der dritten Stelle von hinten, sondern an der dritten Stelle von vorn und deutlich über dem Bundesdurchschnitt beim Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene liegt.

Ich hätte noch eine persönliche Frage. Aber wenn Frau Hildebrandt heute keine Zeit hat, dann ist das sehr schade.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Zeit hat sie schon. Sie sitzt ja hier. Aber sie wollte keine Fragen beantworten. - Daher hat jetzt Herr Lieschke das Wort, falls er denn eine Zwischenintervention machen möchte.

Matthias Lieschke (AfD):

Das ist so. - Frau Hildebrandt muss ich einfach klipp und klar sagen, dass sie weder vom Speditionsgewerbe noch von Wirtschaftlichkeit irgendwelche Ahnung hat. Das war recht übel.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt ist Herr Mrosek an der Reihe.

Andreas Mrosek (AfD):

Der Antrag der linken Fraktion beinhaltet nicht nur das Ansinnen, dass der Eurotrailer nicht zugelassen werden soll. Er beinhaltet unter anderem eine Einführung der Lkw-Maut auf sämtlichen Straßen, und zwar für Lkw ab einem Gewicht von 3,5 t. Daher muss ich fragen: Was sollen Kleinunternehmen machen, die die Straßen öffentlich nutzen usw., wenn sie auch noch mit einer Maut belastet werden?

Weiterhin wollen Sie auf Autobahnen und Landstraßen Geschwindigkeitsbegrenzungen durch-

setzen. Wenn ich mich richtig erinnere, sind diese bereits in der StVO festgeschrieben. Ich erinnere daran, dass für Lkw ab einer Nutzlast von 7,5 t auf Landstraßen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 60 km/h und auf Autobahnen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 km/h gilt. - Danke.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Das waren die Interventionen. - Jetzt hat Herr Sturm für die CDU-Fraktion das Wort.

Daniel Sturm (CDU):

Danke schön. - Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Hildebrandt, ich muss kurz auf Sie eingehen. Ich muss mich schon wundern, dass Sie immer gegen alles sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Sie sagen jetzt, Sie sind gegen Eurotrailer, Sie sind gegen Lang-Lkw.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Wir sind für Schienenverkehr!)

In der letzten Landtagssitzung waren Sie gegen Autos.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Beim nächsten Mal kommt vielleicht, dass Sie gegen Schiffe sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Das haben Sie gesagt. Sie müssen sich nicht wundern, wenn irgendwann die Wähler sagen: DIE LINKE brauchen wir nicht mehr. Das wird nämlich das Ende sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Träumen Sie weiter!)

Menschlich würde ich das sehr bedauern. Politisch kann ich damit gut leben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Zu dem Antrag in der Drs. 7/715. Der Eurotrailer ist 17,80 m lang und somit 1,30 m länger als herkömmliche Sattelanhänger. Zirka 10 % mehr Volumen bzw. vier zusätzliche Palettenstellplätze bietet dieser. Damit entspricht der Eurotrailer dem Typ 1 der Lang-Lkw.

Unsere Bundesregierung hat zum Betrieb von Lang-Lkw einen vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2016 andauernden Feldversuch gestartet, der durch die Bundesanstalt für Straßenwesen BAST umfassend wissenschaftlich betreut wird.

In dem Endbericht der BAST werden die positiven Erwartungen bestätigt. Eurotrailer weisen eine größere Ladekapazität als herkömmliche Lkw auf. Im Durchschnitt ersetzen zwei Eurotrailer drei herkömmliche Lkw. Dies bedeutet Kraftstofferspar-

nisse zwischen 15 und 20 % und damit vor allem einen Effizienzgewinn.

Der Einsatz dieser Eurotrailer oder Lang-Lkw unterstützt nicht nur die Klimaschutzbemühungen, indem weniger Fahrzeuge benötigt werden und somit weniger Schadstoffe ausgestoßen werden, sondern leistet einen effektiven Beitrag zur Stauvermeidung.

Denken wir bitte auch daran, dass es immer weniger Fachkräfte im Land gibt. Gerade Lkw-Fahrer werden gesucht.

Auch der ADAC äußerte sich positiv zur Einführung der Eurotrailer; denn die befürchteten negativen Auswirkungen sind ausgeblieben.

(Zuruf von Andreas Mrosek, AfD)

Befürchtet wurde etwa ein erhöhtes Unfallrisiko, da sich für andere Verkehrsteilnehmer bei Überholvorgängen Gefahren aufgrund der ungewohnten Länge ergeben könnten. Es wurden zudem eine übermäßige Beanspruchung der Straßenbeläge befürchtet oder Probleme im Verkehrsaufkommen, beispielsweise an Knotenpunkten.

Diese Befürchtungen haben sich bisher nicht bewahrheitet und lassen sich leicht ausräumen. Die Gewichtsbeschränkung von 40 t für herkömmliche Lkw bzw. 44 t im kombinierten Verkehr gilt gleichermaßen für Eurotrailer, sodass sich hier keine Veränderungen ergeben.

Da herkömmliche Lkw mit Anhängern eine Länge von bis zu 18,75 m haben dürfen, ergibt sich für andere Verkehrsteilnehmer jedenfalls hinsichtlich der Eurotrailer keine ungewohnte Situation. Zudem erfolgt der Einsatz von Lang-Lkw vorwiegend auf Autobahnen und weniger auf einbahnigen Straßen, sodass es nur selten zu Überholvorgängen kommt.

Eine weitere Befürchtung, dass der Einsatz von Eurotrailern die Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße begünstigen könnte, hat sich gleichermaßen nicht bewahrheitet. Vielmehr hat der Eurotrailer großes Potenzial im kombinierten Verkehr durch die Möglichkeit des Transports von zwei Wechselbehältern und einem 48-Fuß-Container.

Derzeit ist der Einsatz der Lang-Lkw lediglich im Rahmen des Feldversuchs, der zum Ende dieses Jahres endet, zugelassen. Aufgrund der positiven Ergebnisse darf der Lang-Lkw Typ 1, also der Eurotrailer, zunächst für weitere sieben Jahre eingesetzt werden. An dem Feldversuch beteiligen sich aktuell 13 Bundesländer. In den Ländern Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Thüringen dürfen die Eurotrailer gemäß der Ausnahmeverordnung das gesamte Streckennetz befahren.

Da sich zumindest durch die 17,80 m langen Eurotrailer keine negativen Auswirkungen im Vergleich zu herkömmlichen Lkw ergeben, sieht unsere Fraktion keinen Grund dafür, dass Sachsen-Anhalt die Eurotrailer, also Lang-Lkw des Typs 1, mit einer Länge von 17,80 m nicht auch zulassen sollte.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Der Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE ist hingegen abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. - Herr Grube hat zum Abschluss der Debatte die Möglichkeit zu erwidern.

(Dr. Falko Grube, SPD, schüttelt den Kopf)

- Er schüttelt den Kopf. Das bedeutet das Ende der Debatte.

Wenn ich richtig aufgepasst habe, habe ich keinen Überweisungsantrag gehört.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Richtig aufgepasst!)

- Gut. Dann haben wir das jetzt zur Abstimmung zu bringen. Wir stimmen zuerst über den Ursprungsantrag in der Drs. 7/715 ab. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Bei der Fraktion der GRÜNEN etwas zögernd, ansonsten sind jetzt alle Koalitionsfraktionen dabei und die AfD-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Nichtsdestotrotz ist er angenommen worden. Damit erübrigt sich die Abstimmung über den Alternativantrag der LINKEN.

Hiermit beenden wir den Tagesordnungspunkt 5. Wir nehmen noch einmal einen kurzen Wechsel in der Tagungsleitung vor.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir steigen somit in den letzten Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung ein.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 18

Beratung

Wegwerfverbot für Lebensmittel

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/705

Einbringer ist der Abg. Herr Höppner. Sie haben das Wort, Herr Höppner.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer Studie aus dem Jahre 2013 der Universität Stuttgart zufolge landen jährlich rund 11 Millionen t Lebensmittel im Müll. Andere sprechen hier sogar von mehr als 20 Millionen t. Sie haben schätzungsweise einen Wert von mehr als 25 Milliarden €. Pro Jahr wirft jeder Deutsche 82 kg Essen weg. Mehr als die Hälfte davon stammt von Privathaushalten, erhebliche Mengen auch aus der Gastronomie und der Lebensmittelindustrie. Der Handel schlägt dabei mit einem Anteil von etwa 5 % an der Gesamtmenge geworfener Lebensmittel zu Buche.

Die Gründe dafür, dass noch genießbare Lebensmittel entsorgt und damit verschwendet werden, sind vielschichtig. Es liegt zum Beispiel an den Verpackungsgrößen, die nicht den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen, aber auch daran, dass Verpackungen beschädigt sind oder das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist, sie nicht mehr den Normen entsprechen oder zum Beispiel Gemüse und Obst in Zeiten geringer Nachfrage reif und überreif werden.

Die Bundesregierung konzentriert sich leider nur sehr einseitig auf die Verbraucherinnen und Verbraucher. Aber gerade der Handel setzt die Produzenten und Erzeuger unter Druck, zu ganz besonders billigen Preisen zu produzieren und Lebensmittel, die zu groß, zu klein oder zu krumm sind, sofort wegzwerfen. Die Supermärkte schmeißen selbst relevante Mengen weg, immer bemüht, makellose Produkte im Regal zu haben.

Zudem meine ich, dass Handelsnormen insgesamt auf den Prüfstand gehören. Auch das ist Aufgabe der Politik. Hierbei geht es um die Abschaffung bestehender Vermarktungsnormen. Denn es kann doch nicht sein, dass wir noch mehr Normen schaffen, die Bürokratie letztlich damit ausweiten und am Ende auch noch wertvolle Lebensmittel vom Markt fernhalten.

Angesichts der jährlich ca. 11 Millionen t geworfener Lebensmittel wird es endlich Zeit, dass sich die Politik intensiver mit dem Thema befasst. Denn an dieser Misere sind nicht nur die Verbraucher schuld, sondern auch die Hersteller. Es kann zum Beispiel niemand erklären, warum die Industrie seit Jahren das Mindesthaltbarkeitsdatum senkt und die Abstände zwischen dem Schlechtwerden und dem tatsächlichen Verfall immer kürzer werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es ist auch ein Unding, dass Backwaren immer zu 100 % in jedem Supermarkt bis abends 20 Uhr vorrätig sein müssen, um letztlich doch entsorgt zu werden.

Einerseits leidet weltweit fast eine Milliarde Menschen Hunger, andererseits verschwenden wir in diesem reichen Land unfassbare Mengen Lebensmittel.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir entsorgen einen Großteil davon, noch bevor sie bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Gleichzeitig klagen die Tafeln und andere Wohltätigkeitsorganisationen über rückläufige bzw. nicht ausreichende Lebensmittelspenden bei leider steigendem Zulauf.

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was Herr Imig, der Vorsitzende der Tafel Havelberg, zu meinem Kollegen Wulf Gallert vor Kurzem gesagt hat? - Dass wir in einem reichen Land wie Deutschland überhaupt Tafeln haben, ist eine Schande.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Darin gebe ich ihm recht. Der steigende Zulauf und die bloße Existenz der Tafeln ist ein Skandal. Es zeigt, dass die Armut in unserem reichen Land weiter steigt.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von Silke Schindler, SPD)

An dieser Stelle möchte ich mich bei den vielen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre tägliche Arbeit für die Bedürftigen bedanken.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Auch bedanken möchte ich mich bei denjenigen, die in anderer Form ihre Unterstützung den Tafeln und Wohlfahrtsorganisationen zugutekommen lassen, sei es durch ihre Arbeitskraft, Kleinspenden, Geldspenden oder Sachspenden. Ganz herzlichen Dank an dieser Stelle!

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Olaf Meister, GRÜNE)

Die Zahl der Tafelnutzer wächst schneller als die Menge der gespendeten Lebensmittel und die Tafeln sowie andere Wohlfahrtsverbände brauchen aufgrund dieser steigenden Tendenzen dringend unsere Hilfe und Unterstützung. Es gibt bereits viele Einzel- und Großhändler, die ihre unverkauften Lebensmittel an Tafeln oder zum Beispiel Suppenküchen spenden. Das ist vorbildlich und vor allem dankenswert.

Die Zusammenarbeit sollte aber weiter ausgebaut werden und nicht auf Freiwilligkeit beruhen. Denn es gibt eben auch diejenigen, die nicht spenden und noch brauchbare Lebensmittel in den Müll werfen. Hier ist Politik gefragt, ein gesetzliches Wegwerfverbot von Lebensmitteln einzuführen und auch das Spendenmanagement zu verbessern.

In Frankreich hat man dieses Modell schon auf den Weg gebracht. Frankreichs Lebensmittelhändler dürfen seit 2015 keine Nahrungsmittel mehr wegwerfen oder unbrauchbar machen. Unverkaufte Ware muss gespendet, als Tiernahrung genutzt oder kompostiert werden.

Großhändler sind verpflichtet, mit einer karitativen Organisation ein Abkommen für Lebensmittelspenden zu schließen. Dies bezieht sich hauptsächlich auf Supermärkte mit einer Fläche von mehr als 400 m². Kleinere Geschäfte sind davon ausgenommen.

Die Regierung in Frankreich hat also erkannt, dass für weniger Lebensmittelverschwendung politische Maßnahmen auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette notwendig sind. Diese Vorgehensweise sollten wir auch in Deutschland beschließen.

Auch die Verbraucherzentralen in Deutschland befürworten, dass Supermärkte unverbrauchte Lebensmittel nicht mehr wegwerfen dürfen, und halten eine gesetzliche Regelung für sinnvoll und notwendig. Herr Imig - ich hatte ihn eingangs erwähnt - ist als Vorsitzender einer Tafel übrigens ausdrücklich ein Befürworter des französischen Modells.

(Zustimmung von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist es 95 % der Menschen in unserem Land wichtig oder sogar sehr wichtig, Lebensmittelabfälle zu vermeiden. Ich denke, wir sollten darin ein Signal sehen. Unsere Lebensmittel sind zu kostbar und zu gut für den Müll. Deshalb müssen wir auch konkrete Antworten geben und Lösungen umsetzen, um Lebensmittelverschwendung zu verringern bzw. zu verhindern. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Höppner. - Ich sehe keine Anfragen. Damit erteile ich für die Landesregierung der Ministerin Frau Grimm-Benne das Wort. Sie haben das Wort, Frau Grimm-Benne.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Schönen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sie haben es schon gesagt, etwa 11 Millionen t Lebensmittel landen nach Angaben der antragstellenden Fraktion pro Jahr in Deutschland im Müll. Andere Schätzungen gehen sogar von 18 oder 20 Millionen t aus.

Darunter sind laut einer Studie der Universität Stuttgart - Sie haben sie auch zitiert - etwa

2 Millionen t Lebensmittel, die Industrie und Großverbraucher wegwerfen. Das geschieht nur deshalb, weil diese von bestimmten Normen abweichen oder falsch gelagert werden. Der Lebensmitteleinzelhandel selbst entledigt sich etwa 550 000 t. Rein rechnerisch werden pro Kopf in Deutschland also jährlich Lebensmittel im Wert von etwa 235 € vernichtet. Insgesamt sind es 21,6 Milliarden €.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! All diese Zahlen zeigen, wir müssen den Wert von Lebensmitteln wieder schätzen lernen. Damit meine ich keinesfalls ausschließlich den monetären Wert. Einerseits gibt es scheinbar Lebensmittel im Überfluss, andererseits gehen die Lebensmittelspenden zurück. Das sagen auch mir die Tafeln in Sachsen-Anhalt.

Die Verbraucherschutzministerkonferenz hat sich letztmalig im April 2016 mit dem Thema Lebensmittelverschwendung befasst. Einstimmig wurde gefordert, gemeinsam mit dem Bund eine nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zu erarbeiten. Dies geschah nicht zuletzt vor dem Hintergrund der von den Vereinten Nationen festgelegten Zielsetzung, die Lebensmittelverschwendung weltweit um 50 % zu reduzieren.

Auch hat die Verbraucherschutzministerkonferenz den Bund um Prüfung gebeten, ob ein Wegwerfverbot nach französischem Vorbild insbesondere vor dem Hintergrund eigentumsrechtlicher Fragestellungen zulässig ist. Daneben sind sicherlich auch lebensmittelhygienische Fragen betroffen.

Nicht unbetont lassen möchte ich, dass sich der Bundesverband der Tafeln e. V. gegen die Einführung eines solchen Wegwerfgesetzes nach französischem Vorbild ausgesprochen hat. Von wesentlich stärkerer Bedeutung erachten die Tafeln die Themen Ernährungsbildung in Kitas und Schulen oder auch die Schaffung von Abfallvermeidungsstrategien für Lebensmittel.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Land Sachsen-Anhalt, das Landesamt für Umweltschutz nimmt sich der Thematik „Vermeidung von Lebensmittelabfällen“ konkret an. Erst kürzlich, am 8. Dezember 2016, hat das Landesamt - selbstverständlich nach Zustimmung des Finanz- und des Umweltausschusses - ein Gutachten zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in Auftrag gegeben.

Das Ziel ist es, landesspezifische Maßnahmen, Vorschläge und Unterstützungsmöglichkeiten für Akteure herauszuarbeiten. Dieses Gutachten wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2017 vorliegen. Nach Auswertung wird das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie konkrete Ergebnisse im vierten Quartal 2017 zu erwarten.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Teils aufwändig erzeugte Lebensmittel müssen dorthin gelangen, wo sie hingehören, auf den Tisch und nicht in den Abfalleimer.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

- Danke. - Dass der Lebensmitteleinzelhandel in Sachsen-Anhalt für dieses Thema sensibilisiert ist, zeigen viele Beispiele, wie etwa der REWE-Gruppe, die hierfür im Jahr 2013 vom Bundesverband der Tafeln e. V. ausgezeichnet worden ist. Dennoch bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung, damit Lebensmittelabfälle verringert werden können, vom Produzenten bis zum Endverbraucher. Ich möchte insofern eine Gesamtstrategie des Landes Sachsen-Anhalt auf der Basis der bereits genannten Studie anregen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich sehe keine Anfragen. Somit können wir in die Fünfminuten-debatte einsteigen. Der erste Debattenredner ist für die CDU-Fraktion Herr Radke.

Ich denke, dass vielleicht auch eine kleine Bemerkung angebracht ist. Wir sind beim letzten Tagesordnungspunkt doch recht wenige. Vielleicht ist es dem Umstand geschuldet, dass sie in der Kantine nicht so viele Lebensmittel als Rückstand hinterlassen wollen.

(Zustimmung bei der AfD)

Bitte, Sie haben das Wort.

Detlef Radke (CDU):

Recht schönen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen meiner Vorredner, des Herrn Höppner und der Frau Ministerin, speziell die Zahlen und Schätzungen zu der Menge der weggeworfenen Lebensmittel decken sich mit meinen Ausführungen. Deshalb möchte ich meine Rede zu Protokoll geben.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

(Zu Protokoll:)

Detlef Radke (CDU):

Etwa 11 Millionen t Lebensmittel landen nach Angaben der antragstellenden Fraktion pro Jahr in Deutschland im Müll. Andere Schätzungen gehen von 18 oder gar von 20 Millionen t aus.

Darunter sind laut einer Studie der Universität Stuttgart etwa 2 Millionen t Lebensmittel, die die Industrie und Großverbraucher wegwerfen. Das nur deshalb, weil diese von bestimmten Normen

abweichen oder falsch gelagert werden. Der Lebensmitteleinzelhandel selbst entledigt sich von etwa 550 000 t.

Rein rechnerisch werden pro Kopf in Deutschland also jährlich Lebensmittel in einem Wert von etwa 235 € vernichtet - insgesamt also 21,6 Milliarden €.

All diese Zahlen zeigen: Wir müssen den Wert von Lebensmitteln wieder schätzen lernen. Und damit meine ich keinesfalls ausschließlich den monetären Wert. Scheinbar gibt es Lebensmittel im Überfluss - andererseits gehen Lebensmittelspenden zurück. Das sagen mir etwa die Tafeln in Sachsen-Anhalt.

Die Verbraucherschutzministerkonferenz hat sich letztmalig im April 2016 mit dem Thema Lebensmittelverschwendung befasst. Einstimmig wurde gefordert, gemeinsam mit dem Bund eine nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zu erarbeiten. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der von den Vereinten Nationen festgelegten Zielsetzung, die Lebensmittelverschwendung weltweit um 50 % zu reduzieren. Auch hat die Verbraucherschutzministerkonferenz den Bund um Prüfung gebeten, ob ein Wegwerfverbot nach französischem Vorbild insbesondere vor dem Hintergrund eigentumsrechtlicher Fragestellungen zulässig ist. Daneben sind sicherlich auch lebensmittelhygienische Fragen betroffen.

Nicht unbetont lassen möchte ich, dass sich der Bundesverband der Tafeln e. V. gegen die Einführung eines solchen „Wegwerfgesetzes“ nach französischem Vorbild ausgesprochen hat. Von wesentlich größerer Bedeutung erachten die Tafeln etwa die Themen Ernährungsbildung in Kitas und Schulen oder auch die Schaffung von Abfallvermeidungsstrategien für Lebensmittel.

Das Land Sachsen-Anhalt - das Landesamt für Umweltschutz - nimmt sich der Thematik „Vermeidung von Lebensmittelabfällen“ konkret an. Erst kürzlich, am 8. Dezember 2016, hat das Landesamt - selbstverständlich nach Zustimmung des Finanz- und des Umweltausschusses - ein Gutachten zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in Auftrag gegeben. Ziel ist es, landesspezifische Maßnahmenvorschläge und Unterstützungsmöglichkeiten für Akteure herauszuarbeiten. Dieses Gutachten wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2017 vorliegen. Nach Auswertung durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie sind konkrete Ergebnisse im vierten Quartal 2017 zu erwarten.

Teils aufwändig erzeugte Lebensmittel müssen dorthin gelangen, wo sie hingehören: auf den Tisch und nicht in den Abfalleimer. Dass der Lebensmitteleinzelhandel in Sachsen-Anhalt für dieses Thema sensibilisiert ist, zeigen viele Beispiele wie etwa das der Rewe Group, die hierfür vom

Bundesverband der Tafeln e. V. 2013 ausgezeichnet worden ist. Dennoch bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung, damit Lebensmittelabfälle verringert werden können - vom Produzenten bis zum Endverbraucher. Ich möchte insofern eine Gesamtstrategie des Landes Sachsen-Anhalt auf der Basis der bereits genannten Studie anregen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Der nächste Debattenredner ist Herr Loth für die AfD-Fraktion. Herr Loth, Sie haben das Wort. Bitte.

Hannes Loth (AfD):

Huch, das war jetzt schnell. - Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! DIE LINKE möchte, dass wir weniger Essen wegwerfen. Dazu kann ich sagen, ich möchte das auch.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD und bei der CDU)

Wenn wir uns die Begründung anschauen, trennen sich unsere Wege aber leider schon wieder. Dort steht, 11 Millionen t Lebensmittel landen jährlich im Müll, ein Teil wird vom Lebensmittelgroß- und -einzelhandel entsorgt. Um herauszufinden, welcher Teil durch die Händler entsorgt wird, wollen wir, wie wir gerade gehört haben, in Sachsen-Anhalt mehrere zehntausend Euro für einen Gutachter ausgeben.

Wenn wir der Grafik einer bereits bezahlten Studie, Herr Höppner, der Universität Stuttgart vom März 2012 glauben, dann dürften das im Mittel zwischen 0,2 und 4,8 Millionen t sein und damit ca. 22 % von den 11 Millionen t, die hier als Abfall auftauchen, die vom Lebensmittelgroß- und -einzelhandel entsorgt werden.

Auffällig oft fallen bei dieser Studie die Wortgruppen „die Abschätzung ist sehr aufwendig“ und „kann sich nicht richtig durchführen lassen“. Es gibt auch keine quantitativen Ergebnisse, die sich berechnen lassen. Mir stellt sich deshalb die Frage, welche Ergebnisse werden wohl bei unserer Studie herauskommen. Ich bin darauf sehr gespannt.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Müllcontainer im Supermarkt!)

Weiter steht in der Begründung, dass die Tafeln gleichzeitig nicht ausreichende, teils rückläufige Lebensmittelspenden beklagten; diesen müsse mit einem Wegwerfverbot nach französischem Vorbild begegnet werden. - Das sind zwei verschiedene paar Schuhe.

Im linken Schuh werden die Bedürftigen in unserem Sozialgefüge immer mehr und die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auf. Das Manifestieren dieser erbärmlichen gesell-

schaftlichen Verhältnisse über gesetzgebende Politik, indem die Tafeln hier unterstützt bzw. regelrecht per Gesetz gefördert werden, statt die Ursache zu beheben, ist natürlich abzulehnen. Nach dem Verständnis der AfD brauchen wir natürlich karitative Organisationen und natürlich muss die Tafel unterstützt werden, aber bitte freiwillig.

Im rechten Schuh haben wir die Großmärkte. Ihre betriebswirtschaftlichen Kenntnisse haben sie in Anwendung gebracht und damit auch schon Abfallmengen verringert. Das ist nichts anderes als erfolgreiches Wirtschaften, was unserer Gesellschaft am Ende zugute kommt.

Wenn wir uns das erwähnte französische Vorbild anschauen, dann erkennen wir, wie Sie richtig gesagt haben, dass das Wegwerfverbot nur Supermärkte mit einer Verkaufsfläche von mehr als 400 m² betrifft. Dieser Großhandel ist aber nur für knapp 5 % der entsorgten Lebensmittelmenge verantwortlich. Das von der europäischen Führung herausgegebene Ziel, 50 % des Abfalls einzusparen, ist mit dieser Zielgruppe eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Rein mathematisch ist das auf meiner Wissensstufe nicht lösbar. Aber für komplizierte mathematische Berechnungen, die uns das X zum U machen, sind ja mittlerweile ausgebildete Experten im Plenum anwesend.

Der französische Großhandel ist einer der größten Spender und arbeitet schon eng mit Hilfsorganisationen zusammen. Das entlarvt den plumpen Populismus des französischen und Ihres Antrages.

Gehen wir nun auf die Lebensmittel selbst ein, die weggeworfen werden. Der französische Vorschlag sieht auch vor, dass Lebensmittel als Tierfutter verwendet werden oder auf den Kompost kommen. Hat jemand von Ihnen schon einmal versucht, ein Nahrungsmittel, das ohne Kühlung haltbar ist, zu kompostieren? Da bekommt der Regenwurm Verstopfung.

(Zustimmung bei der AfD)

Einmal ganz davon abgesehen, dass man sich fragen sollte, was uns überhaupt alles als Lebensmittel verkauft wird. Da sind diese vielen tollen Zusätze, die das Verrotten verhindern. Das ist alles sehr bedenklich und muss durch Untersuchungen überhaupt erst einmal geklärt werden. Aber ich hoffe, dass die Studie, die mehrere zehntausend Euro kostet, uns darüber Aufschluss geben wird.

Hat einer der Antragsteller eigentlich Ahnung von Tierfutter? Nicht alle Tiere können auch alles essen. Man kann die zu entsorgenden Lebensmittel nicht einfach nehmen und den Tieren zum Fraß vorwerfen. Die Lebensmittel müssen sortiert, ausgepackt, geschält und futtermittelgerecht verarbeitet werden.

Wer soll das machen und letztlich auch bezahlen? Die Landwirte selber werden das nicht übernehmen wollen. Es sei denn, es würde weniger Aufwand und Kosten bedeuten, was aber bei der Mehrarbeit nicht zu erwarten ist. Fakt ist: Diese Aufbereitung kostet Geld, und egal wer die Rechnung als Erster bekommt, am Ende bezahlt der Steuerzahler, also alle Bürger die Zeche, ob sie Müllvermeider sind oder nicht.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Jetzt auch! Das wollen wir doch verhindern!)

- Jetzt auch, genau. Unser deutsches Lebensmittelgesetz mit seiner Kennzeichnungsverordnung verhindert, dass Lebensmittel ohne Mindesthaltbarkeitsdatum verkauft oder in Verkehr gebracht werden, wie bei den Tafeln. Das hat den Vorteil, dass es Lebensmittelvergiftungen aufgrund des späten Inverkehrbringens nicht mehr gibt.

Unser Lebensmittelgesetz ist ein Schutzgesetz für die Verbraucher und Erzeuger und es darf nicht unter fadenscheinigen Vorwänden aufgeweicht werden.

(Zustimmung bei der AfD)

Das ist typische links-grüne Politik: Verbote, Verbote, und damit es auch der Letzte hier versteht: Verbote.

(Zustimmung bei der AfD)

Die AfD setzt sich dafür ein, dass es weniger Bedürftige gibt. Und DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die vielen Bedürftigen eine stabile Grundversorgung bekommen mit abgelaufenen Lebensmitteln. - Respekt!

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Loth, bitte kommen Sie zum letzten Satz.

Hannes Loth (AfD):

Der letzte Satz, jawohl. Wir lehnen den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab, da er sich gegen die Gesundheit des deutschen Volkes richtet. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Loth. - Ich sehe keine Anfragen. Somit erteile ich dem Abg. Herrn Steppuhn für die SPD-Fraktion das Wort. Sie haben das Wort, Herr Steppuhn.

Andreas Steppuhn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst sagen, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE von der Zielsetzung her

etwas ist, was in diesem Haus weitestgehend unstrittig ist, nämlich dass man Lebensmittel nicht vernichtet, sondern dass Lebensmittel dort landen, wo sie letztlich auch gebraucht werden.

Wo wir einen Unterschied in der Positionierung haben - deshalb ist es gut, dass wir uns in den Ausschüssen mit dem Thema befassen werden -, ist in der Tat die Frage, ob man dafür ein Gesetz braucht. Ich kenne das französische Gesetz - ich bin im Ehrenamt Landesvorsitzender der Tafel - und sage Ihnen, der Bundesverband der Tafel lehnt dieses Gesetz ab,

(Siegfried Borgwardt, CDU: So ist es!)

weil es dort ehrenamtliche Strukturen gibt, die sagen, wir können uns nicht von dem Gesetzgeber sagen lassen, was wir per Gesetz zu machen haben, weil die Tafelarbeit als eine freiwillige und ehrenamtliche Aufgabe angesehen wird. Deshalb ist es richtig, dass man dabei nicht über gesetzliche Regelungen nachdenkt.

(Zustimmung von André Poggenburg, AfD)

Worüber wir in Deutschland nachdenken müssen, ist, glaube ich, das Thema des Haltbarkeitsdatums. Dazu gibt es schon Debatten. Mittlerweile sind nach wissenschaftlichen Erkenntnissen Lebensmittel auch nach Ablauf des Haltbarkeitsdatums, je nach Produktgruppe, länger haltbar und können danach auch noch verzehrt werden.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Deshalb heißt es ja Mindesthaltbarkeit!)

Von daher ist das nicht so einfach. Aber wir wissen auch, Kollege Borgwardt, dass viele Menschen bei uns - einfach, weil sie sagen, das ist das Mindesthaltbarkeitsdatum - diese Lebensmittel danach nicht mehr essen und vielleicht in die Tonne tun. Deshalb lohnt es sich, in diesem Bereich über eine Reformierung nachzudenken.

Ich will noch zwei Punkte nennen, damit deutlich wird, dass es mit den Lebensmitteln auch für die Tafeln nicht immer so ganz einfach ist. Oft bekommt man Lebensmittel, nehmen wir zum Beispiel Milchprodukte oder Joghurt, die haben nur noch wenige Tage an Haltbarkeitszeit. Die Tafeln haben auch von der Logistik her Mühe, das so zu schaffen, dass man diese Lebensmittel noch rettet und den Menschen zukommen lässt, die sie brauchen. Deshalb geht es bei der Arbeit der Tafeln schon lange nicht mehr nur darum, dass man über die Lebensmittel nachdenkt, sondern um die Frage, wie man es unter Umständen durch Geldspenden finanziert, dass man diese logistische Aufgabe leisten kann.

Ich nenne ein weiteres Beispiel, weil viele sich das so einfach vorstellen. Bei den Tafeln gehen oft auch Anrufe ein: „Wir haben eine Feier gehabt, da ist jetzt etwas von dem Buffet übrig geblieben.

Können die Tafeln das nicht gebrauchen?“ - Dann müssen viele Tafeln abwinken, weil sie die Voraussetzungen gar nicht haben, was Hygiene angeht, sie haben keine Küchen. Und wenn Lebensmittel schon einmal gekocht worden sind und auf dem Buffet lagen, dann sind Kühlketten unterbrochen.

Das ist alles in der Darstellung und der Umsetzung nicht so einfach. Deshalb ist es gut, dass wir uns die Zeit nehmen, auch in den Ausschüssen darüber zu reden, wie man mehr Lebensmittel vor der Vernichtung retten kann und wie man die Tafeln bei dieser Arbeit unterstützen kann.

Meine Damen und Herren! Es ist kurz vor Weihnachten. Deshalb ist dieser Tagesordnungspunkt gar nicht so schlecht. Kollege Höppner hat es schon getan; ich will auch Ihren Dank aufnehmen und bekräftigen, dass wir all denjenigen, die tagtäglich Lebensmittel retten, um sie bedürftigen Menschen zukommen zu lassen, den Ehrenamtlichen bei den Tafeln, ein herzliches Dankeschön aussprechen. Ich denke, das haben sie verdient. Ich würde mich freuen, wenn das Hohe Haus mit einem entsprechenden Applaus reagiert.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich will noch einen weiteren Dank für etwas aussprechen, was viele in diesem Haus vielleicht gar nicht wissen können. Mein Dank gilt den Beschäftigten der Landtagsverwaltung. Ich nehme mir jetzt einmal das Recht heraus. Sie haben bei der diesjährigen Weihnachtsfeier Sach- und Geldspenden für die Arbeit der Tafeln zur Verfügung gestellt. Deshalb gilt den Beschäftigten der Landtagsverwaltung ein herzliches Dankeschön dafür, dass sie in diesem Jahr bei der Weihnachtsfeier die Tafelarbeit unterstützt haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Wir beantragen eine Überweisung in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration zur federführenden Beratung und in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Mitberatung. Dann sollten wir in den Ausschüssen weiter darüber beraten.

Ich habe bei diesem Thema die Hoffnung, sogar fraktionsübergreifend zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Ich denke, dieses Thema ist es wert. - Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Steppuhn. Ich sehe keine Anfragen. - Wir kommen zur nächsten Debattenrednerin. Frau Frederking hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jetzt das Wort. Bitte schön, Sie dürfen.

Frau Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon gesagt, Lebensmittel sind kostbar, weil sie unsere Existenz sichern. Sie werden mit einem hohen Ressourcenaufwand und vielen Arbeitsschritten hergestellt. Flächeninanspruchnahme, landwirtschaftliche Bearbeitung, Wasser, Dünger, Ernte, Verarbeitung, Verpackung, Kühlkette, Transporte usw.

Diejenigen, die keine Lebensmittel haben, hungern. So ist es unverantwortlich und ethisch-moralisch verwerflich, sie zu verschwenden. Lebensmittelverschwendung muss gestoppt werden.

Das wäre ein großer Hebel, um die Welt besser zu machen. Damit würden sich neue Chancen für weltweite Nahrungsmittelsouveränität und für eine gerechtere Verteilung von Lebensmitteln ergeben. Ein Baustein, um das Menschenrecht auf Nahrung durchzusetzen.

Wenn Lebensmittel besser genutzt werden, trifft das auch auf die landwirtschaftlichen Primärprodukte zu. Weniger landwirtschaftliche Produktion für Lebensmittel heißt auch weniger Wasserverbrauch, weniger Düngereinsatz, weniger Umweltbelastung, weniger Energieverbrauch. Zugleich werden Flächenpotenziale für den ökologischen Landbau, für Aufforstungen und für einen nachhaltigen Energiepflanzenanbau erschlossen.

Es gibt unzählige Möglichkeiten, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Einige sind sogar ganz einfach und könnten sofort umgesetzt werden, weil sie keine technischen Maßnahmen erfordern und nur vom Verhalten und Management der Menschen abhängig sind. Warum nicht einfach den Beutel mit den Orangen aufschneiden und die guten und verdorbenen aussortieren?

Warum gibt es nur vereinzelt bedarfsgerechte Portionen oder den sogenannten Seniorenteller in den Restaurants? Lebensmittel brauchen mehr Wertschätzung. Erfreulicherweise ist Kochen wieder auf dem Vormarsch. Wir stimmen hier mit dem Bundesverband der Verbraucherzentralen überein und sehen in der Renaissance und Stärkung der Kochkultur, auch an den Schulen, wichtige Schritte.

Auch der neue Trend des Foodsharings ist zu begrüßen, bei dem in öffentlich zugänglichen Kühlschränken Lebensmittel abgegeben oder entnommen werden können. Hervorzuheben ist natürlich die wertvolle Arbeit der Tafeln. Doch gerade der Bundesverband der Tafeln in Deutschland spricht sich gegen ein Lebensmittelwegwerfverbot für den Handel aus, unter anderem deshalb, weil die Tafeln eine Verpflichtung zur Abnahme der Lebensmittel fürchten, die sie möglicherweise nicht leisten können.

Im Antrag der LINKEN wird im Punkt 2 eine solche Verpflichtung zur Zusammenarbeit zwischen

Lebensmittelgroß- und -einzelhandel und den Wohlfahrtsorganisationen gefordert. Um hier vernünftigere und praktikable Verfahren zur effizienteren Verwendung von Lebensmitteln des Handels hinzubekommen, sollten die Themen „Wegwerfverbot“ und „Reduzierung der Lebensmittelverschwendung“ in den Ausschüssen gegebenenfalls auch mit einem Fachgespräch beraten werden.

Es ist richtig, dass wir konkrete landesspezifische Umsetzungsmaßnahmen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung bekommen. Ich gehe davon aus, dass dabei die Ergebnisse aus einem von im Auftrag des Umweltministeriums zu erstellenden Gutachten zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen helfen können.

Damit wir schnell vorankommen und motivierende Erfolge sehen, sollten kurzfristig auch Gemeinschaftsverpflegungen und Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen zur freiwilligen Teilnahme an praktischen Versuchen zur Reduzierung der Lebensmittelabfälle angesprochen werden. Die Unternehmen könnten ihre derzeitigen Lebensmittelabfälle und die entsprechenden Gründe ermitteln, selbst Vorschläge zur Reduzierung erarbeiten, diese umsetzen und dann nach einigen Monaten eine Erfolgsmessung vornehmen.

Wirksamere Reduzierungsmaßnahmen wären dann die Blaupause für andere Betriebe. Der ressourcenschonende und faire Umgang mit Lebensmitteln ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Darüber hinaus könnte ein mit der Reduzierung von der Agrarproduktion verbundener Spielraum zu einer relevanten Stellschraube für die Ökologisierung der Landwirtschaft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Das war heute eine Punktlandung. Ich sehe keine Nachfragen. Somit erteile ich Herrn Höppner noch einmal das Wort. Sie haben die Möglichkeit, noch einmal zu erwidern. Bitte.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie sprachen von dem Gutachten. Ja, das begrüße ich. Darüber sollten wir uns unterhalten, damit wir noch einmal aktuelle Zahlen bekommen, wie die Zustandslage bei uns wirklich ist. Damit können wir umgehen.

Das Problem ist, dass der Weg zu einer Entscheidung relativ lang ist. Wir haben auch hierbei wieder das Problem, dass es jetzt da ist. Wir haben jetzt die Lebensmittelverschwendung und reden schon viele, viele Jahre darüber, auch in der Bun-

despolitik. Es passiert leider nichts Konkretes. Das ist der Ansatz dabei. Deswegen wollen wir, dass wir in die Richtung gehen, jetzt das Gesetz beantragen, jetzt hier beschließen, letztlich Entscheidungen zu treffen.

Herr Loth,

(Hannes Loth, AfD: Ja?)

ich muss einmal sagen: Es geht nicht darum, den Menschen irgendwelchen Müll zukommen zu lassen, sondern es geht um hochwertige Lebensmittel, die noch gut sind, wo zwar das MHD vielleicht abgelaufen ist und Ähnliches, aber die voll verwendbar und nutzbar sind, die wir nutzen müssen. Darum geht es. Wir wollen keinen Leuten Müll unterschieben. Das ist totaler Quatsch.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Noch eine Sache: Sie sprachen von irgendeinem Antrag in Frankreich usw. Das ist Quatsch. Das Gesetz, diese Richtlinie gibt es schon. Darauf beziehe ich mich ja, sonst würde ich das nicht tun, weil es das in Frankreich schon gibt.

(Hannes Loth, AfD: Ja, da läuft es schon!)

Da läuft das schon so in dieser Form.

Eine andere Geschichte. Sie sagten zwar, der Handel schlägt nur mit 5 % bei Lebensmitteln zu Buche, die weggeworfen werden.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

5 % der Gesamtmenge, dieser rund 11 Millionen t. Das Problem dabei ist - ich habe es auch in meiner Rede erwähnt -, dass der Handel den größten Einfluss auf die Produzenten hat. Das ist die andere Hälfte. Das sind fast 50 %. Es handelt sich um Erzeuger, die Lebensmittel anbauen und danach in großen Teilen vernichten, wo Abfälle produziert werden, die nicht beim Verbraucher ankommen.

Der Handel hat hierbei den größten Einfluss auf die Produzenten, um so etwas zu vermeiden, auch durch Vorschriften und Vorgaben. Das haben wir in der EU auch gehabt, die sogenannte Gürkendebatte: Warum muss die Gurke unbedingt gerade sein? Sie kann natürlich so verwendet werden, wie sie gewachsen ist. Diese Bürokratie brauchen wir auch nicht.

Herr Stepphuhn, ich danke Ihnen. Ich bin der Meinung, darüber sollten wir weiter diskutieren. Es ist kein leichtes Thema. Sie sagten schon, es tangiert viele, viele andere Richtlinien und Gesetze. Es wurde das MHD genannt. Das muss auch beachtet werden und man muss es mit beeinflussen und vielleicht auch einige Änderungen dort vornehmen.

Frau Frederking, was hatte ich bei Ihnen zu erwidern? - Nichts.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Dorothea Frederking, GRÜNE: Sie haben doch einige Ergänzungen gebracht!)

Der Antrag auf Überweisung ist gestellt worden. Dem würden wir so zustimmen, damit wir weiter darüber reden können. Aber wir sollten schnell in Gang kommen, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und auch Menschen weiterhin helfen zu können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Höppner. Es gibt keine Anfrage. - Doch, Herr Loth hat noch eine Anfrage. Bitte, Herr Loth.

Hannes Loth (AfD):

Noch ist nicht Feierabend. - Sehr geehrter Herr Höppner, Sie sagten, dass die Hälfte des Mülls von Großverbrauchern und Industrie kommt.

(Andreas Höppner, DIE LINKE: Nein!)

Ich sage Ihnen aber, dass 61 % des Mülls aus den Haushalten kommt. Vielleicht sollen wir dort ansetzen. Die 5 % aus dem LEH kann man vernachlässigen. Sie machen schon genug, damit Müll vermieden wird, um selbst noch genug Gewinn zu erwirtschaften.

Wir sollten uns im Ausschuss zusammensetzen und darüber sprechen. Ich freue mich schon darauf, um mit Ihnen über die 61 % der Haushaltsmüllverluste zu reden. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Loth.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Ich habe es erwähnt, es ging um die Produzenten, Landwirtschaft, Lebensmittelhersteller und ähnliche Dinge, die auch einen sehr großen Anteil daran haben. Das sind die anderen, bei denen über 40 % des Mülls entsteht, Lebensmittel beseitigt werden usw. Die meinte ich. Aber darüber reden wir dann noch. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich dachte schon, Herr Loth, Sie wollten meinen kleinen Weihnachtsgruß vorlesen, aber Sie haben nur die Rückseite benutzt.

Ich hatte von Herrn Stepphuhn erfahren, dass Sie eine Überweisung in die Ausschüsse für Umwelt und Energie, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Arbeit, Soziales und Integration wünschen. Ist das so korrekt oder sollte es noch einer sein?

(Andreas Steppuhn, SPD: Sozialausschuss federführend!)

- In den Sozialausschuss zur federführenden Beratung. Ich lasse nun über diesen Antrag abstimmen.

Wer der Überweisung des Antrages in der Drs. 7/705 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration und zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt und Energie und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag an die genannten Ausschüsse überwiesen worden.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende der 18. Sitzung des Landtages angelangt.

Ich möchte den Tag mit einem kleinen Gedicht beenden: Ich wünsche mir in diesem Jahr mal Weihnacht, wie es früher war. Kein Hetzen zur Bescherung hin, kein Schenken ohne Herz und Sinn. Ich wünsche mir ein kleines Stück von warmer Menschlichkeit zurück.

(Beifall im ganzen Hause)

- Vielen Dank. Ich berufe den Landtag zu seiner 10. Sitzungsperiode für den 2. und 3. Februar 2017 ein.

Ich wünsche Ihnen allen ein gutes Wochenende, einen schönen vierten Advent, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2017.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen allen für die Zeit, für die kurze Zeit danken, in der Sie mir immer zur Seite standen. Ich wünsche mir das auch für die künftigen Jahre; denn gemeinsam, so denke, wenn wir an uns arbeiten, bekommen wir eine vernünftige Legislaturperiode hin.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einzelnen Fraktionen danke zu sagen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ein großes Dankeschön geht zudem an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Verwaltung.

(Beifall im ganzen Hause)

Lieber Herr Dr. Gruß, bitte nehmen Sie diese Grüße mit.

Sie haben einen kleinen Gruß von mir auf Ihren Plätzen gehabt.

(Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN: Der ist schon weg!)

Ich hoffe, Sie haben die kleinen Schneemänner vertilgt, damit Sie mehr Glückshormone bekommen; denn Schokolade - das weiß ich - macht glücklich. Gehen Sie in eine frohe Weihnachtszeit. Wir sehen uns dann hoffentlich gesund und munter im neuen Jahr wieder.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Sitzung des Landtages ist damit geschlossen.

Schluss der Sitzung: 13:32 Uhr.

